

Meisteraufführungen Wiener Musik. Wiener Tonkünstlerverein; 3. Musikabend, Donnerstag, den 3. ds. im Kleinen Konzerthausaal 7 Uhr abends. Programm: Braun, Kanitz, Laber, Lafite, Meser, Oberleithner, Springer. Mitwirkende Damen: Guggenberger, Kittel, Windhauser, die Herren Behnenap, Grümmer, Sirets, Steger, Wittgenstein-Gastkarten zu 12 K an der Konzerthauskassa.

Kinder aus Bayern. Donnerstag, den 3. Juni um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr früh kommt am Westbahnhof ein Zug mit Kariteskindern aus Augsburg an. Es kommen jene Kinder, welche am 20. Februar nach Augsburg gefahren sind. Gleichzeitig treffen mit diesem Zuge die Kinder aus Würs-hafen ein, welche am 26. Februar vom Naturheilverein nach dert gebracht werden sind. Die Eltern werden ersucht eine halbe Stunde vor Eintreffen des Zuges am Behnhöfe sich einzufinden.

Die Strassenbahn zu Fren-leichnam. Donnerstag (Frenleichnam) verkehrt die Strassenbahn wie an Sonntagen bis 11 Uhr nachts und gilt an diesem Tage der Sonntagstarif. Früh-, Hin- und Rückfahrtscheine sind nicht, Streckenkarten sind gültig.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 1. Juni 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung und leitet die auf der Tagesordnung der ersten Sitzung den Wahlen ein. Die Wahlen wurden unter einem vorgenommen. Zu Schriftführern wurden die Gemeinderäte Jorde und Huber, zu Skrutatoren die Gemeinderäte Hellmann und Schmitz bestimmt.

Gewählt wurden: zu Vorsitzenden-Stellvertretern die Gemeinderäte: Skaret, Breuer, Dr. Tanneberg, und Amalie Seidel.

Zu Schriftführern wurden gewählt die Gemeinderäte: Böck Marie, Glückel Leopoldine, Hedorfer, Huber, Jenschik, Jorde, Pokorny, Waldsam und Walter Gabriele,

Zu Stadträten wurden gewählt: Breitner, Emmerling, Grünwald, Hoss, Dr. Kienböck, Kokrda, Richter, Rummelhardt, Siegel, Speiser, Vaugoin und Witter.

Weiter wurden die Wahlen in die acht Gemeinderatsausschüsse vorgenommen.

Am Schlusse wurden als Mitglieder in das Disziplinarkollegium gewählt die Gemeinderäte: Angeli, Hedorfer, Hengál, Linder, Dr. Odehnal, Amalie Pölzer, Santa, Dr. Scheu und Weber; als Ersatzmitglieder Bauer, Fischer, Forstner, Gröbner, Klimesch, Panosch, Rehak, Schmitz und Wettengel.

Auf die einzelnen Listen wurden 155 bis 159 Stimmen abgegeben und es erscheinen somit die vorgeschlagenen Kandidaten gewählt.

Der Bürgermeister nahm hierauf die Angekündigung der 12 Stadträte vor, wobei Schriftführer GR. Jorde die Gelöbnißformel verlas.

Damit war die Tagesordnung der ersten Sitzung erschöpft.

Der Bürgermeister lud sodann die neugewählten Stadträte ein sich in seinem Büro zu versammeln, um die Konstituierung des Stadtsenates vorzunehmen.

In der ersten Sitzung des Stadtsenates wurde folgende Geschäftseinteilung festgesetzt: Die Gemeinderatsausschüsse der acht Gruppen halten ihre Sitzungen von Montag bis Donnerstag nachmittag. Die Sprechstunden aller amtsführenden Stadträte finden ^{jeden} Donnerstag von 10 bis 12 Uhr statt. Der Stadtsenat tritt jeden Dienstag vormittags, wenn notwendig auch Freitag vormittags zu einer Sitzung zusammen. ^{Jeden} Freitag nachmittag hält der Gemeinderat eine Sitzung ab.

In der nach der Konstituierung des Stadtsenates unter Vorsitz des Bgm. Reumann stattgefundenen zweiten Sitzung des Gemeinderates wurden die Stadträte Emmerling und Hoss mit 15 $\frac{2}{3}$ abgegebenen Stimmen zu Vizebürgermeistern gewählt.

Der Gemeinderat gibt hierauf seine Zustimmung zu der Bestimmung der acht amtsführenden Stadträte nach dem Vorschlage des Stadtsenates.

Bgm. Reumann hält nunmehr folgende Ansprache an den Gemeinderat.

Ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte dieser Stadt ist mit dem heutigen Tage zu Ende. Mit dem Inkrafttreten der neuen Verfassung beginnt eine neue Periode in der Führung der Gemeindegeschäfte. Wir haben uns erst nach reiflicher Ueberlegung dazu entschlossen, Einrichtungen aufzugeben, die drei Jahrzehnte in Wirksamkeit gestanden sind. Die neue Zeit aber erfordert neue Einrichtungen. Schwer und hart ~~ist~~ ^{liegt} die Sorge, um die Nötdurft des Lebens auf der Bevölkerung Wiens. Jeder nimmt heute an den öffentlichen Dingen weit größeren Anteil, als früher. Darum be-

geht die Bevölkerung auch mit vollem Recht, daß ihren Vertretern der gebührende Einfluß auf die Führung der Verwaltung gegeben wird. Wir schätzen nicht gering, was die Beamten bisher geleistet haben, wir haben wiederholt so auch anlässlich der Arbeiten für die beschlossene Verwaltungsreform gesehen, daß hervorragende Kräfte in der Beamtenschaft vorhanden sind. Reorganisationsarbeiten, die sich anderswo Jahre hinschleppen, sind hier unter Führung des Herrn Magistratsdirektors in wenigen Wochen vollbracht worden. Es hat sich gezeigt, was guter Wille und Tüchtigkeit zu leisten vermögen. So sind die wichtigsten Vorarbeiten für die Neugestaltung der Verwaltung zu Ende geführt. Nunmehr werden die gewählten Vertreter der Bevölkerung zu zeigen haben, daß die gewillt sind, in gemeinsamer Arbeit mit den Angestellten der Stadt an der Lösung der schweren Aufgaben zu arbeiten, die in dieser Zeit der Zerrüttung und der allgemeinen Not der Stadtverwaltung gestellt sind und im Interesse der Bevölkerung zu leisten, was immer nur geleistet werden kann. Es ist selbstverständlich, daß sich in der Uebergangszeit mancherlei Schwierigkeiten ergeben werden. Der gute Wille auf allen Seiten wird sie überwinden. So hoffe ich, daß das Verfassungswerk sich bewähren wird. Im Namen der Stadt rufe ich alle freigewählten Vertreter und die Angestellten der Stadt zu der neuen Arbeit auf, die ihrer harret. Es ist nicht zu vergessen, daß das Reformwerk von gewaltiger Tragweite ist. Es ist nicht ohefflächlich zu beurteilen. Ich hoffe fest darauf, daß das Reformwerk durch die Arbeit der freigewählten Vertreter im Interesse der Bevölkerung sich bewähren wird. Wir haben einen ganz bedeutenden Schritt in der Verwaltung gemacht, und ich hoffe, daß dieser Schritt auch seine Folgen zeitigen wird. Es wird der Anspannung aller Kräfte bedürfen, um den Erfolg zu zeitigen. Ich hoffe, daß dies gelingen wird.

Es wird hierauf an die Erbedigung, der auf der Tagesordnung stehenden Geschäftstücke geschritten.

Der Bürgermeister teilt mit, daß nur zu zwei Geschäftsstücken Redner vorgemerkt seien und diese daher in Verhandlung gezogen werden.

das in
-Varen tung sog
-Jlich der Arbeit geleistet
nen, daß hervor
ind. Reorgan
pen, d

VB. Emmerling berichtet über einen Vertrag der Gemeinde Wien mit der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft und führt aus: Man war der Meinung, daß zu einer besseren Versorgung der eigenen Anstalten der Gemeinde Wien Neuerwerbungen von Landwirtschaften ins Auge zu fassen seien. Wir hatten aber bald einsehen müssen, daß wir hier mit unzulänglichen Kräften ans Werk gegangen sind. So wurde schließlich eine Gesellschaft gegründet, an der sich der Staat, die kaiserlichen Güter und die Stadt zu je einem Drittel beteiligten. Diese Gesellschaft hat einen so großen landwirtschaftlichen Betrieb, daß es zweckmäßig erscheint, ihr auch die landwirtschaftlichen Objekte, die wir haben, zu übergeben. Wir mußten aber auch deshalb trachten diese Güter wegzubringen, weil sie eine so geringe Leistung für das, was unsere Anstalten brauchen, und die Gemeinde Wien benötigt, bieten. Der Antrag auf Verpachtung wird nicht allein gestellt, weil wir die Absicht hatten, die landwirtschaftlichen Betriebe von der städtischen Verwaltung loszulösen, sondern auch, weil wir auf Grund verschiedener Gutachten noch mehr bestärkt wurden, in der Erkenntnis der Zweckmäßigkeit dieser Verpachtung. Die Verpachtung soll auf 20 Jahre abgeschlossen werden und ist rückwirkend auf mit 1. März 1920. Die neue Gesellschaft entrichtet für alle Pachtgüter einen jährlich veränderlichen und später noch näher zu bestimmenden Pachtschilling. Die Gesellschaft verpflichtet sich alle Verträge, die wir abgeschlossen haben, zu übernehmen. Die Rechte der Angestellten bleiben ungeschmälert erhalten. Alles was in der Landwirtschaft erzeugt wird, muß auf dem Wiener Markt kommen. Die Pächterin ist die kommerzielle Durchführungsstelle der landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde Wien. Sie hat auch die Erstattung von Gutachten in landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde zu übernehmen. Schließlich stellt der Referent den Antrag, der vom Magistrat vorgelegte Entwurf eines Vertrages zwischen der Gemeinde Wien und der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m. b. H. Wien, III., Vorgere Zollamtsstrasse 11 betreffend: 1.) Die städtischen Wägen- und Kutschen, samt teilen der Liegenschaft Bellevue sowie das Landtafelgut Wallhof, das Fondsgut Ebersdorf a. d. Donau und die der Gemeinde Wien gehörigen Auen und Wiesen im 21. Wiener Gemeindebezirk, 2.) die Realgüter Weisser Hof und Freiberg-Hof sowie Deutsch-Altenburg und allenfalls Leopoldau, 3.) die Betrauung der Gesellschaft mit der Durchführung der land-

und forstwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde Wien und Ermächtigung der ersteren den Besatz „Kommerzielle Durchführungsstelle der landwirtschaftlichen Angelegenheiten der Gemeinde Wien“ zu ihren Firmenwortlauten zu führen, werde genehmigt.

GR. Schmitz (chr. soz.) nennt das Referat ein Lied des Verzichtes auf die hochgepriesene Idee der Sozialisierung. Das was der Gemeinde bisher an Grund und Boden gehörte, wird nunmehr aus der unmittelbaren Bewirtschaftung herausgenommen und einer Gesellschaft übergeben. Dies ist umso sonderbarer, als es sich hier um einen Betriebszweig handelt, der nach Behauptungen von früheren Rednern einer der erträglichsten ist. Es ist sonderbar, daß die Großgrundbesitzerwirtschaft der Gemeinde, von der doch sonst immer gesagt wird, daß sie ungeweinlich reich mache, so versagt hat, daß die Gemeinde auf ihr Eigentums- und ihr Pachtrecht verzichten muß. Es wäre auch interessant zu erfahren, ob es richtig ist, daß die Deputaten auf dem kommunalen Großgrundbesitz mehr ausmachen als die Ertragsmasse der Güter. Wenn dies zutrifft, dann ist nicht zu verstehen, daß von Seite der Mehrheitspartei die gewisse Bewegung unter den Landerarbeitern so gefördert wird, die auch die Gemeinde zu einem so bitteren und blamablen Verzicht gezwungen haben. Man müsse eben den Mut haben, die Tendenzen, die aus der industriellen Wirtschaft an die landwirtschaftliche hineinschlagen, zurückzuweisen. Aber die Sozialdemokraten waren die ersten, die den Streik der Landerarbeiter im Marchfelde im Jahre der Hungersnot heraufbeschworen haben. Redner fragt, was es mit dem Antrage des GR. Karasek wegen der landwirtschaftlichen Arbeiter sei. Die neue Gesellschaft schein auch keine Gewähr dafür zu bieten, daß

die Wirtschaft besser wird. Wenn die kommunale Wirtschaft nicht taugt, dann darf aber auch nicht eine so komplizierte Gesellschaft mit der Wirtschaft betraut werden. Redner fragt, ob weiter mit der Gesellschaft wegen der Wegfreiheit gesprochen wurde damit nicht der Fall eintrete, daß alle bisherigen Ausflugswege abgesperrt werden. Redner weist darauf hin, daß mit den Gütern der Gemeinde durch die Verpachtung auch das Landwirtschaftsamt wegfalle, dem das Kleingartenreferat unterstellt sei. Er stellt diesbezüglich einen Entschliessungsantrag, daß das bisherige Kleingartenreferat, das dem Landwirtschaftsamt angegliedert war, zu einem selbständigen Amte ausgestellt werde und die Agenden der Siedlungsangelegenheiten diesem Amte ange-

gliedert werden. Durch das Referat werden drei Gebiete, der Kobenzl, die Lobau und die Leopoldau weggegeben, die für Siedlungszwecke besonders in Betracht kommen. Obwohl es ungewöhnlich schwer ist für die Kleingartenbestrebungen Grund und Boden aufzubringen, werden Gründe der Gemeinde auf 20 Jahre weggegeben. Die Frage der Besiedelung ist keine Parteifrage, welchem Standpunkt Rechnung getragen werden wolle. Redner beantragt, daß das Referat von der Tagesordnung abzusetzen, um die Bestimmungen wegen des Kobenzl, der Leopoldau und der Lobau in dem Pachtverträge zu ändern. Aus den ausgeführten Gründen müsse er sich gegen das Referat aussprechen.

Referent VB. Emmerling betagt, daß die Gemeinde an der Verpachtung ein Interesse habe und daß aus dem Referate nicht einzelne Teile lösgelöst werden könnten, weshalb er sich gegen die Verpachtung ausspreche.

Bei der Abstimmung wird der Verpachtungsantrag mit der Stimmen der Mehrheit abgelehnt.

Rufe bei den Christlichsozialen: Schrebergärtner!

GR. Schwarz-Hiller (Demokrat) sagt, er habe sich pro gemeldet, weil er im Prinzip, wie er schon wiederholt zum Ausdruck gebracht habe, in der gegenwärtigen Zeit für die Aufhebung der Kommunalisierung für eine Reihe von Jahren sei. In diesem speziellen Falle sei er allerdings einigermaßen überrascht, daß die Entkommunalisierung der Majorität gerade bei der Beschränkung der Freiheit, der Gesamtstadtgemeinde bezüglich Grund und Boden beginne. In früheren Jahren habe man sich gerade bemüht, betreffs Erwerbung von Grund und Boden aus Gemeindemitteln außerordentliches zu leisten. Nicht weil man daraus ein besonderes Erträgnis erhoffte, sondern weil man aus der ganzen Entwicklung und modernen Geschichte der mitteleuropäischen Groß- und Mittlere Städte gesehen hat, wie wichtig es sei, daß die Städte an ihrer Peripherie über Grund und Boden verfügen als Luftreservoir und zum Zwecke der weiteren Ausdehnung. Früher sei man ohne Unterschied der Parteistellung in solchen Dingen eines Sinnes gewesen und nun komme gerade diese Mehrheit des Gemeinderates, die je mit zu ihren Programmpunkten die Kommunalisierung und Sozialisierung auch von Grund und Boden anstrebe und beginne dort, wo die Entkommunalisierung eine Schädigung dar für die Gemeinde bedeute. Wenn der Referent gesagt habe, daß es in erster Linie das Interesse der Gemeinde sei sich der Verwaltung und Verantwortung über diese Grundstücke zu entziehen, so richte Redner an ihn die Frage, welche diese wichtigen Gründe seien, die die

Gemeinde jetzt veranlassen die Grundstücke aus ihrer freien Verwaltung herauszugeben. Redner sagte weiter, die Genossenschaftlichen Gesellschaften seien eine/errindung erst der neuesten Zeit und er glaube nicht, daß diese Form der Verwaltung an der die Gemeinde Wien, der Staat und das Hofrat beteiligt seien, sehr gute Resultate erzielen werden. Dieser Punkt Genossenschaftliche Betrieb sei erfinden worden, weil es sich um

Gemeinde jetzt veranlassen die Grundstücke aus ihrer freien Verwaltung herauszugeben. Redner sagte weiter, die Genossenschaftlichen Gesellschaften seien eine/errindung erst der neuesten Zeit und er glaube nicht, daß diese Form der Verwaltung an der die Gemeinde Wien, der Staat und das Hofrat beteiligt seien, sehr gute Resultate erzielen werden. Dieser Punkt Genossenschaftliche Betrieb sei erfinden worden, weil es sich um

Er müsse sich auch dagegen aussprechen, daß die Überwachung städtischer Betriebe durch aussenstehende Privatpersonen erfolgt. Schließlich führt Redner aus, daß er sich, so sehr er auch für die zeitweilige Entkommunalisierung der industriellen Betriebe sei, sich unbedingt dagegen aussprechen müsse, daß die Gemeinde Grund und Boden entledigt und er beantragt, die Vorlage an den Ausschuss zurückzuweisen, der bei der neuerlichen Beratung vielleicht noch etwas verhindern kann, was als ein Unglück für die Stadt bezeichnet werden wird.

Referent VB. Emmerling spricht sich mit der Begründung gegen den Antrag aus, weil der Vertrag seit Monaten verhandelt und die Bedingungen genau erwogen wurden.

GR. Kürber (chr. soz.) bemängelt, daß in den Ausführungen des Referenten zu wenig Klarheit über die wichtigsten Punkte des Vertrages zu sehen ist. Zur Vergebung von landwirtschaftlichen Gütern müßten andere Gründe vorhanden sein, und es wundere Redner, daß man so schnell an die Verpachtung für die Gemeinde so wichtiger Gründe gehe. Die christlichsoziale Partei habe sich die Sache bei Erwerbung der Grundstücke anders vorgestellt. Die Lobau sollte ein Erholungsort für die Wiener sein. Die Leopoldau habe sich sehr ergiebig erwiesen und durch die dort erzielte Kartoffelernte in der schwierigsten Zeit sehr viel Geholfen. Es wäre angezeigt gewesen ^{sich} die Leopoldau für die Schrebergärtner zu behalten. Diese Pachtung erscheine dem Redner wie der Anfang vom Ende. Wofür habe man dann überhaupt die Gemeindeordnung geändert und acht amtsführende Stadträte geschaffen, wenn es nichts zum arbeiten gäbe. Die Verpachtung wird für die Gemeinde nichts gutes schaffen. Er beantragt, die Güter Wallhof, Kobenzl, Lobau und Leopoldau von der Verpachtung auszuschließen.

GR. Dr. Glassauer (chr. soz.) kritisiert einzelne Punkte des Vertrages und führt aus, daß die Mehrheit die Behauptung, daß sie zur Verwaltung unfähig sei, durch den Abschluß des Pachtvertrages beweise. ~~Obwohl~~ Obwohl selbst Rechtsanwalt, müsse er sich gegen die Fassung des Pachtvertrages wenden, da dieser für seine Berufskollegen ein reiches Feld für Geschäfte bilden werde. Er sei mit den andern Rednern eines Sinnes, daß die Weise wie die Lobau verwertet werden soll, eine Sünde und ein Verbrechen dar-

stelle. Er hätte erwartet, daß man wenigstens einen Teil der ~~Ka-~~ Lobau den Schrebergärtnern zur Verfügung stelle oder hätte man kleine Bauerngüter geschaffen, dann hätte die einheimische Bevölkerung mit Freuden darnach gegriffen. Er ersucht den Vertrag mit Rücksicht auf die Überlegung, daß dadurch der Gemeinde Wien ein Schaden zugefügt werde, nicht anzunehmen, da die Gründe im Interesse der Versorgung der Arbeiter und der Bevölkerung von Wien für die Stadt notwendig sind.

VB. Emmerling führt im Schlusswort aus: Es ist begreiflich daß gegen den Vertrag die vernommenen Einwendungen gemacht worden sind, weil man von der falschen Voraussetzung ausgegangen ist, als ob es sich hier um eine Entsozialisierung handle. Die Gründe, die in Betracht kommen, waren aber keine Sozialisierung der Gemeinde, sondern ein kostspieliges Experiment, das wir nicht weiter machen wollen. Es war ein Betrieb, unkaufmännisch betrieben und geführt von ungeeigneten Personen. Im Verwaltungsjahr 1918 bis 1919 waren die Leute, die die Führung der Betriebe hatten, im Rathause kalt gestellt, weil damals ein Konsulent bestellt worden ist, der eigentlich der Vertreter des Verpächters gewesen ist. Es ist auch unmöglich dem Verlangen nachzukommen, das ganze Ausmaß der Gründe bekanntzugeben, weil das bisher noch nicht vorhanden ist. Auch deswegen kann der Betrieb nicht weitergeführt werden. Die Erträge in Deutsch-Altenburg, Weißer Hof, Kobenzl und in der Lobau im Gesamtsumme von 824 Hektar ergaben im Wirtschaftsjahr 1918/19 296 000 K, denen Ausgaben von 456 000 K gegenüber standen. Man müsse sich aber auch entscheiden, ob man Wien mit Lebensmitteln versorgen wolle oder ob man die Gründe für Siedlungszwecke verwenden wolle. Das Gemüse, das nach Wien geliefert wurde, steht in einem so merkwürdigen Verhältnis zum Bedarf, daß es nicht der Mühe wert ist, davon zu reden. Leopoldau hat nur einige weniger Waggens Lebensmittel gebracht, Kobenzl 47 Meterzentner Korn, 266 Meterzentner Hafer, was sonst geliefert wurde ist nicht der Rede wert. So sieht es auch bei den andern Gütern aus. Gemüse alles zusammen genommen wurden 12 Meterzentner Bohnen, 118 Meterzentner Erbsen, 232 Meterzentner Spinat, das sind ungefähr 5 Waggon auf-

gebracht. Was die Wegfreiheit anlangt, so wird diese, so wie sie jetzt war, wohl nicht aufrecht erhalten werden können, weil heute die Leute in jede Kultur hineingehen. Die normalen Wege allerdings werden nicht abgesperrt werden. Die Frage des Kleingarten und Siedlungswesens, die auch uns sehr wichtig erscheint, wird nicht untergehen dafür können wir alle Garantie geben. Es wird Sache des betreffenden Ausschusses sein, die Bedeutung dieser Frage ganz besonders hervorzuheben. Wenn es sich aber darum handelt, hierfür neue Plätze zu schaffen, gibt es in der Umgebung Wiens weitaus bessere als sie unsere Güter bieten, ich verweise da nur auf die Städte Schotten und Klosterneuburg. (Zwischenruf Die haben schon viel hergegeben.) Ja, wir haben Ihnen auch hierfür in öffentlicher Sitzung den Dank ausgesprochen und hoffen, daß Sie für diese Zwecke auch noch weiteres Land hergeben werden. Was den Einfluß in der neuen Gesellschaft anbelangt, werden wir dort tatsächlich den größten Einfluß besitzen, den wir nur wünschen können, wofür ja auch schon die Vorberatungen den Beweis erbracht haben. Zum Schlusse kann ich nur noch einmal betonen: Wir sind außer Stande als Gemeinde, die nur der Verwaltung dient, eine Landwirtschaft zu führen, nachdem wir den größeren Teil dieser für uns wirklich nicht rentablen Pachtungen bereits abgegeben haben.

Bei der Abstimmung wird der Abänderungsantrag Kürber abgelehnt und der Referentenantrag unverändert angenommen. Der Antrag Schmitz auf Ausgestaltung des Kleingartenreferates wird genügend ~~unterstützt~~ unterstützt und an den betreffenden Ausschuss geleitet.

Der Bürgermeister erklärt sodann, daß bezüglich des Referates des Dr. Scheu auf eventuelle Überlassung des Erholungsgebietes „Villa Vergani“ in Emmerdorf an die deutschösterreich. Schriftsteller-genossenschaft keine Wortmeldung erfolgt ist, daher der Referentenantrag angenommen erscheint.

Die beiden noch verbleibenden Referate werden der nächsten Sitzung zu-gewiesen und diese Sitzung geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Zuber.

Wien, 1. Wiener Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 2. Juni 1920, Nr. 182.

Der Schulschluss an den Volks- und Bürgerschulen. Von der Erwägung ausgehend, dass der Unterricht und in den letzten Schultagen erwiesenermaßen für die Schulkinder wenig fruchtbringend ist und dass ferner alle in Betracht kommenden Faktoren ihr Augenmerk darauf zu richten haben, jene Bedingungen sicherzustellen, unter denen der Unterricht gleich zu Beginn des kommenden Schuljahres mit jener Regelmäßigkeit und Intensität aufgenommen werden kann, welche dem Ernste der ihm im neuen Schuljahr gestellten Aufgabe der Erprobung der neuen Lehrpläne und der Umsätzen der theoretischen Schulreform und die praktische Arbeit entspricht, hat der Bezirksschulrat verfügt, dass heuer versuchsweise alle Vorarbeiten für den Beginn des neuen Schuljahres (Schülereinschreibung, Ansuchen um Altersdispensen, Aufnahmeprüfungen, Klassen- und Lehrfächerverteilung, Stundenpläne, Aus- und Umschulungen durch die Ortsschulräte) schon in die letzten Tage des laufenden Schuljahres zu verlegen sind. Hierdurch wird es auch möglich sein, schon am Schlusse des Schuljahres einen Ueberblick über den künftigen Bedarf an Lehrkräften zu gewinnen. Es wird daher der letzte stundenplannmäßige Unterricht am 10. Juli stattfinden. Die Schülereinschreibung in die erste Volksschulklasse sind am 8. und 9. Juli nachmittags vorzunehmen. Ansuchen um Altersnachlass sind spätestens am 1. Juli beim Ortsschulrate anzubringen. Die Aufnahmeprüfungen für Bürgerschulen findet am 5. und 6. Juli nachmittags statt. Am 12., 13. und 14. Juli sind die Schüler mindestens je zwei Stunden in den Klassenzimmern oder im Freien angemessen zu beschäftigen. Am 15. Juli findet in allen Schulen die Zeugnisverteilung statt. Am 16. September 8 Uhr vormittags haben sich alle Schüler zur Hinteilung in die Klassen, und Entgegennahme der Lernmittel, in ihren Schulen einzufinden. Am 17. September beginnt der regelmäßige Unterricht.

Sühneverhandlungen. Die Sühneverhandlungen bei den Gemeindevermittlungsbütern der Bezirke 1 und 20 finden in Juni am 9., 16., 23. und 30., im 9. Bezirk am 9. und 23., im 12. Bezirk am 4. und 18., im 14. Bezirk am 16. und 30., im 21. Bezirk am 8., 15. und 22. Juni statt.

Erste österreichische Sparkasse. Spar- und Scheckverkehr von 22.637 Partein K 58.003.433 eingelegt, an 10.610 Partein K 26.194.110 rückgezahlt und es belief sich der Gesamteinlagenstand am 31. Mai auf K 741.202.157. Hypothekendarlehen wurden K 960.100,- zugehört, dagegen K 2.260.715 rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen am 31. Mai auf K 302.871.288 stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich am 31. Mai auf K 17.093.122; 60 jährige Pfandbriefe waren K 18.084.400 im Umlaufe. Wechsel wurden K 33.837.600 eskontiert, dagegen K 29.079.500 einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Schatzscheinen betrug am 31. Mai K 152.338.608.

Neue Einkaufscheine für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch. Von Montag, den 7. angefangen findet bei den zuständigen Brotkommissionen bzw. für Haushalte über 14 Personen bei den zuständigen Konstriktionsamtsabteilungen die Ausgabe neuer Einkaufscheine für Rindfleisch und Wohlfahrtsfleisch statt. Mitzubringen sind: Die derzeitigen Einkaufscheine (grau, rosa) und ein Ausweisdokument des Haushaltungsvorstandes. Die Besitzer der neuen Einkaufscheine für Rindfleisch haben sich innerhalb zweier Tage nach Erhalt des neuen Einkaufscheines bei der bisherigen Fleischabgabestelle anzumelden. Eine Änderung der Abgabestelle ist nicht zulässig, da die neuen Scheine nur eine Fortsetzung der bisherigen bilden. Es wird daher auch von allen Rindfleisch-Einkaufscheinen der Abschnitt mit dem Buchstaben A (Rayonierungsabschnitt) durch die Brotkommission abgetrennt. Die neuen rosa Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch sind bei den zuständigen Abgabestellen der Grossschlachtereien in der bisherigen Weise vorzuweisen. Die Ausgabe findet statt für Personen mit den Anfangsbuchstaben des Familiennamens: A - E am 7. Juni, F - H am 8., J - L am 9., M - Q am 10., R, S, Sch am 11. und St, T - Z am 12. Juni, während der gewöhnlichen Amtsstunden. Die derzeit gültigen Einkaufscheine bleiben bis zum Inkrafttreten der neuen Scheine, was besonders verlautbart wird, gültig.

Von den Gemeinderatsausschüssen. In den konstituierenden Sitzungen der acht Gemeinderatsausschüsse für die einzelnen Verwaltungsgruppen wurden nachstehende Gemeinderäte zu Vorsitzenden bzw. zu deren Stellvertretern gewählt: Im Ausschuss für Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform Vorsitzender Täubler (Soz. Dem.), Stellvertreter Haider (chr. soz.), Skaret (Soz. Dem.); Finanzausschuss Vorsitzender Broczyner (Soz. Dem.), Stellvertreter Heitsinger (Soz. Dem.), Zimmerl (chr. soz.); Ausschuss für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge Vorsitzender Jorde (Soz. Dem.), Stellvertreter Amalie Pölzer (Soz. Dem.), Rummelhardt (chr. soz.); Ausschuss für Sozialpolitik und Gesundheitswesen Vorsitzender Suchanek (Soz. Dem.), Stellvertreter Dr. Hass (chr. soz.), Hofbauer, (Soz. Dem.); Ausschuss für technische Angelegenheiten Vorsitzender Schmid Karl (Soz. Dem.), Stellvertreter Biber (chr. soz.), Müller Rudolf (Soz. Dem.); Ernährungs- und Wirtschaftsausschuss Vorsitzender Grohlig (Soz. Dem.) Stellvertreter Iser (Soz. Dem.) Josef Müller (chr. soz.); Ausschuss für allgemeine Verwaltung Vorsitzender Hellmann (Soz. Dem.), Stellvertreter Dr. Odehnal (chr. soz.), Weber (Soz. Dem.); Ausschuss für Unternehmungen Vorsitzender Bombeck (Soz. Dem.) Stellvertreter Ingenieur Heinrich Schmid (chr. soz.), Schorsch (Soz. Dem.).

Meisteraufführungen Wiener Musik. Der Wiener Tonkünstlerverein veranstaltet im Rahmen dieser Aufführungen am 3. Juli 7 Uhr abends im Kleinen Konzerthaus seine 3. Kammermusikabend. Programm: Braun Cellosonate (Grümmel, Sirota), Lafite, Oberleithner, Lieder (Emil Steger), Springer Klavierstücke (Guggenberger), Moser Lieder (Windheuser), Kanitz Lieder mit Geige (Kittel, Gottesmann), Labor Klarinettensonate (Behrends, Wittgenstein). Karten an der Konzerthauskasse.

500 K Belohnung zahlt Josef Chlup, Kritzendorf, Hauptstrasse 94, demjenigen, der seinen abgängigen Sohn Adolf lebend oder tot auffindet. Der 16 jährige Junge hat dunkles gekräuselttes Haar und war zuletzt mit dunkler Hose, grauer West, schwarzem Rock und lichtgrauen Hut bekleidet.

Geehrte Redaktion! Herr StR. Breitner ersucht freundlichst um Aufnahme vorstehender Notiz.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 4. Juni 1920, Nr. 183.

Abgabe von Frühkartoffeln. Samstag bis Montag werden im 1. und 3. Bezirk italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 9.20 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 4. Juni 1920, Nr. 184.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Ein Tag in Klosterneuburg. Die Teilnehmer an dieser Veranstaltung werden darauf aufmerksam gemacht, daß der für sie bestimmte Separatzug Sonntag, 9 Uhr vormittags vom Franz Josefsbahnhof abgeht. Versammlung längstens 3/4 9 Uhr vormittags Franz Josefsbahnhof Fernperron (Stirnseite des Bahnhofes). Ankunft in Wien 5 Uhr nachmittags.

Vorstellung der antsführenden Stadträte. Heute vormittags stellte Bürgermeister Reumann den neuen antsführenden Stadträten die leitenden Beamten des Magistrates vor. Er begrüßte die Erschienenen und führte aus, dass die neue Verwaltungsreform vielfach noch nicht in ihrer richtigen Bedeutung gewürdigt werde. Es sei in der Presse behauptet worden, dass es sich bei dieser Reform nur um parteipolitische Momente und um die Stärkung der heutigen Majoritätspartei in ihren Einfluss auf die Verwaltung handle. Dies sei ganz unrichtig. Die Bedeutung der Reform liege tiefer. Sie habe den Zweck den Verwaltungsapparat den modernen Anschauungen und Bedürfnissen anzupassen, ihn auf die Bedürfnisse der Bevölkerung einzustellen, durch die enge Zusammenarbeit der gewählten Vertreter der Gemeinde und der beamteten Vertreter der Verwaltung die Verknöcherung der Verwaltung auszuschliessen. Diese Zusammenarbeit werde es aber auch mehr als bisher ermöglichen, grosszügige Arbeit zu leisten und neue Probleme in Angriff zu nehmen. Die antsführenden Stadträte werden es sein, durch die die in der Bevölkerung lebenden und aus Licht drängenden Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen Einfluss auf die Entscheidung abhängiger und auf die Vorbereitung künftiger Verwaltungsmassnahmen finden. So könne und müsse die neue Einrichtung zum Vorteile der Bevölkerung, zum Vorteile unserer Vaterstadt Wien beitragen. Magistratsdirektor Dr. Harbl dankte dem Bürgermeister für seine Worte und erklärte namens der Beamtenschaft, dass diese mit ihrem besten Willen und Können an den Werke der Verwaltungsreform mitarbeiten werde. Der Bürgermeister schloss, indem er der Ueberzeugung Ausdruck gab, dass dort, wo der Wille gut sei, auch der Erfolg nicht fehlen werde und dass sich die Beamtenschaft auch unter den neuen Verhältnissen voll bewähren werde.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 5. Juni 1920, Nr. 185.

Margarineabgabe. Vom 6. bis 12. Juni werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 dkg Margarine zum Preise von K 12.72 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 195 und der beiden Abschnitte Nr. 195 für nichttrayoniertes/der ^{Fett} Fettkarte ausgegeben. - Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Schweinefett zum Preise von K 13.20.

Petroleumabgabe vom 6. bis 19. Juni. In dieser Zeit wird für finstere Wohnungen und Küchen sowie für Haus- und Stiegenbeleuchtung 1/4 Liter Petroleum abgegeben. Kerzen werden nicht ausgegeben. Preis des Petroleums K 5.32 pro Liter.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 5. Juni 1920, Nr. 186.

Sitzungen im Rathause. Dienstag um 9 Uhr vormittag tritt der Stadtsenat zu seiner ersten Geschäftssitzung zusammen. Der Gemeinderat hält am Freitag um 4 Uhr nachmittag eine Sitzung ab.

Zeltstangen für Kleingärtner. In der Abgabestelle XIV., Zollernsperggasse 3 gelangen ab Montag gegen Vorweis einer Pacht- oder Vereinsbestätigung zweiteilige Zeltstangen von 1.80 m Länge aus Buchenholz zum Preise von K 2.40 zum Verkaufe.

Auslandshilfe für Lehrer und Mittelschullehrer. Pensionisten erhalten Montag, den 7. Juni, 3 bis 7 Uhr nachmittags im Depot X., Ecke Wald- und Eugengasse gegen Ausweis (Pensionsdekret) und Zählung von K 2.- 4 kg Kartoffeln.

Zewerba. Vom 6. bis 12. Juni: Amerikanische Oelsardinen. Textilwaren: Ab Dienstag: Roh-Mollino, Restbestände der Vorwochen. Holzabgabe: Nächster Turnus vom 11. bis 28. Juni. Koks- und Kohlenabgabe: Wichtige Mitteilungen im „ Städtischen Angestellten " vom 1. Juni 1920.

Kinder aus Karlsruhe. Dienstag früh kam der 2. Karlsruher Kinderflücktransport am Westbahnhof an. Mit dem Zuge reisten aus Karlsruhe Stadtsekretär Nebbeisen, der Direktor des Karlsruher Stadttheaters Norden und 3 Damen des Karlsruher Komitees mit. Zum Empfang hatte sich Vizekonsul Troll eingefunden. Die Kinder, welche blühend aussahen, weisen durchwegs bedeutende Gewichtszunahmen auf und konnten vielfach die umfangreichen Pakete, welche die fürsorglichen Pflegeeltern den Kindern mitgaben, kaum tragen. VB. Winter dankte den Gästen aus Karlsruhe in herzlicher Weise für die große Hilfsbereitschaft und Opferwilligkeit.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Sonntag, den 6. ds. „ Ein Tag in Klosterneuburg “. Abfahrt mit Extrazug um 9 Uhr vom Franz Josefsbahnhof. (Versammlung um 3/4 9 Uhr am Fernperron). Abends im großen Saal der Urania „ Die heilige Veronika “ von Richard Kralik (Regie Franz Terterich, Musikalische Leitung Dr. Heinrich Singer). Im Burgtheater „ Weh dem der lügt “ (Frl. Finkosdy und Hugo Thiemig als Gast). - Montag den 7. Juni abends Staatsoper „ Dorfschule “ (Dirigent Felix Weingartner). - „ Vivaldi “ (Dirigent F.W. Korngold). 1/2 7 Uhr abends Kleiner Konzerthausaal 4. Kammermusikabend. 1.) Guido Peters: Streichquartett C-Moll - Allegro con Brio - Poco patetico - Andante sostenuto - Scherzo - Sostenuto. (Streichquartett Kolbe, Marg. Kolbe - Herta Martini - Nora Kübler - Jutka Zahornaczky). 2.) Josef v. Wöss Lieder; Harm. Graedener, Frl. Marie Hussa Mitglied der Staatsoper; am Klavier Professor Moser. 3.) Heinrich Knödt 4 Lieder von O.J. Bierbaum für hohe Männerstimme und Klavier (Komponiert 1907); Dr. Lothar Riedinger Vereinigte Deutsche Theater Brünn. Am Klavier der Komponist. 4.) Rudolf Bella; Quintett Es-Dur für Oboe, Klarinette, Horn, Fagott und Klavier (Maria Bella und die Bläservereinigung der Staatsoper).

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und Verantwortl. Direktor Franz Michen.

Wien, I., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 7. Juni 1920, Nr. 187.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Heute Konzert des akademischen Orchester-
stervereines 1/2 7 Uhr abends, Mittlerer Konzerthausaal. - Morgen Diens-
tag 4 Uhr Liechtentaler Kirche Messe As-Dur von Franz Schubert; mitwir-
kend Hilda Kaušezki, Anni Kreuzer, Alfred Boruttau, Dr. Nikolaus Schwarz,
das Wiener Sinfonieorchester, der Liechtentaler Kirchenmusikverein, Di-
rigent Heinrich Singer. Karten bei Guttman und in der Sakristei. Um
1/2 7 Uhr abends im Großen Konzerthausaal Mahlers 3. Sinfonie, Dirigent
Furtwängler; dieses Konzert ist ausverkauft.

D.ö. Schriftstellergenossenschaft. Der für morgen Dienstag angesagte Aus-
flug nach Klosterneuburg muß der ungünstigen Witterung wegen auf einen
späteren Zeitpunkt, wenn möglich einem Sonntag, verschoben werden. - Von
Dienstag bis Samstag von 10 bis 1 Uhr Verkauf von Lebensmittelzubußen für
alle Mitglieder im Genossenschaftslokal, VIII., Buchfeldgasse 6.

Erfahrungen mit der gleitenden Lohnskala im Baugewerbe. Unter diesem Titel
hält Direktor Dr. Othmar Hornberg Mittwoch im Verein der Baumeister Nieder-
österreichs einen Vortrag, der für alle Baugewerbetreibenden von größter
Wichtigkeit ist. In derselben Versammlung wird der Genossenschaftsvorsteher
der Bau- und Steinmetzmeister Ingenieur Karl J. Schmidt über die Verhand-
lungen wegen der neuen Architektenordnung berichten.

Entfallender Empfang. Morgen Dienstag entfällt die Sprechstunde beim amts-
führenden Stadtrat Max Winter. Künftig wird die Sprechstunde nur Donners-
tag von 10 bis 12 Uhr stattfinden.

Leichte Besserung in den Gesundheitsverhältnissen im April. Der Gesundheits-
zustand der Bevölkerung Wiens war im genannten Monat günstiger als im Vor-
monate. Durch die warme Witterung war ein starker Rückgang der Erkrankungen
der Atmungsorgane zu verzeichnen und auch die schweren Grippefälle haben
eine bedeutende Abnahme erfahren. Auch Scharlach und Diphtherie zeigten einen
niedrigen Stand. Die Sterblichkeit hat durch das Aufhören der Grippe einen
wesentlichen Abfall erfahren, wenn sie auch im allgemeinen noch größer
war als im Vorjahre. Es starben 3372 Personen gegen 4129 im März. Die größ-
te Zahl der Todesfälle, die auch im April auf Tuberkulose und Skrophulose
mit 869 Fällen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mithen
Wien, I., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 8. Juni 1920, Nr. 188.

Die Jugendfürsorge durch das Ausland. Die im Zeichen der Reform der Gemeindeverwaltung stattgefundene erste Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge benützte amtsführender Stadtrat Winter dazu, um einen Bericht über die Jugendfürsorge durch das Ausland zu erstatten. Seit September v.J. bis jetzt sind rund 91.000 Kinder in das Ausland gefahren, um dort Erholung zu finden. Leider ist dadurch das Wiener Kinderelend nicht zu beseitigen gewesen. Gegenwärtig sind bei den verschiedenen Wiener Bezirksjugendämtern 39.264 Kinder angemeldet. Von diesen sind 25.502 ärztlich untersucht und von diesen wieder 16.864 als schwer gefährdet in ihrer Gesundheit bezeichnet worden. Sie haben von ärztlichen Befund 4, 5 und 6 erhalten, d.h. sie sind mangelernährt mit Blutarmut, schlecht ernährt und schlecht ernährt mit Blutarmut. Von der letzten Gruppe allein gibt es in Wien gegenwärtig 1987 Kinder, also fast 2000 ärztlich untersuchte Kinder, die vor den Toren der Friedhöfe stehen. Diesen Kindern zunächst Hilfe zu bringen, das ist der oberste Grundsatz des Jugendamtes, dem in dieser Richtung strikte Aufträge gegeben worden sind. An den Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, in der der Wunsch ausgesprochen wurde, Kinder nicht zweimal hinauszuversenden, solange es noch so schwer gefährdete Kinder zu retten gilt. Leider kann dieser Wunsch nicht durch die Wiener Gemeindeverwaltung erfüllt werden, ihn zu erfüllen liegt einzig bei den ausländischen Pflegeeltern, die, was auch wieder menschlich begreiflich ist, wieder die Kinder zurückbegehren, die sie aus der Gefahr gebracht haben und von denen sie aus Briefen erfahren, daß ihr Gesundheitszustand wieder zu leiden beginnt. Der Ausschuss sprach den Wunsch aus, daß nunmehr jede Woche statistische Berichte erstattet werden mögen.

Kartoffelabgabe. Mittwoch bis Freitag werden im 4. und 6. Bezirke italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 9,20 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstaben „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 8. Juni 1920, Nr. 189.

Die erste Geschäftssitzung des Stadtsenates. Ohne besondere Förmlichkeiten wurde heute 9 Uhr vormittags von Bgm. Reumann die erste Sitzung des Stadtsenates eröffnet. Er teilte mit, daß die Verwaltungsgruppen ihre Arbeit begonnen haben und Sitzungen abhalten, eine Reihe von Anträgen bereits erledigt sind. Hierauf machte der Bürgermeister Mitteilung über das Kreditanbot der Entente und die Rückwirkung der einzelnen Bestimmungen desselben auf die Verwaltung des Vermögens der Gemeinde Wien. Bekanntlich hat der Staatskanzler in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses der Nationalversammlung am 2. Juni d.J. die darauf bezügliche Zuschrift der Pariser Reparationskommission vorgelegt. Die Gemeinde Wien hat seinerzeit verlangt, daß sie zu den Friedensverhandlungen in St. Germain zugezogen werde, damit sie ihre Interessen zu wahren vermöge. Diesem Begehren ist seinerzeit nicht Rechnung getragen worden. Daher habe sich die Gemeinde Wien verwahrt, in irgend einer Form eine Hoheitspflicht für staatliche Verbindlichkeiten zu übernehmen. Die Freiheit der Gemeinde über ihr Vermögen zu verfügen, scheint durch das Kreditanbot der Entente wesentlich eingeschränkt zu sein und die Bedenken die sich ergeben, wurden vom Bürgermeister Reumann in seiner Mitteilung hervorgehoben. Der Abschnitt 2 der Kommissionzuschrift führt er aus, fordert ernste Beachtung der Gemeindeverwaltung, weil sich der nach die österreichische Regierung verpflichten soll, der Verkauf, die

Übertragung und sonstige Veräußerung allen öffentlichen Eigentums, das dem Staate, den Ländern oder den Gemeinden zukommt, oder als öffentliche Konzession oder Monopol erscheint, nur mit Zustimmung der österreichischen Sektion der Reparationskommission erfolgen können. Veräußerungen, die seit 3. November 1918 erfolgt sein sollten, können von dieser Sektion als ungültig erklärt werden. Diese Beschränkung des Eigentumsrechtes wäre einigermaßen erträglicher, wenn der Begriff dieses öffentlichen Eigentums so zu verstehen wäre, wie ihn die französische Verwaltungswissenschaft definiert. Sie versteht unter domaine public im Gegensatz zu domaine privé de l'Etat alle jene Sachen, welche mit ihrer Verpflichtung einen bestimmten Zweck haben. Eine solche Einschränkung des Verfügungsrechtes würde die Verwaltungstätigkeit nicht wesentlich stören. Aber es sei durchaus nicht sicher, daß sich die Auffassung der Kommission mit diesem Begriff der französischen Verwaltungswissenschaft deckt. Ein weitergehendes Verfügungsrecht der Entente würde aber eine schwere Schädigung der Gemeinde Wien bedeuten. Der Bürgermeister führt noch eine Reihe anderer Bestimmungen aus dem Kreditanbot der Entente an, die geeignet seien, schwere Bedenken gegen sie zu erheben zu lassen. Die Diskussion ergab, daß von Seite der Gemeinde Wien dem Staatskanzler Dr. Renner eine Denkschrift zu überreichen sei, in der die Wirkung des Kreditanbotes der Entente auf die Gemeindeverwaltung geschildert und über einzelne Punkte Aufklärung verlangt wird. Über die Rücküberungen des Staatskanzlers ist in einer Sitzung des Stadtsenates ein besonderer Bericht zu erstatten. Uebrigens wird sich mit der ganzen Angelegenheit noch im Laufe dieser Woche die Geschäftsleitung des erst kürzlich neu konstituierten Bundes der deutschen Städte Oesterreichs beschäftigen.

Hierauf berichtet der Bürgermeister über die Verwendung des Flugfeldes in Aspern. Am 29. Mai fand zwischen dem Bürgermeister und dem Vertreter der interalliierten Kontrollkommission für Luftschiffahrt Oberst Roberti di Castelvero eine Besprechung statt, in der die Bedingungen, unter welchen die Vereinigung der alliierten Nationen das Flugfeld von Aspern dessen Hangars, Einrichtungen, Büros und Signalposten einem Organe, darunter wäre die Stadt Wien gemeint, zur Instandhaltung einer internationalen Flugfeldstation überlassen würde, festgestellt wurden. Es soll jeder Nation und jeder Gesellschaft, die auf einer Luftlinie das Benützungsberechtigt hat, die Benützung der auf dem Asperner Flugfelde vorhandenen Hangars und Anengebäude eingeräumt werden. Es wird die Direktion des Flugfeldes bestellt werden, welche die notwendigen Signale für den Luftverkehr festzusetzen hat. Sie wird die Kosten der Landung, der Überwachung des Schutzes und der Wiederherstellung, der Reparatur, zeuge bestimmen. Eine internationale Kommission soll gebildet werden, in welcher jede interessierte Nation durch Delegierte vertreten sein wird. Die Delegierten werden etwaige Beschwerden ihrer Landsleute, wenn sich Unzukömmlichkeiten in der Benützung ergeben haben, entgegennehmen, prüfen und für deren Abstellung das Erforderliche veranlassen. Es soll ein Verwaltungsrat gebildet werden, dessen Präsidium der Stadt Wien zu überlassen wäre. Die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates wird durch ein Statut bestimmt und es werden vertreten sein, der Gemeinderat der Stadt Wien, der Staat, die Gesellschaften, welche an der Erhaltung des Flugfeldes interessiert sind, Beamte und Arbeiter, sowie Delegierte der internationalen Nationen. Die Vereinigung der Nationen hat die Bestätigung zur Ernennung dieser Administrationsräte zu erteilen. Weitere Bestimmungen beziehen sich auf die Erhaltung des Flugfeldes und seiner Einrichtungen, auf die Feststellung der Landungsgebühren, der Verproviantierung der Flieger, und der Gebühren für die Reparaturen, Benützung der Hangars und Gebäude und aller erforderlichen Maßnahmen. Schließlich wurden auch die Bedingungen bezüglich der Beschaffung und der Tilgung des Kapitals zur Instandsetzung des Flugfeldes besprochen. Am 2. Juni ist Colonel Barrée nach Paris abreisend und es wird dort die näheren Bestimmungen über die Benützung des

Flugfeldes in Aspern als internationale Flugstation besprochen werden. Der Bürgermeister wird, sobald er in Kenntnis der in Paris getroffenen Bestimmungen gelangt ist, dem Stadtsenate neuerlich Bericht erstatten. Ueber die gegenwärtige Rechtslage ließ der Bürgermeister einen eingehenden Bericht durch Obermagistratsrat Dr. Held erstatten. Ueber diese Mitteilung entwickelte sich eine lebhafte Debatte und es wurde allseits begrüßt, daß das Asperner Flugfeld zu einem internationalen Flugplatze ausgestaltet wird.

VB. Emmerling berichtet über die städtischen Unternehmungen und beantragt, den Zweck und Umfang der einzelnen städtischen Unternehmungen genau zu umschreiben. Die diesbezüglichen Anträge wurden einstimmig angenommen und werden dem Gemeinderate unterbreitet werden. Desgleichen berichtet er über die Einbauten von Elevatoren in den neuerbauten Lagerhäusern der Stadt Wien im Winterhafen. Auch dieser Antrag fand einstimmige Annahme, worauf die erste Sitzung des Stadtsenates vom Bürgermeister nach zweiwöchiger Dauer geschlossen wurde.

Die Tageserholungsstätten der Gemeinde Wien. Im Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge berichtete amtsführender Stadtrat Winter über einen Antrag des Jugendamtes, nach dem die Tageserholungsstätten der Gemeinde, die bisher von der Gemeinde betrieben worden sind, künftighin nicht mehr allein von der Gemeinde betrieben werden sollen. Nur die Erholungsstätten „Bellevue“ und „Gänsehübel“ sollen weiter von der Gemeinde geführt werden. Die anderen sollen dem Verein zur Errichtung und Erhaltung von Fürsorgestätten, dem Arbeiterverein „Kinderfreunde“ und dem Verein „Bereitschaft“ für den heurigen Sommer unter gewissen Bedingungen zum Betriebe überlassen werden. Die Gemeinde behält sich das Recht der Besetzung von 50 unter 100 Plätzen bei diesen Erholungsstätten vor, desgleichen soll ihr die Oberaufsicht in pädagogischer und wirtschaftlicher Beziehung gewahrt bleiben. Der Bericht erstatter begründete den Antrag damit, daß dadurch der Versuch unternommen werden soll, die Elternkräfte noch mehr an die Gemeinde zu fesseln. Die Gemeinde sei nicht in der Lage, heuer neue Erholungsstätten zu errichten, obgleich 40.000 Kinder bei den Jugendämtern als erholungsbedürftig vorgemerkt sind. Bei höchster Ausnützung haben in den Erholungsstätten 3000 Kinder Platz, wobei die Kinder nur 6 Wochen in den Erholungsstätten bleiben können. Wenn es gelingt, durch die Heranziehung der Vereine den Betrieb in den Erholungsstätten zu verbilligen, soll die Gemeinde dann nichts verdienen. Gegen den Antrag sprachen die GR. Rummelhardt, Dr. Alma Seitz, Wawerka, Gohut, Famosch, der vom GR. Dr. Grün und Amalia Seidel vertreten wurde. Der Referentenantrag wurde angenommen und ein Minderheitsbeschluss, der sich gegen die Überlassung der Tageserholungsstätten an Vereine ausspricht, anerkannt.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 9. Juni 1920, Nr. 190.

Meisteraufführung Wiener Musik, Heute 1/2 7 Uhr abends im Großen Konzerthausaal Chorkonzert des Gesangsvereines österreichischer Eisenbahnbeamter; Dirigent Karl Führich, mitwirkend das Sinfonieorchester und Karl Stiegler (Horn) von der Staatsoper. - In der Volksoper „Die Fledermaus“ neuinstudiert, Dirigent Direktor Felix Weingartner.

Ausgabe neuer Kohlenausweise, Vom 14. bis 18. Juni werden

während der Dienststunden durch die zuständige Brotkommission die neuen Küchenbrandkarten ausgegeben und zwar für Wohnungsinhaber mit den Anfangsbuchstaben A - F am Montag, den 14. Juni, G - I und L am Dienstag, den 15., K, M - O am Mittwoch, den 16., P, R, S und St am Donnerstag, den 17. und Sch, T - Z am Freitag, den 18. Juni. Die Besitzer der neuen Küchenbrandkarten haben sich bis längstens 26. Juni in die Kundenliste der von ihnen gewählten Abgabestelle eintragen zu lassen. Es wird den Parteien empfohlen, die bisherige Abgabestelle ^{bei-} zu behalten.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 9. Juni 1920, Nr. 191.

Die Sprechstunden der amtsführenden Stadträte, Die neugewählten amtsführenden Stadträte werden von nun an an jeden Donnerstag, der auf einen Werktag fällt, von 8 bis 11 Uhr vormittags Sprechstunden halten, die ausschließlich dem Verkehr mit der Bevölkerung, der Erteilung von Auskünften und der Entgegennahme von Wünschen dienen sollen. Die Sprechstunden werden innerhalb der Amtsstunden des Magistrates abgehalten, weil in dieser Zeit der amtliche Apparat für mögliche rasche Erledigungen zur Verfügung steht. Außerdem finden Sprechstunden der amtsführenden Stadträte für solche, die in den Vormittagsstunden nicht Zeit finden, an jedem Montag, der auf einen Werktag fällt, von 6 - 7 Uhr statt. Außerhalb der angeführten Stunden sind die amtsführenden Stadträte in Sitzungen und mit Amtsarbeiten beschäftigt und können daher Besuche nicht empfangen. Die Ressortenteilung ist folgende: Personalangelegenheiten und Verwaltungsreform (Speiser), Finanzangelegenheiten, darunter auch Subventionen (Breitner), Wohlfahrtspflege, Jugendfürsorge, Armenwesen, Humanitätsanstalten (Winter), Sozialpolitik, Gesundheitswesen, Wohnungsamt (Grünwald), technische Angelegenheiten (Siegel), Wirtschafts- und Ernährungswesen (Kokráa), Bildungs-, Rechts- und Heimatsangelegenheiten (Richter), städtische Unternehmungen (Emmerling). In Angelegenheiten des Bezirksschulrates gibt StR. Speiser in seinen Sprechstunden Auskunft. Die Amtsräume der amtsführenden Stadträte sind beim Rathauseingang, Lichtenfelsgasse ersichtlich.

Die Richtlinien für die Arbeiten in der Jugendfürsorge und im Wohlfahrtswesen, Amtsführender Stadtrat Max Winter hatte die Oberbeamten und leitenden Beamten der Magistratsabteilungen und des Jugendamtes, deren Agenden in den Wirkungskreis des Ausschusses für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge fallen, zu sich geladen, um ihnen die Richtlinien, nach denen der Ausschuss seine Arbeiten erledigen soll, bekanntzugeben. Er führte in seiner Ansprache an die Erschienenen aus: Ich habe Sie hieher gerufen, um Sie mit den Richtlinien bekanntzumachen, nach denen ich mir die Führung des mir vom Gemeinderate anvertrauten Amtes vorstelle. Dem Amte ist

die Fürsorge für alle Lebensalter übertragen. Dem Amte sind alle Wohlfahrtseinrichtungen der Stadt Wien unterstellt. Es ist ein Riesengebiet der Arbeit, das wir vor uns sehen. Wenn wir es so bearbeiten wollen, daß wir auch die Früchte unserer Arbeit erkennen sollen, dann müssen wir uns darüber klar sein, daß unsere Arbeit in zwei große Gebiete zerfällt: In die vorbeugende Arbeit, deren Endziel sein muß, aus all den werdenden und schon fertigen Menschen, die der Fürsorge bedürfen, leistungsfähige Bürger des Staates und der Gemeinde zu machen und die zweite, die dahin gerichtet sein muß, Menschen, die ihre Pflicht als Bürger bereits erfüllt haben oder die durch ihre körperliche Beschaffenheit an dieser Pflichterfüllung gehindert sind, das Leben möglichst erträglich zu gestalten. Der erste Teil unserer Arbeit umfaßt eine durchaus produktive Tätigkeit. Können wir dadurch, daß wir der Jugend beizeiten zu Hilfe kommen, dadurch, daß wir der unserer Obhut anvertrauten nicht durch Almosen, sondern durch Zurückführung in das bürgerliche Arbeitsleben aufhelfen, dem Staate und der Gemeinde gute Bürger geben, dann wird uns auch die Erfüllung der anderen Aufgabe, die uns geworden ist, nicht allzu schwer sein. Dann werden wir mit der Zeit auch die Mittel dafür gewinnen, um den alten und gebrechlichen Gliedern unseres Gemeinwesens ein Dasein zu sichern, das sie als erträglich empfinden werden.

Dieses hohe Ziel, werden wir erreichen, wenn sich jeder einzelne von uns als Mitarbeiter an dem ganzen Werke fühlen wird, wenn er uns nicht nur seine Amtszeit verkauft, sondern wenn auch sein Geist und was auf dem Gebiete der Fürsorge so wichtig ist, auch sein Herz mitarbeiten wird. Jeder von uns kann im Sinne großzügiger Vorbeugungsarbeit wirken, jeder von uns kann aber auch und soll auch wie ein Kaufmann darauf bedacht sein, daß die Gemeinde Wien nicht über Gebühr durch die großen Aufgaben belastet werde, die ihr auf dem Gebiete der Fürsorge geworden sind. Der Stand der Finanzen der Gemeinde Wien zwingt uns ^{zu} aller vernünftigen Sparsamkeit. Er macht uns aber zur gebieterischen Aufgabe vor allem kaufmännisch richtig die Geschäfte zu führen, die uns anvertraut sind. Wenn wir diesen Gedanken richtig erfassen, dann werden wir uns nicht als Beamtete, sondern jeder einzelne von uns wird sich als ein auch steuerzahlender Bürger, als ein Mitverwaltender und Mitverantwortlicher ansehen und ich werde während meiner Amtsführung den größten Wert darauf legen, daß jeder die Möglichkeit hat, in diesem Sinne ein Mitarbeiter am ganzen zu sein. Es wird Vorsorge getroffen werden, daß die guten Gedanken, von wem immer sie ausgesprochen werden, mich auch erreichen können und daß sie durchgeführt werden, soweit dies nützlich und möglich erscheint.

In diesem Sinne erwarte ich von Ihnen allen strenge und hingebende Pflichterfüllung zu Nutz und Frommen der schwachen Glieder des Gemeinwesens, die unserer Obhut anvertraut werden sollen, aber auch zu Nutz und Frommen der Stadt, deren Bürger wir alle sind und der wir alle zu dienen haben. Nicht nur die Liebe zu den Menschen, auch die Liebe zu unserer Vaterstadt Wien muß uns bei unserem Tun leiten. Wenn wir alle uns daran halten, dann wird das Werk, das wir gemeinsam zu führen haben, auch gelingen. In diesem Sinne begrüße ich Sie als meine Mitarbeiter.

Auflassung der Lebensmittelkarten für vorübergehenden Aufenthalt, Mit dem 13. Juni werden die bisherigen Lebensmittelkarten für vorübergehenden Aufenthalt außer Kraft gesetzt und dürfen deren Abschnitte von keinem Käufer angenommen werden, da die Zentralabgabestellen sie unter keinen Umständen mehr einlösen. An ihre Stelle treten besondere Brotbezugsanweisungen, die gegen Vorweisung der vorgeschriebenen Dokumente bei der Konskriptionsamtsabteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes vom 14. Juni angefangen an Personen, die sich in Wien vorübergehend aufhalten und nicht in Hotels und Gasthöfen wohnen, zur Ausgabe gelangen.

Wien, Mittwoch, den 9. Juni 1920. Abendausgabe.

Der Kirschenhandel. Gegenwärtig ist auf dem Gebiete der
Approvisioenierung die Versorgung mit Kirschen in den Mit-
telpunkt des Interesses getreten. Mit Rücksicht auf die in
den einzelnen Tagesblättern erschienenen Mitteilungen, die
einander vielfach widersprechen, erscheint eine Aufklärung
dringend notwendig. Im Frieden wurde in Wien mit Kirschen
hauptsächlich aus Görz, Triest, Böhmen und Westungarn ver-
sorgt. Infolge der Absperrung von Böhmen und der Transpor-
tschwierigkeiten für Sendungen aus Görz und Triest kommt der-
zeit nur Westungarn in Betracht. Es können demnach nur be-
deutend geringere Mengen angeliefert werden, während die Nach-
frage gegen früher auf ein Vielfaches gestiegen ist. Die
Wiener Obstverteilungsetelle hat, um die westungarischen Kir-
schen dem Publikum zu einem angemessenen Preis zuführen zu
können, den Einkauf in ihrer Hand zentralisiert und bewährte
Wiener Grosshändler in den einzelnen Gemeinden als Kommissio-
näre bestellt. Als Einkaufspreis war für den Beginn des Ge-
schäftes ein Betrag von 5 K für 1 kg in Aus-
sicht genommen. Hierzu kommen 1 K Ausfuhrzoll, 1 K Fracht,
die verschiedenen Zuschläge für die Aufbringung, Verpackung,
Fracht der leeren Körbe, Gewichtsverlust und Transportrisiko,
so dass sich die Kirschen ab Bahnhof Wien auf 9.60 K stellen.
Der Zuschlag für den Grosshändler, der die Kirschen einzula-
den, auf den Markt zu bringen und an die Kleinhändler abzuge-
ben hat, wurde mit 80 h, der Verdienst des Kleinhändlers mit
1.60 K bemessen, so dass sich ein Kleinhandelspreis von 12 K
für 1 kg auf dem Markt ergab. Für die Ladenhändler wurde mit
Rücksicht auf die erhöhten Spesen ein Verkaufspreis von 13 K
festgesetzt. Sofort bei Beginn der Kirschenernte strömte eine
grosse Anzahl von Wiener Kleinhändlern und Schleichhändlern
nach Westungarn und kaufte unter gegenseitiger Ueberbistung
Kirschen bis zu 10 K für 1 kg vom Produzenten ein, so dass die
Organe der Verteilungsetelle ausserstande waren, mit dem Preis
von 5 K einzukaufen und sogar Angriffen der Produzenten aus-
gesetzt waren. Um diesem wucherischen Treiben zu begegnen, wurde
verfügt, dass an der ungarischen Grenze alle mit Fuhrwerk
nach Oesterreich eingebrachten Kirschen beschlagnahmt und von
der Verteilungsetelle zur Versorgung Wiens übernommen wurden.
Das Gleiche geschieht auch bei den Wiener Weinmännern. Durch
diese Massnahmen, die in Reisen der Kleinhändler und Schleich-
händler grosse Erregung hervorgerufen haben, war es möglich,
den bisherigen Verkaufspreis von 12 K aufrecht zu erhalten,
während in Graz trotz der reichen Kirschenernte Steiermarks
die Kirschen K 14 und K 16 und in Budapest trotz der ausgiebi-
gen Zufuhren K 18 und K 20 koston. Durch die erwähnten Mass-
nahmen wurden die täglichen Anlieferungen von 2 bis 3 Waggon
auf 10 bis 12 Halbwaggon gesteigert.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 10. Juni 1920, Nr. 192.

Sitzung des Stadtsenats. Der Stadtsenat hält morgen Freitag um 11 Uhr vormittag eine Sitzung ab.

.....
Meisteraufführungen Wiener Musik. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Aufführung von Beethovens Messe in C in der Minoritenkirche morgen Freitag 3/4 5 Uhr stattfindet. Mitwirkende: Sophie Capek - Angermayer, Hermine Mittel, Karl Fälbl, Karl Rössel, das Sinfonieorchester. Karten am Kircheneingang.

.....
Abgabe von Frühkartoffeln. Freitag bis Sonntag werden im 2. Bezirke italienische Frühkartoffel zum Preise von K 10.- per kg, und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „ M " der Kartoffelkarte ausgegeben.

.....
Rückkehr von Kindern aus Deutschland. Die am 10. Februar nach Stuttgart abgegangenen Kinder des Caritasverbandes kommen am 16. ds. um 2 Uhr nachmittags am Westbahnhof an. - Am 17. ds. um 6 Uhr 40 Früh kommen die durch den Caritasverband nach Augsburg gebrachten Kinder am Westbahnhof an. Die Eltern werden ersucht die Kinder abzuholen.

.....
Freie Schulplätze. An der Mariahilfer Handelsschule in der Millergasse gelangen im kommenden Schuljahre je 2 Freiplätze und je 5 Halbfreiplätze im 1. Jahrgang für Knaben und Mädchen zur Besetzung. Außerdem werden ein ganzer Freiplatz und 5 Halbfreiplätze für Knaben sowie 3 Halbfreiplätze für Mädchen im 2. Jahrgang verliehen. Anspruchsberechtigt sind Kinder von Beamten und Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen. Entsprechend belegte Gesuche bis 30. Juni an die Magistratsabteilung XIII. - Weiter werden für den einjährigen Abiturientenkurs der Hochschule für Welt-handel 5 Freiplätze der Gemeinde verliehen. Gesuche bis 8. Juli an die Magistratsabteilung XIII zu richten und in der Hochschule einzureichen. - An den Schulen der Gesellschaft „ Austria " werden 6 Halbfreiplätze an der dreiklassigen öffentlichen höheren Lehranstalt für erweiterte wirtschaftliche Mädchenerziehung und 6 Halbfreiplätze an der zweiklassigen Handelsschule verliehen. Anspruchsberechtigt sind Töchter von Beamten und Angestellten der Gemeinde und ihrer Unternehmungen. Gesuche bis längstens 10. Juli an die Magistratsabteilung XIII.

WIENER HAUSAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber Franz M i c h e u.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 11. Juni 1920, Nr. 193.

Meistersaufführungen Wiener Musik. Im Rahmen der Meistersaufführungen Wiener Musik ist der 12. und 13. Juni der Wiener Volksmusik gewidmet. Die Veranstaltungen finden teils im Vergnügungspark (Prater), und teils im Metropoltheater und in der Parisiana statt. Ein Eintrittspreis von K 8⁰⁰ ist für die Veranstaltungen im Vergnügungspark festgesetzt. Dort werden u. a. die Kapelle Wacek, die Straßenbauernkapelle, das Schleinererquartett (mitwirkend Felice Mihacsek von der Staatsoper) Blanka Glossi, Emerich Reimers (Staatsoper), Hansi Niese, Viktor Heim. (Spätere Vorträge) Elise Antmann (Tanz), der Wiener Männergesangverein, die Bläservereinigung August Stiegler, zu hören sein. Außerdem finden am 12. nachmittags im Metropoltheater ein Konzert des Wiener A-Capella Chores (mitwirkend Streichquartett Kofbe). Am 12. um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr abends findet die Festveranstaltung von „Euseb Methusalem“ von Johann Strauß (Dirigent Reichenberger von der Staatsoper) statt. In der Parisiana an beiden Tagen um $\frac{1}{2}$ 5 Uhr nachmittags „Wiener Biedermeier“ (mitwirkend Dr. Berger, Viktor Heim, Karl Lafite, Roman Hild). Am Sonntag, den 13. von 10 bis 12 vormittags ein „Jugendvormittag“ mit Konzerten und Kinderballette von der Staatsoper, Vorträge des Wiener A-Capella-Chores. Karten durch die Schulleitungen. Bei ausgeprochen ungünstiger Witterung wird das Fest verschoben, was noch ausdrücklich bekanntgegeben wird.

Die Ausspeisung von 15.000 Wiener Kindern. Der Direktor der amerikanischen Kinderhilfsaktion Stoktor und der Generalkommissär des österreichischen Jugendhilfswerkes Professor Klegens Pirquet haben dem ehemaligen Gemeinderate Gustav Scherfer ein Diplom gesendet, mit dem Ausdruck der Anerkennung und des Dankes für die erfolgreiche Mitwirkung bei dem Kinderfeste im Vergnügungspark von den Amerikanern Augarten, bei welchem 15.000 Wiener Kinder ausgespeist wurden.

Meistersaufführungen Wiener Musik. Die Aufführungen des Euseb Methusalem im Metropoltheater im Vergnügungspark beginnen am Samstag um $\frac{1}{2}$ 7 Uhr, am Sonntag um 4 Uhr und um $\frac{1}{2}$ 8 Uhr.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 11. Juni 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung mit folgender Mitteilung: Gemeinderat Franz Domes hat sein Gemeinderatsmandat mit Rücksicht auf die Ueberbürdung mit Aufgaben die ihm auf gewerkschaftlichen Gebiete übertragen worden sind, zurückgelassen. Franz Domes war seit Mai 1906 Mitglied des Wiener Gemeinderates und vertrat in demselben den V. Wiener Gemeindebezirk. Gemeinderate beteiligte er sich mit Fleiß und Eifer an der Arbeit dieser Körperschaft und stellte sein reiches Wissen und seine Erfahrungen, die er insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete besitzt, jederzeit gerne zur Verfügung. Ich spreche in der Gemeinderatsitzung dem scheidenden Kollegen den wärmsten Dank für sein langjähriges Mitwirken am Wiener Gemeinderat aus.

Gespendet haben: Die italienische Chorvereinigung „Verdi“ in Zürich zugunsten der am meisten bedürftigen Kinder Wiens 715.50 Proze = K 17.083.

Die „Wormser Zeitung“ zur Linderung der Not Oesterreichs 2.520 Mark = 11.252 K.

Der „Mainzer Anzeiger“ zugunsten der Kinder Wiens 2.500 Mark = 10.637 K.

Der Fischer-Klub „Weißes Kreuz“ in New York zugunsten der notleidenden Kinder Wiens 1000 K.

Helene Salzer Hofratsgattin für arme Kinder des X. und XVI. Bezirkes 6000 K.

Das Bürgermeisteramt Groß-Graben in Heusen für Wiener Kinder 855.40 Mark = 4.362.54 K.

Hugo Fürst, Besitzer des „Brennkaffees für arme Kinder“ des I. Bezirkes 1000 K.

Johann Hacker, Gastwirt, I. 300 K.

Die Firma Baumann & Beckman in Athen für die hungernde Bevölkerung Wiens 620 K a. W.

Die Drogengroßhandlung Philip Röder - Bruno Raabe A.G. in Wien, der Feuerwehrmannschaft für eine Hilfeleistung 500 K.

Stammgäste des Deutzer Hofes in Köln-Deutz für die notleidenden Wiener Kinder 403 K.

Direktor Dr. Richard Baum für die Armen Wiens 200 K.

William Præder in St. Louis Nord-Amerika, für Zwecke der Kinderausspeisung 1 Dollar = K 18.-

Staatskanzler Dr. Renner, anlässlich einer Spende des Vereines Centro-Germania, Republik Uruguay, zur Verteilung an die notleidende Bevölkerung Wiens, 2 Koggons Liebesgaben in Form von Lebensmittel und Bedarfsartik.

Der Verein für Unterstützung der Notleidenden in Deutsch-

land und Deutsch-Oesterreich in Detroit, Nord-Amerika 250 K. - sten Fondeswilleh.

Die Einwohner der Stadt Passaic in Nord-Amerika zugunsten der Stadt Wien, Anweisungen auf Dollarpakete im Gesamtwerte von 1500 Dollar.

Die amerikanische Handels- und Transportgesellschaft in New-York 1 Kiste Liebesgaben.

Der Deutsche Zentralausschuß für die Auslandshilfe in Berlin eine größere Menge Liebesgaben für Wien aus einer finnischen Sendung.

Der Deutschösterreichische Unterstützungsverein in St. Louis für notleidende Deutschösterreicher, Dollarpakete im Werte von 400 Dollar.

Oskar Treibigach in New-York für unterernährte Kinder Wiens ein Dollarpaket im Werte von 50 Dollar.

Die deutsche Hilfsgesellschaft in Mangauti Nord-Amerika, ein Dollarpaket im Werte von 50 Dollar.

Die dänische Kollegenkassenhilfe für Oesterreich zugunsten des VI. und VII. städtischen Waisenhauses einen Sack Reisgrieß, zwei Säcke Kartoffeln und 40 kg Kakao.

Dr. Landau 10.000 K zur Verteilung nach dem Ermessen des Bürgermeisters.

Bgm. Reumann teilt mit, daß bezüglich mehrerer auf der Tagesordnung stehender Geschäftsstücke keine Einwendung erhoben wurde, und zwar Post Nr. 3 bis 12, so daß diese als angenommen gelten.

Hierauf wird an die Bedienung der Tagesordnung geschritten.

GR. Hackl (Sez-Dom.) berichtet über das bekannte Uebereinkommen der Gemeinde Wien mit der Länderbank bezüglich der kaufmännischen Führung der Holzaufbringung. Der Referent weist in seiner Begründung darauf hin, daß die gemischtwirtschaftlichen Betriebe die besten seien. Die Verbedingungen einer gedehlichen Arbeit bei monopolisierten Betrieben seien der Beschäftigung und Betrieb vom Ur- bis Endprodukt. Solche Betriebe habe die Gemeinde Wien nur zwei, nämlich die Wasserleitung und die Kehlenbergwerke und Elektrizitätswerke in Zillingsdorf. In der Vorkriegszeit habe die Gemeinde Wien nur Unterstuhholz für sich bezogen und zu diesem Zwecke war ein Beamter bestellt, der

Ersparungsmaßnahmen im Jubiläumsspital. Der von der Gemeinde Wien zur Überprüfung der Gebarung der städtischen Humanitätsanstalten bestellte Generalstabserzt Dr. Pick hat bereits in den ersten Tagen seiner Tätigkeit einen Ersparungsantrag veranlaßt. Im Jubiläumsspital besteht ein Fernheizwerk, so daß im Budget 1920/21 ein Betrag von 19 Millionen Kronen eingestellt ist. Gegenwärtig wird die Heizwerk selbst im Sommer voll im Betriebe erhalten zu dem Zwecke um in einzelnen Abteilungen kleine Apparatkocher zu heizen. Der Antrag, den heute auch der Stadtsenat beigetreten ist, geht dahin, daß mit dem Aufwande von 200.000 K zur Bedienung dieser kleinen Kochapparate Rechaufes und Gasöfen aufgestellt werden. Dadurch wird nicht nur täglich eine Kohlenmenge von drei Viertel Waggens erspart, sondern es ermöglicht auch die bisher notwendige Nachschicht, die zwei große Heizkessel außer Betrieb gesetzt werden. Die tägliche Erparung beträgt 15 - 18.000 K, so daß die Investition von 200.000 Kronen in 14 Tagen amortisiert ist. Die jährliche Gesamterparnis beträgt 3 Millionen.

Ab dem Stadtsenat. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurde die Ausgestaltung der Benzolanlage im städtischen Gaswerke, die Überlassung von Tagesheimstätten der Gemeinde Wien an Körperschaften der freien Jugendfürsorge für das Jahr 1920 die Fertigstellung einiger Schulen beschlossen und die erste Arbeit für die Errichtung des neuen Südfriedhofes bei der Rosenkranzkirche in Meidling vergeben.

Der Beamte nicht damit ausschließlich beschäftigt war. Nun soll dieser Beamte plötzlich zur Aufbringung so großer Mengen Holz, wie sie jetzt benötigt werden verwendet werden. Zur Aufbringung der erforderlichen 800.000 Kubikmeter Holz müssen mit 28 Bezirkshauptmannschaften bzw. 6 Aemtern verhandelt werden. Diese Verhandlungen ließen sich im Amtswege kaum durchführen. Man habe sich also entschlossen Fachleute zur technischen Durchführung heranzuziehen. Wenn das der Gemeinde Wien zugewiesene Holz in vollem Ausmaße wirklich an den Konsumenten gebracht werden sollte, müsse es rasch geschliffert werden und der Transport rasch vor sich gehen. Das habe im amtlichen Wege seine große Schwierigkeit. Wichtigste kaufmännische Kräfte wie tüchtige Fachleute notwendig seien, müsse man mehr die unverantwortlichen gemischtwirtschaftlichen Betrieben zustreben. Redner empfehle daher das Übereinkommen mit der Länderbank anzunehmen.

Vize-Bgm. Hose übernimmt den Vorsitz.

Kleinböck (chr.-soz.): Die Holzversorgung war im abgelaufenen Wirtschaftsjahr das allertraurigste Kapitel der Gemeindeverwaltung. Ueber unsere wahren Urgegnen hat der Bürgermeister im vorigen Herbst hängend erklärt, die Holzstellen nur geschaffen, um Unterföhholz zu schaffen und nicht in der Lage, ihrer Aufgabe, Brennholz in größerer Menge herbeizuschaffen, gerecht zu werden. Ueber diesen erschütternden Verzweiflungsschrei hinaus haben wir eigentlich bis zum Schlusse nicht viel mehr gehört. Infolge des Mangels einer organisatorischen Grundlage ist es zu den traurigsten Zuständen im vorigen Winter gekommen, die zur Verwüstung der Wiener Gemarkung geführt haben, verbunden mit Missbräuchen, die das Rechtsgefühl der Bevölkerung aufs schwerste erschüttert haben. Die moralischen Verwüstungen sind nicht geringer als die materiellen, deren Opfer unsere Stadt und deren Umgebung geworden ist. Jetzt wäre es an der Zeit, die grundlegenden Bestimmungen zu schaffen, damit es im kommenden Winter besser werde. Es läßt sich heute schon sagen, dass im nächsten Winter die Holzversorgung eine ausserordentlich wichtige, für vielleicht die allerwichtigste Aufgabe sein wird. Nun hätten wir heute erwartet, dass uns ein Plan vorgelegt wird, wie sich die Gemeinde Wien die Holzversorgung im nächsten Winter denkt.

Im Referate ist zugegeben worden, dass im wesentlichen die Methode vom Vorjahre nicht genügt und dass etwas anderes geschehen muss, um das Holz aufzubringen. Es ist aber nicht davon die Rede, wie man sich die Holzversorgung denkt, und wie das Holz aufgebraucht werden soll. Der Referent hat einen interessanten Vortrag über gemischtwirtschaftliche und reinwirtschaftliche Betriebe gehalten. Ueber Holzbringung aber hat er nichts gesagt. Die Länderbank soll nun das alles leisten, was die Gemeinde nicht leisten konnte. Wenn das die Auffassung der Gemeindeverwaltung ist, so könne man wohl niemandem erklären, Es müsse auch bemängelt werden, in welcher unverantwortlichen Weise referiert worden ist. Es soll ein Übereinkommen beschlossen werden, nach dem die Länderbank unbeschadet des gesamten niederösterreichischen Kontingentes das Holz aufbringen soll.

Nun komme ich zu diesem Übereinkommen selbst. Nach dem Übereinkommen soll die Länderbank namens der Stadt Wien handelnd auftreten. Das ist kein Geschäft, sondern eine Bevollmächtigung. Was sie tun wird, wird hier überhaupt nicht gesagt. Es wird nur

auf künftige Beschlüsse verwiesen. Wir stehen Mitte Juni und erhalten einen Bericht, in welchem nicht ein Sterbenswort steht, welchen Auftrag die Länderbank hat. Wenn ich mit jemandem einen Leistungsvertrag schliesse, muss die Leistung darinnen genannt sein, es wird aber nur eine Vollmacht erteilt, die nur in weitgestreckten Terminen gekündigt werden sollen. Das lässt sich nach keiner Richtung hin rechtfertigen. Was denkt sich aber die Länderbank. Sie hat die Aufgabe gute Geschäfte für ihr Unternehmen zu machen und wird ja auch ihr Geschäft verstehen. Sie schliesst also dieses Übereinkommen mit der Gemeinde Wien, in der sicheren Erwartung, das Holzgeschäft für sich zu monopolisieren. Das Übereinkommen hat eine Bestimmung, dass die Gemeinde Wien der Länderbank die Selbstkosten ersetze. Das ist wahr während, dass die Leute alles für ganz umsonst machen. Ich kann wohl einer Bank gut zumuten, dass sie in Kriegsjahren eine kleine Aktion der Gemeinde Wien zuliebe tut, dass sie aber eine so weit greifende, einen so ungeheuren Apparat erfordernde Sache aufstellt, nur aus Liebe zu Ihnen, dazu müsste man einen Grad von Naivität besitzen, den ich nicht habe. Selbstkosten, das heisst, dass Sie alles anerkennen, was Ihnen die Länderbank als Selbstkosten verrechnen wird.

Der Herr Kollege Hackl lebt in der Vorstellung, dass er sich um einen gemischtwirtschaftlichen Betrieb handelt. Er ist sehr schlecht beraten, denn was in diesem Übereinkommen steht, ist genau das Gegenteil. Das ist von allen Formen, welche jetzt gezeitigt worden sind, die allerunerspathischste und allergefährlichste, nämlich das Monopol mit Zwangsmaßnahmen und andererseits die Durchführung übergeben einer rein privaten Gesellschaft. Die Vorlage ist absolut unannehmbar, es steht darinnen nur ein Versprechen an die Länderbank verbunden mit einer Bevollmächtigung wodurch Sie sich der Länderbank ausliefern. Wir werden gegen diesen Antrag stimmen.

DR. GLAVIN (chr.-soz.): Was wir heute erleben, ist wieder eine Art Spezialisierung. Bei der Holzversorgung kommen 3 Momente in Betracht, Erzeugung, Bringung, und Verteilung, und der Referent hat sich nur mit dem ersten beschäftigt. Die Bringungskosten machen das Sieben bis Achtfache dessen aus, was das Holz an Stamme kostet. Die Holzbringung wird dann einen Erfolg haben, wenn sie jemand übernimmt der draussen seine Verbindung mit den Foren, Fuhrwerkbesitzern und Förstern hat. Die Bevölkerung wird in der Länderbank keine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft erkennen. Bezüglich der Bringung ist von der Länderbank nichts zu erhoffen. Es bestehen 1400 Brennholzhandwerker in Wien, welche dadurch eigentlich ausgeschaltet werden.

Die Länderbank wird 20 neue Verkaufsstellen und Holzwerkzeilerstellen errichten. Bei den heutigen Preisen kann man sich denken, welche Kosten das Vorkaufsstellen Verursachen wird. Sie sind daher die Folge der sogenannten Selbstkosten, sehr gross sein. Weil das ganze Investierte Kapital in einem Jahr erschrieben werden muß. Und wenn die Länderbank nun 200 für nichts verdienen würde, was niemand glaubt, so hat sie noch einen Jahr ein sehr wertvolles Inventar, welches die Holzkonsumenten zu verteuerten Holzpreisen mitbezahlt haben. Wir können die Verantwortung für die Verteuerung des Holzpreises nicht übernehmen. Es wäre ein viel einfacheres Mittel gewesen, den freien Handel in Holz zu erlauben und sich nicht um Holzpreise für Millionen auch schon jetzt einen Holzmarkt, wenn Sie das Recht der Holzhandlungs-gesellschaft, welche gemeinlich mit der Gemeinde die Holzversorgung in die Hand nehmen

weltliche, angenehmen hätten. Ihre Unfähigkeit wird sich durch dieses Uebereinkommen auf neue dartun. Wenn Ihre Parteigenossen in Graz wegen der Kirchen davongelaufen sind, so wird Ihnen dasselbe wegen der Holzversorgung passieren, denn die Bevölkerung wird zur Einsicht kommen, daß sie sich von Ihnen nicht weiter zum besten halten lassen wird.

GR. Rotter (chr.-soz.) nennt das Referat eine Abkehr von den sozialpolitischen Lehren der Sozialdemokratie. Wenn der Referent die bisherige Tätigkeit der Holzstelle kritisiert hat, so müsse dies bedauert werden. Die Holzstelle hat nie gearbeitet und sie hat auch viel Holz nach Wien gebracht. Das Referat sei ein Misstrauensvotum gegen die Beamten der Holzstelle und es müsse bedauert werden, dass der Referent die Ausführungen getan hat. Es hätte statt der Übertragung der Holzanforderungen an die Länderbank ein gemeinschaftliches Unternehmen geschaffen werden sollen, das die Holzversorgung hätte in die Hand nehmen sollen. Durch die Länderbank über, die Direktoren, Beamte und Agenten anstellen wird, wird das Holz verteuert werden. Am Schlusse ~~er~~ ^{fragt} ~~er~~ ^{bedauer}, was zum Schutze des Wienerwaldes vorgelahrt worden sei und erklärt, dass seine Partei aus den von den Rednern angeführten Gründen gegen die Vorlage stimmen werde.

GR. Erntner (deutschnat.) schliesst sich den Ausführungen des Vorredners an und meint, die Folge dieses Vertrages werde eine neuerliche Belastung der Bevölkerung mit einer indirekten Steuer durch die Erhöhung der Brennholzpreise sein. Seine Partei werde daher gegen den Antrag stimmen.

GR. Eiber (chr.-soz.) sagt, der Referent sei von einem sonstigen Bereiche abgewichen. Denn was er sonst sagte, war einfach verständlich und wahr, was er heute sagte, sei unverständlich und weiche von der Wahrheit ab. Eine gewöhnliche Vollmacht werde referiert und genannt werde als gemischtwirtschaftliche Unternehmung. Wenn man, führt Redner weiter aus, jemandem eine Generallvollmacht zum Einkaufe gibt, so ist das eine ungeheuer reiche Vollmacht, bei der die gegenseitigen Verpflichtungen genau festgelegt werden müssen. Gerade weil es sich um das Geld des Volkes handelt, müssen wir die grösste Vorsicht walten lassen. Das Engagement mit der amerikanischen Kohle hat mit einer Million Kronen Defizit geendet, ohne dass die Gemeinde ein Kilogramm Kohlen bekommen hätte. Wir haben es Ihnen vorausgesagt, und sagen es Ihnen heute voraus, dass man so nicht wirtschaften kann. Wenn das neue in dem besteht, dass sie unsinniges errichten, so wird sich die Bevölkerung nur solche Neueinführungen bedauern. Das Weber-

einkommen hat arge Mängel; es müsste gesagt werden, was die den Einrichtungen, Millionen kosten werden, geschehen wird, es müsste auch eine Preisgrenze festgesetzt werden. Die grösste Gefahr im Vertrage liegt darin, dass das eine versteckte Zentralenwirtschaft, eine neue Zentrale ist; Sie getrauen es sich nur nicht zu sagen. Sie müssen sich endlich dazu bequemen, dass die bestehenden Berufsorganisationen zu ziehen und dem Urteile der Wohlwäter, sich glauben schenken und folgen. Solange Sie dazu nicht zu bekehren sind, ist es ausgeschlossen, dass Sie in irgend einem Belange etwas wohlwollendes für das Volk tun können. (Zustimmung bei den Christlichsozialen)

GR. Hackl (Soz.-Dem) weist in seinen Schlussworten darauf hin, dass in der Debatte wohl sehr viel kritisiert worden sei, dass aber kein Vorschlag gemacht wurde. Es ist bemängelt worden, dass kein Programm vorgelegt wurde, und dass keine Preise für die Lieferung des Holzes genannt wurden. Der Einkaufspreis ist durch die Verordnung festgesetzt. Es ist unmöglich, dass die Holzstelle mit 1100 Waldbesitzern alle Verhandlungen bezüglich der Holzversorgung durchführen kann. Gesagt muss werden, dass die Beamten der Holzstelle viel und fleissig gearbeitet haben, dass ihre Arbeit aber naturgemäss viele Hindernisse vor sich hatte, so dass sie nicht so fruchtbringend sein konnte. Die Länderbank hat für die Holzversorgung da sie auch schon früher in diesen Sachen ~~gearbeitet~~ gearbeitet hat, einen technischen Apparat. Die Gemeinde macht bei Annahme des Antrages nur das was auch sonst schon durch Unternehmer geschehen ist. Von einer Monopolstellung der Bank könne bei der Menge von 200.000 m³ wohl nicht gesprochen werden. Wenn ein anderer Unternehmer der Gemeinde Holz verkaufen wird, so wird die Gemeinde auch dieses Holz, wenn es preiswert ist, verkaufen. Die Gemeinde muss sich eben an jemandem kapitalkräftigen wenden der der Aufgabe gewachsen ist, und da durch den Vertrag nur in eine Geschäftsverbindung mit der Länderbank getreten wird, ersucht der Referent den Antrag anzunehmen.

Der Vorsitzende verkündet sodann, daß auch zu den Referaten 13 bis 30 des 3. Nachtrages keine Wortmeldungen erfolgt sind und dieselben daher als angenommen gelten.

Nun übernimmt zum erstenmale die weibliche Vorsitzende des Gemeinderates Frau Annie Seidel den Vorsitz, von der Majorität mit lebhaften Braverufen und andauernden Händeklatschen begrüßt, wofür Frau GR. Seidel lächelnd dankt.

GR. Hellmann (Soz.-Dem.) berichtet über die Beitragsleistung der Gemeinde Wien ~~an~~ ⁱⁿ der Abtrennung der nieder-

österreichischen Landeslehrerakademie vom Pädagogium.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.): Wenn Sie durch lauten Beifall ihre Freude zum Ausdruck gebracht haben, daß heute zum erstenmale ein weibliches Mitglied des Gemeinderates den Vorsitz führt, will ich nicht weniger galant sein und mich darüber freuen, daß ich der erste Gemeinderat bin, der von diesem weiblichen Vorsitzenden das Wort erhalten hat. Ich hoffe, daß die weiblichen Vorsitzenden nicht allzu straff gegen die Opposition die Zügel führen werden und daß sie gerecht und unparteiisch ihres Amtes walten werden. Gestatten Sie nun, daß ich zum Gegenstande eine Reihe von Wünschen vorbringe, die wir als Bedingung voraussetzen müssen, daß wir für diese Beitragsleistung stimmen. Die Lehrerakademie ist in sehr schöne Räume in der Beerhavgasse übersiedelt. Ich wünsche mich, daß Organe der Unterrichtsverwaltung ~~xxxx~~ ^{xxxx} Fremde dorthin führen und ihnen die von der heutigen Unterrichtsverwaltung gegründete Lehrerakademie zeigen. Ich muß aber feststellen, daß die Lehrerakademie eine Schöpfung der christlichsozialen Partei ist. Ich muß ferner rügen, daß fast die Hälfte der Akademie in der Hegelgasse untergebracht ist. Man hätte mit der Ueberleitung ~~war~~ ^{wen} müssen, bis in der Beerhavgasse genügend Platz ist. Ich hätte es für zweckmäßiger gehalten die Lehrerakademie in der Hegelgasse zu lassen und die Lehrerbildungsanstalt in die Beerhavgasse zu ~~xxx~~ ^{xxx} verlegen. Ich weiß, daß der Besuch der Lehrerakademie darunter leidet, weil die Tramwaypreise für manchen jungen Lehrer und Lehrerin unerschwinglich sind. Ich möchte den Wunsch aussprechen, das einem Ansuchen um Fahrpreisermäßigung entgegengekommen werde.

Statt dass im Oktober mit den Kursen angefangen worden wäre, wurde erst im Februar damit begonnen, was schädigend gewirkt hat. Es wäre Aufgabe der Unterrichtsverwaltung, die Lehrerakademie so auszugestalten, dass ihr der Charakter einer Hochschule gegeben werden kann. Die Lehrerschaft muss auch wissen, welches Ziel sich die heutige Lehrerakademie steckt. Es wurde von der Direktion bereits am 7. Juni 1919 ein Statut eingesehen, welches bis heute in keiner Weise in Beratung gezogen noch erlassen wurde. Ich muss die Forderung an die Landesverwaltung erheben, dass das Statut demnächst erscheint, damit Lehrer und Hörer an der Akademie wissen, welchen Zweck diese Schule und welche Aufgaben sie im Wesen des Volksbildungsorganismus zu erfüllen hat. Ich vermissen auch ein vollständig durchgebildetes pädagogisch - didaktisches Seminar.

Massnahmen zur Rettung des technischen Museums. Die Gemeinde Wien hat sich bereit erklärt, das technische Museum, das vor dem finanziellen Zusammenbruche steht und die Gehalte an die Angestellten im Juni nicht einmal mehr auszahlen kann, dadurch dauernd zu sanieren, dass Vereinbarungen zwischen dem Staat und der Gemeinde getroffen werden. Dieses Ergebnis wurde in einer unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Reumann und unter Teilnahme der Staatssekretäre Reich und Zerdik abgehaltenen Sitzung erzielt. Dabei wurde konstatiert, dass für den Juni noch 50.000 K notwendig sind, welche heute im Stadtsenat als Nachtragesubvention bewilligt wurden. Ferner hat sich die Gemeinde bereit erklärt, jährlich 350.000 K für das Museum beizutragen, unter der Bedingung, dass dieses in staatliche Verwaltung geführt werde. Ebenso wird der Grund, den die Gemeinde seinerzeit beigegeben hat, unter denselben Bedingungen an den Staat übertragen. Den weiteren Bedingungen der Gemeinde entsprechend wird Schule und Arbeitervereinigungen sowie der Besuch des Museums sowie die Teilnahme an den Vorträgen und Führungen unentgeltlich gewährt.

Es müsse auch ein pädagogisch diktatorisches Seminar eingerichtet werden, gleich wie für die Heranbildung von Arbeits-, Koch- und Haushaltungs- und Hilfsschullehrerinnen ~~an~~ gesorgt werden müsse. Die Zahl der Dozenten müsse manchen Überflüssigen auf und es könne nicht ungezeigt sein, wenn ein kommunistisch angehauchter Mann, wie Max Adler, als Dezent für Gesellschaftslehre erscheint. Die Dezenten müssen auch in einer Zeit, wo hohe Gehalte für die Angestellten gefordert und auch gezahlt werden, besser gestellt werden und es gehe nicht an, daß man den Dezenten, die akademisch gebildet sind, 600 K und den anderen, die Mittelschulbildung haben, 400 K pro Stunde und Jahr gewährt. Auch die Funktionszulage des Leiters der Akademie ist mit 2500 K zu niedrig gemessen. Auch in idealer Hinsicht müsse den Wünschen der Lehrerschaft Rechnung getragen werden, die sich auf die Prüfungskommissionen und auf das Zeugniswesen beziehen. Ich halte nirgend eine Überstützung so gefährlich als auf dem Gebiete der Schule, namentlich in der heutigen Zeit, in der alle Geister in Aufregung sind und unsere Kinder nicht einmal jene Normalschulbildung genießen, die sie in der nicht-reformierten Volksschule genossen haben. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß es Pflicht der Notwendigkeit ist, ~~so~~ ~~als~~ früher die Lernschule in eine Arbeitsschule umzuwandeln. Wenn Sie glauben, daß diese Idee eine neue Erfindung der jetzigen Zeit ist, so ihren Sie sich. Ich möchte daher, daß infolge zu vielen Experi-

mentierens die Hauptaufgabe unserer Volksschulbildung übersehen wird, die Erziehung- und die Unterrichtsaufgabe, daß unsere Kinder ordentlich lesen, rechnen und schreiben in der Volksschule lernen. Es soll vernünftig reformiert, aber nicht experimentiert werden und die Reform muß auf das gute Alte aufbauen und darf in keiner Weise überstürzt werden. Es muß neben der gerechten Wertschätzung der manuellen Arbeit eine gerechte Wertschätzung der geistigen Arbeit Platz greifen.

Ein zweiter Punkt ist die Frage der Einheitschule. Es ist zweifellos, dass der Uebertritt von einer Schulkategorie zu einer anderen soviel als möglich erleichtert werde, aber ihn so durchzuführen, wie er in dem Reformplan enthalten ist, dafür ist die Zeit noch nicht gekommen. Ich stehe auf dem Standpunkte, dass es unbedingt notwendig ist, keine der bestehenden Schulkategorien vorläufig aufzulassen, Gymnasium und Realschule haben sich bewährt, ob sich die sogenannte „Deutsche Mittelschule“ bewähren wird, wissen wir noch nicht. Es haben sich auch in der Schule eine Reihe von Arten Organisation gebildet. Ueber die Schülerräte ist wohl das Urteil geschlossen und brauche mich nicht mehr damit zu beschäftigen. Wenn wir ein gewisses Mass der Mitbeteiligung reifer Schüler zulassen, so kann das höchstens auf dem Gebiete einer vorsichtig geführten Schulgemeinde sein. Die Elternräte sind ein eigenes Kapitel. Die Mitwirkung der Eltern an der Schule ist ja auch keine neue Erfindung. Denn unsere Väter und Großväter sind zum Lehrer gegangen, wenn sie ihre Pflicht erfüllten, haben sich mit dem Lehrer besprochen, und haben in dieser Form des Zusammenwirkens zwischen Schule und Haus weit mehr erreicht, weil solche Dinge vor ein grosses Forum nicht taugen. Ich lasse auch die Elternräte zu, wenn Sie wirklich ein Organ der Mitbeteiligung der Elternschaft bleiben. Aber die Politik muss aus den Elternversammlungen verschwinden und ich kann ihrer Partei den Vorwurf nicht eraparen, als dass sie einzelne Versammlungen zu einem politischen Forum machen. Es muss verpönt werden, wenn in einer Konferenz der Eltern und Lehrer, die über das Wohl und Wehe der schulbesuchenden Kinder zu beraten hat, ein politischer Agitationsfond hineingetragen wird. Es bestehen auch noch die ordentlichen Schulbehörden, der Orts-, Bezirks- und Landesschulrat. Im Ortsschulrat des 9. Bezirkes ist es vorgekommen, dass er mit amtlichen Kuriers-Gesandten Einladungen zu einer Versammlung geschickt hat, in der der Unterstaatssekretär für Unterricht gesprochen hat. Diese Versammlung war aber eine Wählerversammlung, gezeichnet von der sozialdemokratischen Bezirksparteileitung. Das ist eine parteipolitische Agitation durch eine Schulbehörde, die nicht geduldet werden darf. Wenn der Schuldiener die Einladungen gemacht hätte, so wäre er zur Rechenschaft zu ziehen,

wenn das aber der Ortsschulrat, eine öffentliche Behörde macht, so macht er sich eines Missbrauches der Amtsgewalt schuldig. Aufgabe der Lehrerkademie wird es sein, die Lehrer dahin aufzuklären, dass sie sich solche Dinge nicht gefallen lassen brauchen.

Das Lesebuch soll nächstes Jahr verschwinden und es sollen an seine Stelle Jugendschriften treten. Wenn schon das Experiment mit diesen Jugendschriften als Grundlage des Elementarunterrichtes gemacht wird, verlangen wir, dass diese nicht nur von einer gewissen Meistes- und Parteirichtung beeinflusst, sondern auch Angehörige des christlich-gesinnten Teiles der Bevölkerung - und das ist trotz des Ausfalles der Wahlen der Überwiegende (Beifall ~~xxx~~ bei den Christl.-Sozialen) - gehört werden. Wenn sich die Lehrerkademie zur Lehrerhochschule entwickelt, muss in dieser ein Geist bleiben oder einziehen, der unbedingt darauf Rücksicht nimmt, dass die Anzahl des Volkes heute noch auf dem Standpunkte des § 1 des Reichsvolksschulgesetzes steht, welches von der Schule die sittlich-religiöse Erziehung und Vermittlung der Kenntnisse und Fertigkeiten für das praktische Leben verlangt. Wir müssten uns auf das entschiedenste dagegen verwehren, dass im Verordnungswege gewisse Grundfesten der Erziehung unseres Volkes aus der Schule entfernt werden (Beifall links). Wenn schon die sittlich-religiöse Erziehung im Verordnungswege derartige Beschränkungen erfahren hat, dass man sie fast nicht mehr erkennt, müssen wir auf dem Standpunkte stehen, dass die zukünftige Verfassung daran ziehen muss, dass unsere Kinder in der Schule sittlich-religiös erzogen werden. Wenn Sie die Simultanschule in eine religionslose Schule umwandeln wollen, müssen Sie dem katholischen, jüdischen Teile der Bevölkerung die konfessionelle Schule zusichern und es wird kein Unglück sein, wenn sie eingeführt wird. Die Lehrerkademie muss berufen sein, einen Geist in der Schule walten zu lassen, der unsere Kinder wieder zum Autoritätsgefühl erzieht. Ich warne Sie, einen Weg einzuschlagen, durch welchen jedes Autoritätsgefühl in unserer Jugend untergraben wird. Es ist im Interesse aller gelegen, wenn unsere Jugend, wieder zur Achtung vor Gott und der Gesellschaft erzogen wird. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Jerde (Soz. Dem.): Bevor ich auf das politische Gebiet meines Vordrager folge, möchte ich zunächst zur Sache zurückkehren. Wenn wir heute diesen Anträge zustimmen, folgen wir einer Vereinbarung der Gemeinde mit dem Landtag, in der auch ausgesprochen wurde, daß jede Veränderung mit dieser Akademie der Zustimmung der Gemeinde bedarf. Die Leistung der Gemeinde hierzu hat ihre Begründung darin, daß zumeist Wiener Lehrer dort unterrichtet werden. Wenn wir zustimmen, möchte nicht unterlas-

sen festzustellen, daß wir aus prinzipiellen Gründen eigentlich nicht ganz mit dem Wege einverstanden sind, den die Lehrerbildungsfrage hier genommen hat. Wir wollen auch ausdrücklich erklären, daß damit die Frage der Lehrerbildung künftig nicht gelöst ist und auch nicht präjudiziert werden soll. Ich und meine Partei stehen auf dem Standpunkte der Verstaatlichung des gesamten Schulwesens und der Lehrerschaft, denn es ist für ein Land von 6 Millionen Einwohnern eine Unmöglichkeit, für jedes einzelne Land eine eigene Schulverfassung haben zu lassen. Auch

in pädagogischer Hinsicht bedeutet diese Akademie nur ein Freiwerden denn die freiheitliche Lehrerschaft hat seit 5 Jahren keinen für die Verlegung der Lehrerbildung an die Hochschule gekämpft, aber bei den Leitern des Unterrichtsnetzes, die immer nur von adeliger Unvernunft geführt waren, nie ein Verständnis dafür gefunden. Wir hoffen, daß dies jetzt sich geändert haben wird, trotz der berüchtigten Denkschrift der Unversitätsrektorin die sich mit aller Macht dagegen ausspricht. Wir begreifen den

Standpunkt der Universitäts, denn sie ist ja jetzt in Oesterreich der Herr der Reaktionen geworden und sie verteidigt damit ein Monopol der besitzenden Klassen, denn die Arbeiterklasse hat den Weg zur Hochschule bisher nie finden können. Es freut mich auch, daß gerade mein Vorgesetzter für die Hochschulbildung der Lehrerschaft eintritt, denn es ist daraus zu ersehen, daß der Umsturz nicht ganz ohne Wirkung an ihm verübergangen ist, wenn auch seine Begeisterung ziemlich neuen Datums ist. Wir nehmen unsere Mitkämpfer für unsere Forderung eher wir sie bekommen und vielleicht haben Sie in der nächsten Zeit schon Gelegenheit diese Begeisterung in die Tat umzusetzen.

Die Lehrerschaft hat ein gewisses Misstrauen gegen die Akademie, die sie als eine Art Universitätssatz betrachtet. Ein Ubergangsstadium ist aber nötig, schon deshalb, weil die Akademie die Vorarbeiten für die Schulreform zu leisten hat. Die ältere Lehrerbildung entsprach nicht dem Geiste der neuen Zeit. Die Stadt Wien ist mit unerfahrenen Lehrern überschwemmt worden, die Lehrer konnten nicht einmal einen Brief schreiben oder Rechnungen der 5. Volksschulklasse lösen. Es ist daher kein Wunder, wenn in der Lehrerschaft das Streben nach pädagogischer Fortbildung besteht. Denn Mikroskopallzulange war es für ein Lehrer besser, bei irgend einem christlichsozialen Greislerweise Schriftführer zu sein, wenn er Oberlehrer werden wollte, als dann wenn er etwas geleistet hat. Auch der Krieg hat auf die Lehrerbildung hemmend gewirkt und es ist daher kein Wunder, wenn diese Lehrerschaft gerade jetzt nicht geeignet ist, die Schulreform durchzuführen. Wenn von GR. Rummelhardt die Dezentur des Max Adler verhalten wurde, so hat dieser ja auch sein Gegengewicht in dem Pater Giese. Das Ubergangsstadium der Akademie weist verschiedene Mängel auf, die im Lauf der Zeit werden beseitigt werden; und es ist zu hoffen, daß Verhältnisse eintreten, die die Erwartungen, die im Interesse der Lehrerschaft auf der Akademie besetzt werden, erfüllt werden.

Kollege Rummelhardt hat von der Schulreform und von einer Reklame gesprochen, die damit getrieben werden. Es ist unmöglich, ein so großzügiges Werk anders durchzusetzen, als daß wir die ganze Bevölkerung mit dem Geiste der Schulreform erfüllen. Im Jahre 1869 ist das Volksschulgesetz am grünen Tisch geschaffen worden und die Liberalen haben es nicht verstanden, die Schulreform in die breiten Massen der Bevölkerung hineinzutragen. Das mag die Ursache dessen sein, daß das Schulgesetz nicht voll zur Geltung gekommen ist und die schwarzen Rappen davon allmählich Stück um Stück herausbeißen konnten. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Gegenrufe bei den Christlichsozialen). Wenn Sie es Reklame nennen wollen, mögen Sie es tun, aber Sie werden

uns nicht hindern, daß wir die Schulreform an die große Masse des Volkes tragen, und dann werden Sie die Schulreform nicht so leicht entwurzeln können, wie Sie das Reichsvolksschulgesetz entwurzelt haben. (GR. Rummelhardt: Wir sind nicht gegen die Schulreform.)

Kollege Rummelhardt hat auch von einer Ueberstürzung gesprochen. Ich gebe zu, daß wir nicht Unterrichtsminister haben werden, die 7 Jahre im Ministerium sitzen, wie Russarek. Selbstverständlich wird unser Unterrichtsstaatssekretär mit aller Tatkraft sich für sein Werk einsetzen.

GR. Leopoldine Qlökkel (Soz. Dem.): Er hat ja demissioniert.
GR. Persinger (Soz. Dem.): Rummelhardt, nur zugreifen zur Regierung!

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Das würde Euch passen.

GR. Jorde (Soz. Dem.): Von einer Ueberstürzung zu sprechen ist deplaciert, nachdem Kollege Rummelhardt ganz gut weiß, wie sorgfältig die Schulreform vorbereitet wird. Er spricht von einer Ueberstürzung, weil er eine Angst hat, die Schulreform könnte rascher gemacht werden, als seine Partei mit dem Gegenwind kommen könnte. Es hat auch niemand von uns behauptet, daß wir die Arbeitsschule erfunden haben. Wenn z. B. Kemius und Pestalozzi in der Lehrerschaft nicht zu Werte gekommen sind, trägt die alte Zeit daran schuld, die sich Pädagogie ausgesucht hat, die die Kinder mehr für das Jenseits als für das Diesseits vorbereitet haben. (Beifall bei den Sozialdemokraten. - GR. Rummelhardt: Wie man eine solche Frage zu behandeln kann, ist unglücklich.) Ich möchte nur wünschen, daß Kollege Rummelhardt die neue Begeisterung für die Arbeitsschule auch in jenen Kreisen verbreite, die an der höchsten Stufe des Schulwesens stehen und gerade gegen den Arbeitsgedanken losgehen. Wir werden die geistige Arbeit nicht unterschätzen und wenn Sie den Gedanken der Einheitschule aufgefaßt haben und wenn Sie wissen, wie gerade das Begabungsproblem ausgewertet wird, werden Sie wissen, daß in der Einheitschule keine Talente verkümmern werden. Das hat die frühere Schullehre nicht gekannt und das machen wir ihr zum Vorwurf, daß die Talente nicht ausgewählt werden sind kraft ihres Talenten, sondern kraft des Geldsackes. Den geistigen Aufstieg haben die Kinder des Proletariats nicht machen können.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Sind nicht auch Proletariatskinder Gelehrte geworden?

GR. Jorde (Soz. Dem.): Das leugnen wir nicht, aber auf dem beschämenden Wege der Unthätigkeit. Wir können es in Zukunft nicht mehr dem Zufall überlassen, daß auch ein gutes Proletariat den Aufstieg nimmt, sondern die Arbeiterschaft hat ein begründetes Recht und vollen Anspruch auch umfassende geistige Bildung. Mein Vorgesetzter hat auch über die Elternräte gesprochen, ein Kapitel

welches er nach dem Erscheinen der letzten Zeit lieber hätte nicht ansprechen sollen. Nicht wir haben die Politik dahineingetragen, denn wir standen von Anfang auf dem Standpunkte der völlig unpolitischen Gestaltung dieser Institution. Wir wissen auch ganz genau, daß die Frage der Schulreform nicht an den Sitzungen der Elternräte entschieden wird, und wir daher die Elternräte auch nur als eine Mithilfe bei der Schulreform und in Fragen des Unterrichtes in Betracht. Die ganze Einleitung des Kollegen Rummelhardt zur Schulreform war die Frage der religiösen Übungen. Bei der Schulreform hat die Religion nichts zuzutun. Die Religion hat bei der Schulreform nicht zu tun, sie spielt aber in anderer Hinsicht eine Rolle, weil wir nicht wollen, daß die Kinder zu einer Anschauung gezwungen werden. Es war vielleicht in der Monarchie möglich, Eltern, Lehrer und Kinder zu einer religiösen Handlung zu zwingen. Wir aber halten die Religion für eine innere Angelegenheit, zu der niemand gezwungen werden kann. Wir verwahren uns aber dagegen, daß 7 jährige Kinder zur Beichte gezwungen werden. Gewiss ist die Autorität gesunken, aber jene Autorität, von der wir wünschen, daß sie niemals wiederkehrt, die aufgebaut war auf der Gewalt und auf den Bajonetten. Wir wollen eine Autorität, die aus dem Volke aufsteigen soll, und gerade durch die Schulreform soll jene Autorität aufgebaut werden, die unsere Jugend zu Staatsbürgern herantreibt, die sich dieser Autorität bewusst sind. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten).

GR. Schmitz (chr. soz.): Die Behauptung des GR. Jorde, daß seine Partei an den Sakramenten nicht anrührt, ist vorher vom GR. Skaret Lügen gestraft worden. Wie mir von einwandfreien Zeugen berichtet wird, hat dieser eine unflätige Bemerkung über das Sakrament der Beichte gemacht, indem er von gelben Pfaffen gesprochen hat, ich hätte gerade von ihm eine solche Entgleisung nicht erwartet und ich kann mir Recht verlangen, daß niemand in diesem Saale hier eine Religionsgenossenschaft in dieser Weise beleidigen und herabsetzen darf. (Lebhafte Zwischenrufe auf beiden Seiten). Ebenso erstaunt bin ich über den Ausspruch des GR. Jorde, die Stadt Wien ist mit unzulänglichen Lehrern überschwemmt.

GR. Taubler (Soz. Dem.): Ja, durch eure Wirtschaft.

GR. Schmitz: Es wäre interessant festzustellen, wieviel von dieser Ueberstürmung auf Ihrer Seite sitzt. (Neuerliche Zwischenrufe). Im Zusammenhang mit dieser Herabsetzung und Verdächtigung der Wiener Lehrerschaft hat Jorde Bemerkungen über Protektion und Bizantinismus unter den Christlichsozialen gemacht. Wie erklärt er es da, daß in den allerletzten Wochen die Frau des Präsidenten Seitz von 11 sozialdemokratischen Ortheschulbehörden in Wien an erster Stelle geschlagen wurde. Anhaltende

Zwischenrufe auf beiden Seiten des Hauses).
Die Vorsitzende setzt wiederholt die Glocke in Bewegung und ersucht eindringlich um Ruhe für den Redner. Sie sagt unter anderem: Herr GR. Taubler, Sie haben nicht das Wort. Ironischer Beifall und Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. Vorsitzende Frau Seidel; Herr GR. Vaugoin, Sie haben aber auch nicht das Wort. (Heiterkeit bei der Majorität). Herr GR. Schmitz: Ich ersuche Sie zurückzutreten zu sprechen und die Herren Kollegen ersuche ich, sich aus dem Gegenstände keine Unberührung zu machen.

GR. Schmitz: Die Betriebsräte haben auch beschlossen, 40 Heller für die Partei abzurufen. Das Betriebsrätegesetz steht aber Abgeben für Parteizwecke nicht vor, und es ist daher zu einer solchen Abgabe keine Berechtigung vorhanden. Wenn davon gesprochen wird, daß den Kindern sozialer Familien der freie Weg gebahnt werde, so dürfte man aber nicht nur jährliche Kinder bezuschlagen. Was GR. Jorde von der Autorität gesprochen hat, der staatsbürgerlichen Erziehung, so unterschätze ich das vollkommen. Die Kinder

sollen einander achten und miteinander arbeiten, denn dann wird es in Zukunft nicht mehr möglich sein, dass sie sich gegenseitig aufhetzen. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Dr. Aline Kurtmüller (Soz. Dem.) Ich möchte mit Befriedigung feststellen, daß die Rede, die Kollege Hummelhardt hier gehalten hat, zur großen Teile in einer christlichsozialen Wählerversammlung aufgefallen wäre, aber auch außerordentlich aufklärend und neu wirkt hätte. Außerordentlich neu gewirkt hätte, daß die Schulreform nicht ein Soziwerk ist, sondern ein Werk, das eine historische Vergangenheit hat, aber vor dem Ergreifen des Unterrichtsamtes durch einen Sozialdemokraten noch niemals in Oesterreich in Angriff genommen worden ist. Wir stehen also vor der Unetimmigkeit, daß auf der einen Seite alles was für die Schule in der letzten Zeit geschehen ist, Soziwerk von Säkulargeist erfüllt ist, auf der anderen Seite, daß die Schulreform die Arbeitsschule eine uralte Idee und nicht geistiges Eigentum des bisherigen Unterstaatssekretärs Glöckel ist, Dinge, an denen wir nie gezweifelt haben. Was aber neu ist, das ist, daß wir im Laufe der einundeinhalb Jahre, seit dem der bisherige Staatssekretär für Unterricht im Amte ist, einen unvorhergesehenen Aufschwung des gesamten Bildungswesens in unserer Republik zu verzeichnen haben, an dem Jahrzehnte, ja Jahrhunderte früherer Zeiten nicht heranreichen. Das ist eine Tatsache an der keine böswillige oder gutwillige Kritik etwas ändern kann. Wenn Kollege Hummelhardt trotz seiner Einsicht in der Schulfrage es versucht, die demokratischen Einrichtungen der Schulgemeinden und Elternräte herabzuziehen und lächerlich zu machen, so kann das nur vergebliche Absicht sein. Der einsichtige weiß, daß die Schulgemeinden außerordentlich reichreich wirken und daß nirgends auf der Welt von Schülerräten die Rede war. Die Schulgemeinde ist Demokratie und Geist der Freiheit von unten auf und da geht sofort ein Rattern durch die Reihen aller Schulfeinde.

Unzählige Elternversammlungen sind unbehellig und ungehindert verlaufen und es ist in ihnen nicht mit einem Worte Politik gemacht worden. Es giebt eben eine Partei, die sich an Verträge loyal zu halten gewohnt ist. (Beifall bei der Mehrheit.) Für uns ist aber der Kampf für die Wissenschaft und Bildung vor allem eine Frage der Volksaufklärung und kein Politikum sondern eine Lebensnotwendigkeit unseres Volkes. Für Sie aber ist jeder Versuch, Bildung zu verbieten ein Schreckschuss.

Berichterstatter Dr. Hellmann erklärt in seinem Schlussworte, dass es nicht richtig sei, daß die Lehrerkademe eine Abspaltung der christlichsozialen Partei ist, denn die Partei habe sie seinerzeit aus Verlegenheit auf das Land hingebissen, welches daran war das Unternehmen aufzulassen. Wenn dann in der

Verhandlung über die Schulreform, was Frau Präsident Seitz in 11
Ordnung den vorgeschlagenen 4. so gebilligt, sie zu den älteren
Lehrkräften und Sozialdemokratischen Lehrkräften schickte in
11 Ordnung zu den über die Schulreform verdr. Lehrer bei
einer anderen Gelegenheit ausführlicher

Nach einer katechetischen Diskussion der DR. Hummel-
hardt und des DR. Jorde wird der Antrag des Referenten angenom-
men. Hierauf finden noch Wahlen in einzelnen Kommissionen und
Kurskorrektur statt, worauf die Sitzung geschlossen wird.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 12. Juni 1920, Nr. 194.

Fettausgabe. Vom 13. bis 19. Juni werden bei den städtischen Schweinefettabgabestellen pro Person 12 dkg Schweinefett zum Preise von K 13.20 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 196 und der beiden Abschnitte Nr. 196 für nichttrayeniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 12.72.

Kartoffelwalzgrieß für Mindestbemittelte. In der 141. Aktionswoche erhalten alle Besitzer der rosafarbenen Einkaufsscheine für Wohlfahrtsfleisch 1/8 kg Kartoffelwalzgrieß zum Preise von K 2.20 gegen Abtrennung des Abschnittes „Z“ in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Montag, den 14. Juni für A - F, Mittwoch, den 16. für G - K, Freitag, den 18. für L - R und Montag, den 21. für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen werden für jede Person 1/8 kg Kartoffelwalzgrieß, an die ersteren um K 17.60 per kg, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

2. Ausgabe

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 12. Juni 1920, Nr. 195.

Sitzungen im Rathause. Der Stadtsenat hält Dienstag um 10 Uhr eine Sitzung ab. Der Gemeinderat tritt am Freitag um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Bodenkreditanstalt. Die 55. ordentliche Generalversammlung der allgemeinen österreichischen Bodenkreditanstalt findet am 3. Juli 1920, um 5 Uhr nachmittags, in Wien, I., Teinfaltstraße Nr. 8, statt.

Milchkarten für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre. Am 20. Juni treten neue Milchkarten für Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahre und vom vollendeten 1. bis zum vollendeten 2. Lebensjahre in Kraft. Diese Karten können von den bezugsberechtigten Haushalten vom 14. Juni angefangen an einem beliebigen Wochentage während der gewöhnlichen Amtsstunden bei der zuständigen Brotkommission gegen Vorweisung der bisherigen Kindermilchkarte und eines Ausweisdokumentes des Haushaltungsvorstandes (Taufschein, Geburts-, Trauungs-, Heimats-, Gewerbeschein, amtliche Legitimation u. dgl.) behoben werden.

Zewiverba. Vom 13. bis 19. Juni: Sparherde „Ideal“ und Kristallsoda. Textilwaren: Herren-Mollinohemden und Unterhosen, dunkler Blusenkörper, die Restbestände der Vorwochen. Brennstoffabgabe wird fortgesetzt. Neue Kohlenkarten beschaffen und vor dem 26. Juni Burggasse 16 abgeben! Neureyонierung zur Zewiverba ermöglicht: Nur neue Kohlenkarte - Büro Burggasse abgeben.

Obsthöchstpreise. Das Marktamt hat mit Giltigkeit ab 12. Juni folgende Höchstpreise für Obst festgesetzt: Auf den Märkten: Kirschen (inländ. und ungar.) K 12.- pro kg, Weichsel (große sogenannte spanische Weichsel) K 17.- per kg, kleine sogenannte Waldweichsel K 12.- per kg, Ananaserdbeeren K 40.- per kg, Walderdbeeren K 46.- per kg, Johannisbeeren K 20.- per kg, Heidelbeeren K 8.-, gereinigt K 9.- per kg, Stachelbeeren K 9.-, Brombeeren Kr. 7.- und Himbeeren Kr. 36.- per kg. Für Geschäfte außerhalb der Märkte: Kirschen (inländ. und ungar.) K 13.-, Weichsel (große sogenannte spanische Weichsel) K 18.-, kleine sogenannte Waldweichsel K 13.-, Ananaserdbeeren K 42.-, Walderdbeeren K 48.-, Johannisbeeren K 21.-, Heidelbeeren K 8.60, gereinigt K 9.60, Stachelbeeren K 9.60, Brombeeren K 7.60 und Himbeeren K 40.- per kg. Diese Höchstpreise gelten auf Widerruf, bezw. bis zur Abänderung und ist jede Ueberschreitung derselben strafbar.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 14. Juni 1920, Nr. 196.

Abgabe von Frühkartoffeln. Dienstag bis Donnerstag werden im 5. Bezirke italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 10^{,-} per kg und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „ M “ Der Kartoffelkarte ausgegeben.

.....

Jene Neubauer Familien mit Kindern, deren Fürsorgeblatt noch keinen Stempel über den Bezug von Liebesgaben trägt, wollen sich Donnerstag, den 17. zwischen 2 und 6 Uhr nachmittags beim Frauenarbeitskomitee, Hermannsgasse, melden.

.....

Gräberwiederbelegung. Nach dem 1. Juli werden in einzelnen Gruppen des Meidlinger Friedhofes, des Altmannsdorfer Friedhofes, des Lainzer Friedhofes und des Ober St. Veiter Friedhofes heimgefallene Gräber wiederbelegt.

.....

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z .

Wien, Samstag, den 12. Juni 1920 - Abendausgabe.

Große Spende für das niederösterreichische Jugendhilfswerk

Dem Stadtrat Winter wurden gestern von dem Wiener Vertreter der Österreichischen Heimathilfe (Austrian Home Relief) in New York Herrn Neumeyer 130.000 K für das niederösterreichische Jugendhilfswerk, durch das Tausende von Wiener Kinder in niederösterreichische Landorte auf Ferien gebracht werden sollen, übergeben. Soll das auf Jahre hergehende Werk, das die Landschulen während der Ferien in Hort ... in soll gelingen, dann ist es nötig, dass der Aufruf zu Spenden, vielmehr als bisher berücksichtigt werde

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 15. Juni 1920, Nr. 197.

Kohle für den Küchenbrand. Die vorübergehend zulässig gewesene Abgabe von Holz statt Kohle durch die Kleinkohlenhändler gegen Abtrennung des fälligen Abschnittes der Kohlenkarte wird mit Montag, den 21. Juni eingestellt. Von diesem Tage an dürfen die Abschnitte der Kohlenkarte (Gewerbebrände) nur mehr mit Kohle (KOKs) eingelöst werden.

Die Lebensmittel-Fälschungen. Den Monatsbericht des Marktamtes der Stadt Wien über die ihr obliegende Handhabung der Lebensmittel- und Marktpolizei, der Gewerbe- und Sanitätsvorschriften füllen eine ganze Anzahl von Missetänden auf den genannten Gebieten aus. Die Anzahl der Fälle, in denen das Marktamt Anzeigen erstatten mußte, beträgt insgesamt 2080. Hievon entfallen auf Anzeigen wegen Preistreiberei 159, wegen Höchstpreisüberschreitungen 307, wegen Schleichhandel 47, wegen Uebertretungen des Lebensmittelgesetzes wurden 128, wegen Uebertretung der Bewirtschaftungsvorschriften 92 und wegen Uebertretung der Gewerbevorschriften 105 Anzeigen erstattet. - Bei Milch wurden Wasserzusatzen, Entrahmungen und kombinierte Fälschungen festgesetzt. Der Wasserzusatzen schwankte zwischen 5 bis 30 %. Der Milchmeier Johann Seisl, XVIII., Kreuzgasse 22 verfälschte Milch mit einem 30%igen Wasserzusatzen, Franz Brandeder, XII., Bonygasse 20 mit einem solchen mit 25 %. - Die Fälschungen bei Weichkäse mit Wasser und Stärkebrei werden noch immer praktiziert. Die Nahrungsmittelwerke „Plenus“ XIV., Huglgasse 11 brachten Käse, der fast nur aus Stärkebrei bestand, in den Verkehr. Ein mit Stärkemehl verfälschter Weichkäse, der mit roter Farbe paprikaähnlich gefärbt war, wurde von Marie Glück, XVII., Lacknergasse 29 verkauft. W. Choutka, V., Stöbergasse 17 verkaufte reichlich mit Wasser (71%) und Kartoffelbrei vermischten Weichkäse unter der falschen Bezeichnung „Dessertkäse“. - Bei der Herstellung von Würsten wurde viel Mißbrauch getrieben. Wurst von der Beschaffenheit einer Braunschweiger mit reichlichem Stärkemehlzusatzen und auffallend orangerot gefärbter Hülle unter der falschen Bezeichnung „Rindskrakauer“ (G.W.V. Ida Laufer, II., Taborstraße 52 b), sowie in vorgeschrittener Fäulnis befindliches Hackfleisch (Leopoldine Kaplaner, II.,) kamen in den Verkehr. - Bei Wein und Spirituosen wurden zahlreiche Anstände festgestellt. Die meisten Anzeigen wurden gegen den Wein- und Spirituosenhändler Hermann Bursztyn, II., Taborstraße 1 erstattet. Derselbe lieferte an verschiedene Gemischtwarenverschleißer und Delikatessenhändler Weine, die den Anforderungen des Weingesetzes nicht entsprachen. Bei der G.W.V. Amalie Adler, XVII., Haslingergasse 9 wurde „Malaga“ beanstandet, der nichts anderes war, als ein Süßwein mit sehr geringem Alkoholgehalte, weiters einen „Karlowitz-Dessert“, der ebenfalls einen zu geringen Alkoholgehalt hatte. Außerdem wurde dort ein ebenfalls von H. Bursztyn gelieferter gewöhnlicher Süßwein mit der falschen Bezeichnung „Adolfo de Toresi und Malaga“ beanstandet. Weiters brachte H. Bursztyn stark essigstichige Weine zum Teil unter der Bezeichnung „Vilanyar“ in Verkehr. - Unter der Bezeichnung „Kavalier-Kognak alt“ brachte H. Bursztyn ein Kunstprodukt in Verkehr. Andere Beanständigungen ergaben sich bei H. Bursztyn gelieferten „Rum de la Jamaïque“ (Alkoholgehalt 26 % statt 58 %), sowie bei Likören mittlerer Qualität, die jedoch als „superfin“ bezeichnet und vielfach ganz minderwertige Nachahmungen darstellten. Die Firma Ka-Lik, III., Keilgasse 8 verkaufte den gewöhnlichen versüßten Rotwein (10.6 Volum % Alkohol) als „Charlowitzer Dessert“. Jakob Halpern, XVI., Rankgasse 16 verkaufte einen gewässerten und mit Saccharin gefälschten Obstwein unter der Bezeichnung „Echt steirischer Apfelwein, ärztl. empfohlen, garantiert echt“. I. Schrottenbacher, VI., Mariahilferstrasse 129 verkaufte ein äußerst minderwertiges, mit Saccharin versüßtes fast alkohol- und zuckerfreies Kunstprodukt unter der Bezeichnung „Echter Heidelbeerwein“ zum Preise von K 26.40 per Liter. Mehrere Anstände ergaben sich wegen Bezeichnung von inländischem gestreckten Weindestillat als „Kognak“ oder als „Kognak fin Champagne“. Auf dem Gebiete der Rumersatzmittel blüht das Fälschergewerbe und mußte in zahlreichen Fällen eingeschritten werden. Unter der Bezeichnung „Teerum“ oder „Rumersatz“ oder „Rum“ kamen Produkte in Verkehr, die nur ganz

wenig Alkohol mit etwas Rumaroma enthielten und zum 5 bis 10 fachen Betrag des Herstellungswertes verkauft wurden. Die Firma Ignaz und Moriz Klein, XVI., Ottakringerstraße 96 verkaufte einen „Teebeisatz“ zum Preise von K 14.- pro Liter, der lediglich aus Wasser und ganz wenig Saccharin, Teerfarbstoff und künstlicher Rumessenz bestand, sonach kaum einen Wert von K 2.- pro-Liter hatte. - Schokolade wurde mit Kokosfett, Zerialienmehl und Kakoschalenpulver verfälscht. Markus Nußbaum und Salomon Margulies, II., Hafnargasse 2 brachten unter der Bezeichnung „Vanillepulver - Wilma“ ein Produkt in den Verkehr, welches aus grob gestoßenem Zucker bestand, in dem Vanille oder Vanillin chemisch nicht nachweisbar war. Marie Glück, XVII., Lacknergasse 29 verkaufte eine Mischung von verschiedenen getrockneten Schwämmen, was an und für sich verboten ist und die überdies von Insekten stark zerfressen und verschmutzt waren. Eine Fälschung von Soda wurde festgestellt, die nur 10 % Natriumkarbonat enthielt. Der Rest bestand aus Wasser (27 %) Kochsalz (35%) und Glaubersalz (28%). Dieses Erzeugnis wurde von der Firma Hans Katzler, III., Neulinggasse 11 unter der Bezeichnung „Feinsoda“ zu dem übermäßigen Preise von K 11.- per Kilogramm in Verkehr gebracht. - In den Gasthäusern und Vergnügungsalokalen des Praters wurden Revisionen vorgenommen und beim Biereusschanke häufig Preistreibereien festgestellt. So konnten Preisüberschreitungen bis zu 5 K über den festgesetzten Ausschankpreis beim Liter konstatiert werden, wo außerdem noch Eintrittsgebühr bis zu K 8.- in Gasthäusern mit Tanzvergnügen eingehoben wurden. Bei A. Svoboda's Nachf. II., Praterstrasse 26 wurden „Seiteln“ in 1 Liter Glas ausgeschenkt, wodurch beim Liter ein Uebergewinn von K 2.- erzielt wurde. Das „Grand-Hotel“, I., Kärntnerring 2 kaufte im Schleichhandel Orangen, von denen das Stück um K 10.- K 12.- verkauft wurde. 2000 Stück wurden beschlagnahmt.

Beschlagnahmt wurden nachstehende Warenmengen: 465 kg Mehl und Mahlprodukte, 4992 kg Kartoffeln, 195 kg Fett, 7504 kg Kirschen, 2000 Stück Orangen 4504 Pakete unzulässiger Ersatzlebensmittel, 5297 kg Backwaren, 2589 Stück Eier, 3736 kg Gemüse, 523 kg Fleisch und Fleischwaren, 582 kg Fische, 503 Liter Wein und 18 Flaschen Kognak, 3150 Stück Gewürzbriefe, 2988 Dosen diverse Konserven, 77 Liter Milch, 220 kg Kohle, 305 Liter Spiritus, 300 kg Salz, 184 kg Zucker, 50 kg Kakoschalen, 55 Liter Kaffeelikör, 212 kg verdorbene bzw. nicht marktfähige Pilze, 95 Dutzend bleihaltiger Zahnpaststuben, 2 kg Strychnin, sowie kleinere Mengen Schokolade, Soda, Petroleum, etc.

Hauptversammlung des Osterreichischen Flugtechnischen Vereines. Bei der diesjährigen ordentlichen Hauptversammlung des Osterreichischen Flugtechnischen Vereines wurden Gen. Dir. August Warchalowski zum Präsidenten gewählt und in den Ausschuss kooptiert: Vizebürgermeister a. D. Heinrich Hammer, Ing. Rudolf Gridl, Direktor Ing. Ludwig Goschenhofer, Ing. Franz Schieferl und Obermagistratsrat Dr. Theodor Held. Zu Vizepräsidenten wurden Sektionschef Enderes und Baurat Rebernick bestellt. So wie das Werken des Vereines vor dem Kriege von den besten Erfolgen begleitet war, wird der Verein auch in Zukunft bestrebt sein, das vaterländische Flugwesen mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln auf das Gedeihlichste zu fördern.

Erfahrungen mit der gleitenden Lohnskala im Baugewerbe. In der letzten Versammlung des Vereines der Baumeister Niederösterreichs sprach Direktor Dr. Hornberg über die Erfahrungen mit der gleitenden Lohnskala, deren bisher nicht günstigen Wirkungen daraus zu erklären sind, daß es nicht möglich war, für alle Arbeiten des gleichen Bezirkes eine gleiche Grundlage für die vom Staatsamte errechnete Grundziffer, hinsichtlich Steigens und Fallens der Lebensmittelpreise, zu schaffen. Die bisherige Übung der einzelnen Industrien, ohne Rücksicht auf die anderen Erwerbszweige, die Lohnhöhe festzusetzen, hatte eine ständige Unruhe unter der Arbeiterschaft und eine fortwährende Kalkulationsschwierigkeit der Unternehmungen zur notwendigen Folge.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.

Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Mittwoch, den 16. Juni 1920, Nr. 198.

Erleichterte Ausfuhr von Liebesgaben aus Deutschland. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat auf Anregung des österreichischen Gesandten in Berlin insoferne gewisse Erleichterungen für die Ausfuhr von Liebesgaben sendungen an Lebensmittel nach Oesterreich gewährt, als an Stelle des Reichskommissärs für Ein- und Ausfuhrbewilligung die Zweigvereine der deutschen Vereine vom Räten Kreuz im Einvernehmen mit den Vorständen der Kommunalverbände Ausfuhrgenehmigungen erteilen können. Solche dürfen nur erteilt werden für Sendung an in Oesterreich wohnende Angehörige des Absenders, für Lebensmittel, die für den persönlichen Bedarf des Empfängers und seiner Angehörigen bestimmt sind, für nichtrationierte Lebensmittel und für je ein 5 kg Paket im Monat, das von demselben Absender einschließlich der mit ihm im Familienverbande lebenden Angehörigen abgesendet wird.

.....

Ein neues Kindererholungsheim des Caritas-Verbandes. Um möglichst vielen beim Caritasverband angemeldeten Kindern Gelegenheit zur Erholung zu geben, hat dieser Wohlfahrtsverein in Wolfsberg bei Krems ein großes Erholungsheim für Knaben eingerichtet. Heute mittags haben bereits 50 Wiener Kinder das geräumige Gebäude bezogen, das zur Aufnahme von 300 Kindern bestimmt ist. Im Laufe des Sommers werden insgesamt 700 Kinder durch dieses Wohlfahrtswerk körperliche Erholung finden.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 17. Juni 1920, Nr. 199.

Der Schleichhandel mit Kohle in Zillingdorf. In mehreren Blättern ist die Nachricht erschienen, daß mit der Deputatkohle, welche die Arbeiter der der Gemeinde Wien gehörigen Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf beziehen, ein schwunghafter Schleichhandel getrieben wurde. Hiezu wird folgendes bemerkt. Ueber Auftrag des VB. Emmerling wurde bereits am 2. Juni ein Beamter in das Braunkohlenrevier entsendet, der dort gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Hellmer, als dem berufenen Vertreter der interessierten Gemeinden, Erhebungen vornahm. Diese ergaben, daß tatsächlich in der letzten Zeit Braunkohle in den Schleichhandel gelangte; es war dies aber - von ganz vereinzelt Fällen abgesehen - keineswegs Deputatkohle der Arbeiter, sondern Kohle, die von Wirtschaftsbesitzern und Gewerbetreibenden der umliegenden Ortschaften für Drusch- oder Hausbrandzwecke bezogen, diesen Zwecken jedoch nicht zugeführt, sondern an Schleichhändler abgegeben wurde. Ueber Intervention des Landtagsabgeordneten Hellmer wurden seitens der Bezirkshauptmannschaften und der Gendarmerie alle Maßnahmen getroffen, um den Schleichhandel zu verhindern; es wurden in zahlreichen Fällen Beschlagnahmen der Kohle durchgeführt und einige notorische Schleichhändler, darunter der Wirtschaftsbesitzer Graf in Ebreichsdorf verhaftet. Durch die getroffenen Maßnahmen wird erzielt, daß die Braunkohle, soweit sie nicht für die städtischen Elektrizitätswerke benötigt wird, wieder den auf sie angewiesenen Gemeinden dieser holzarmen Gegend zugewiesen werden kann. Die Untersuchung wegen Ermittlung der Schuldtragenden wird weiter geführt.

Dänische Liebesgaben. Die dänische Hilfsaktion hat, in hochherziger Weise der Gemeinde Wien 33.000 kg Fische, 45.000 kg Kartoffel und 900 kg Margarine als Liebesgabe überlassen. Diese Lebensmittel werden durch die Frauenarbeitskomitees nach dem Wunsche der dänischen Hilfsaktion an Vereine, Horte Tagesheimstätten, etc. verteilt werden.

Verbrechen an Wiener Kindern in Italien. Ueber unser Befragen teilt uns StR. Winter, der amtsführende Stadtrat für Wohlfahrtseinrichtungen und Jugendfürsorge der Gemeinde, über einen heute in der „Reichspost“ enthaltenen Bericht „Verbrechen an Wiener Kindern“ folgendes mit: Die Reichspost erzählt heute eine ganze Reihe von Schaudergeschichten, die sich angeblich in den Kolonien Borgonovo und Castel San Giovanni in der Provinz Piacenza während des Aufenthaltes von Wiener Kindern zugetragen haben sollen. Mir ist über diese Dinge amtlich nichts bekannt geworden. Ich habe im Februar über Beschluß des Stadtrates die wichtigsten Kolonien in Italien besucht. Mein Weg hat mich in die beiden genannten Kolonien nicht geführt. Ich schließe aber aus dem Umstande, daß mich die Stadtbehörden von Bologna, Mailand und den vielen kleinen italienischen Städten, in denen ich war, immer wieder auf die

Schwierigkeiten in einzelnen Kolonien aufmerksam gemacht haben, daß die Behauptungen, die in der heutigen Reichspost aufgestellt sind, einfach freie Phantasien irgend eines unverantwortlichen Menschen sind. Wo es in Italien Schwierigkeiten in den Kolonien gab, hat man mich mit Absicht hingeführt, damit ich helfen soll, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Da mir die Namen Borgonovo und Castel San Giovanni während meiner italienischen Reise nicht untergekommen sind, ich also von der Existenz dieser Kolonien, solange ich in Italien war, gar nichts erfahren habe, so scheint dort, wenn diese Kolonien einem dieser Komitees, die ich besucht habe, unterstanden haben, nichts Auffälliges vorgekommen zu sein. Hätte es irgend einmal Schwierigkeiten gegeben, dann hätten mich die Stadtbehörden selbst zu Hilfe gerufen, wie es ja auch natürlich wäre. Ich kann also aus eigenen Wahrnehmungen über Vorkommnisse in diesen Kolonien gar nichts sagen. Ein Telegramm ist an mich nicht gelangt, aber so wenig ist mir von einem Schreiben etwas bekannt. Ich habe aber sofort nach

dem Lesen des Briefes in der Reichspost an die italienischen Behörden telegraphiert, daß man über die behaupteten Vorkommnisse Aufschluß geben möge.

Das wird sicher geschehen und dann wird man auch die sensationell aufgemachten Behauptungen auf ihren wahren Wert zurückführen können. Weder von den Eltern noch von den Kindern, die sich ja schon längst wieder in Wien befinden, ist mir bisher auch nur die geringste Beschwerde in dieser Richtung zugekommen. Im übrigen wird sich Gelegenheit finden, die Sache vor der Öffentlichkeit festzustellen.

Donnerstag den 17. Juni 1920. 18. Ausgabe

Die Beschuldigungen gegen die italienische Kinderaktion. In der heutigen Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Wohlfahrts-einrichtungen und Jugendfürsorge kam gelegentlich eine Debatte über die Besetzung der Kindererholungsstätten durch Jugendfürsorgevereine StR. Rummelhardt (christlichsoz.) auch auf die Angriffe zu reden, die in der heutigen Reichspost gegen den Arbeiterverein Kinderfreunde und den amtierenden Stadtrat Winter erhoben werden. Er meinte, dass die Behauptungen in der Reichspost so bestimmt auftreten und dadurch an Gewicht gewinnen, dass sie von einem Meister unterfertigt sind, dass es nicht abgehe dem beschuldigten Verein Kinderfreunde diese Erholungsstätten zu überlassen, ehe nicht diese Sache vollkommen aufgeklärt ist. Damit, dass die Sache einfach gelöst wird, wie dies in dem *früheren* Abendblatt der Arbeiterzeitung geschehe, ist nichts *ganz* die Sache müsse aufgeklärt werden. Wenn auch Stadtrat Winter die Eindrücke, die er in Italien empfangen habe, als rosig bis rot geschildert habe. Gegen die Nichtüberlassung der Erholungsstätten an den Arbeiterverein Kinderfreunde wendete sich sogleich *Stadtrat* Winter in scharfer Abwehr, da die Zeichnung *des Mannes* unter dem Briefe Stadtrat Rummelhardt schon als *volle Garantie* dafür erscheine, dass es sich hier nicht um eine *Verleumdung* handle. Dennoch habe es der Briefschreiber unterlassen die *Namen* der von beschuldigten Personen zu nennen. Es ist *bekannt* worden, dass Kinder geschändet worden sind. Ein katholischer Priester hätte die Pflicht, sofort *festzustellen*, wer die Kinder geschändet hat und diese Schänder *zu nennen*. Welche Rolle die Vertreter des Vereines Kinderfreunde in Italien gespielt haben, wird zur Genüge aufgeklärt werden, darauf könne sich Stadtrat Rummelhardt verlassen. Es ist aber absolut zurückzuweisen, dass der Abschluss wegen der *Überlassung* der Erholungsstätten an den Verein Kinderfreunde nicht gemacht wird, weil die bekannten Verleumdungen *gegen* diesen Verein ausgespro-

chen werden. Die Amtswalter des Vereines und seine Person seien erhaben über die *beispiellosen* Verdächtigungen, die in dem Aufsätze ausgesprochen werden; sie berühren seine Person auch gar nicht. Aber was zurückgewiesen werden muss, das ist, dass die *solche* *ganzen* Angriffe die Kinderaktionen immer wieder aufs schwerste geschädigt werden. Wird die Reichspost morgen dafür sorgen, dass die Kinder morgen in *Libavella* Pflege kommen und vor dem Totengräber gerettet werden, wenn sich das Ausland, das solchen Dankschuld, von uns *zurückzieht*. Die letzten Sätze, die auch Stadtrat Winter *erregt* gesprochen hatte, waren auch von erregten Zwischenrufen *aller sozialdemokratischen* Ausschussmitglieder begleitet. *Bürgermeister* Reumann, der eben zu den Beratungen des Ausschusses *gehört* war ergriff sofort das Wort und erklärte auf das *bestimmteste*, dass für die gründliche Aufklärung der ganzen Angelegenheit gesorgt worden ist. Es wird möglich sein, der breitesten Öffentlichkeit Aufklärung zu geben, über Alles, was behauptet worden ist. An der weiteren Debatte über diese Sache beteiligten sich noch Stadtrat Rummelhardt und Frau Gemeinderat Seidl, die die Angriffe der Reichspost ebenso ernst und wirksam zurückwies und Frau Dr. *Saigy* die *gleich* Stadtrat Rummelhardt gegen den heftigen Ton protestierte, *dem* Stadtrat Winter in der Abwehr angeschlagen hatte. In *seiner* *ganzen* Rede konnte Stadtrat Winter die Behauptungen nochmal *auf das* *saufen* Mass zurückführen; damit war der Zwischenfall, der eine ziemlich erregte Stimmung hervorgerufen hatte, erledigt.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 18. Juni 1920, Nr. 200.

Die Straßenbahnlinie nach Othth. In verschiedenen Zeitungen war eine Mitteilung erschienen, dass der Gemeinderatsausschuss für die städtischen Unternehmungen in seiner letzten Sitzung über Antrag des GR. Schmid beschloss, eine Straßenbahnlinie von Groß-Enzersdorf nach Othth. nach Dörfel auszubauen und den Betrieb auf ihr elektrisch zu führen, wegen der sozialdemokratische Berichterstatter die Ablehnung beantragt. Demgegenüber muss richtiggestellt werden, dass das Referat über diesen Gegenstand von Direktor Spängler erstattet wurde, der aus verschiedenen Gründen zu dem Antrag gelangte, die Herstellung der Bahnlinie durch die Gemeinde abzulehnen. GR. Schmid stellte den Zusatzantrag, den Bahnbau, Dörfel, abzulehnen. In dieser Form wurde der Antrag auch zum Beschluss erhoben.

Abgabe von Frühkartoffeln. Samstag bis Montag werden im 7. Bezirke italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 10.- per kg. und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf abgegeben. Abtrennung der Bushatzen. M. der Kartoffelkarte angegeben.

Sprachkurse für Schulkinder. Der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltung hat über Antrag des amtsführenden SA Richter beschlossen, für die aus der Fremde heimkehrenden Kinder, welche in den dort erworbenen Sprachkenntnissen zu bewahren, 10 Schulen in Wien Sprachkurse in italienischer und holländischer Sprache abzuhalten. Kurse in anderen Sprachen, die in den Gastländern gesprochen werden, sind im Ausschuss genehmigt und hängt der Ausdehnung der Kurse davon ab, wie die nun eingereichten 10 Kurse besucht sein werden.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 18. Juni 1920, Nr. 201.

Die Affichierung fremdsprachiger Plakate. Der deutsch-französische Klub in Wien gibt am 26. Juni ein Gartenfest zu Gunsten eines Kinderospitals. Er hat französische Plakate anfertigen lassen, zu deren Affichierung die Erlaubnis der Gemeinde Wien eingeholt werden mußte. Im Ausschuss für allgemeine Verwaltung kam ein Magistratsantrag auf Erlaubnis der Affichierung dieser Plakate zur Sprache, gegen den sich die christlichsozialen Mitglieder des Ausschusses mit der Begründung wendeten, daß durch die Anbringung fremdsprachiger Plakate der deutsche Charakter Wiens gefährdet werde. Von sozialdemokratischer Seite wurde ein-

gewendet, daß die Gemeinde gegenwärtig gar keine Ursache habe die alten Praktiken einer längst vergangenen Zeit anzuwenden und daß es den deutschen Charakter Wiens durchaus nicht schaden könne, wenn auch fremdsprachige Plakate angebracht werden. Dem Magistratsantrage wurde zugestimmt.

Lebensmittelfälschungen. In dem Tätigkeitsbericht des Marktamtes im Mai wurde Schrettenbacher, XV., Mariahilferstrasse 129 genannt und bemerkt, daß dieser als Heidelbeerwein (ein fast alkohol- und zuckerfreies mit Saccharin versüßtes Kunstprodukt) in Verkehr gebracht hat. Dies muß dahin berichtigt und ergänzt werden, daß Schrettenbacher den Heidelbeerwein von L. Prischmig, III., Wedelgasse 3 bezogen und selbst der Untersuchungsanstalt vorgelegt und weil verfälscht nicht verkauft hat. Da senach eine Uebertretung des Lebensmittelgesetzes seitens des Prischmig vorliegt, wurde auch nur gegen diesen die Anzeige erstattet.

Höchstpreise für Preßhefe. Der neu festgesetzte Detailpreis für Preßhefe (Germ) beim dekawweisen Verkauf beträgt 60 Heller per dkg. Jede Ueberschreitung dieses Höchstpreises ist strafbar und wird zur Anzeige gebracht.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung, am 18. Juni 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Der an Stelle des ausgeschiedenen GR. Domes einberufene GR. Johann Drexler leistet die Angelegenheit. Geredet haben: Die Ortsgruppe Mannheim des Volksbundes der Deutschen aus dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn das Ergebnis einer Sammlung zu Gunsten der Wiener Kinder 4.200 Mark = 18.753 K.

Die Stadtverwaltung Neuwied für die notleidende Bevölkerung der Stadt Wien 500 Mark = 2.150 K.

Leopold Walcher, Wien, XVI., im Namen des Vereines Sommerarenar zu Gunsten der Armen Wiens 326 K.

Die Firma Geo Borgfeldt & Co. in Berlin für Hospitäler, Alters- und Kinderversorgungsanstalten 919 Kisten Kondensmilch.

Oberlehrer Dr. Sander in Greifswald als Ergebnis einer Sammlung für die notleidende Bevölkerung Wiens eine Kiste Liebesgaben.

Die „Göttinger Zeitung“ in Göttingen als Ergebnis einer Sammlung für die notleidende Bevölkerung Wiens eine Kiste Lebensmitteln.

Direktor i. B. Rudolf Petzel in Wien, eine weitere Folge der Jahrbücher über den Elementarunterricht in Uruguai Aufgabe 1919 Montevideo für die städtischen Sammlungen.

Frau Karo Heywood in Zürich für notleidende Kinder 75 Frs.

Herr Becke, Biltheven, Holland, für arme Wiener Kinder 2 hell. Gulden.

Die dänische Hilfsaktion für Verteilung an Vereine. Tagesheimstätten etc. 33.000 kg Fische, 45.000 kg Kartoffel und 900 kg Margarine

VB. Franz Hess hat einen Antrag wegen Errichtung von zwei Jahrgängen einer höheren Staatsgewerbeschule für Maschinenbau im 21. Bezirk im Anschluß an die bestehende Werkmeisterschule gestellt. Der Antrag würde dem Magistrat zur Verberatung zugewiesen.

GR. Leopold Grünfeld (Soz. Dem.) hat einen Antrag wegen Aufrechterhaltung der Haltestelle der Straßenbahn Ecke Bellegardegasse in Kaisermühnen eingebracht. Der Antrag wird der Straßenbahndirektion zur Entscheidung zugewiesen.

Bgm. Reumann erklärt, daß Post 1 bis 7 angenommen sind, weil keine Wertmeldung vorliegt.

GR. Richter (Soz. Dem.) referiert über den Verkauf der Häuser VII., Wimberggasse 15 und Neubaugürtel 54 aus der Ver- um den Mindestkaufschilling von 850.000 K lassenenschaft Karl Müller. Die Gemeinde Wien ist Erbin von 3/39 Anteilen des Nachlasses nach Karl Müller. Ueber Verfügung der Erblässers müssen die Häuser verkauft werden, um die Erben aus dem Erlöse zu befriedigen. Von allen andern Erben liege bereits die Zustimmung zum Verkaufe vor. Redner beantrage daher, daß auch der Gemeinderat dem Verkaufe zustimme.

GR. Retter (Chr. sez.) fragt den Referenten um das Grund- ausm. d. Zinsertragnis und den Käufer des Hauses.

GR. Richter (Soz. Dem.): Hierüber ist im Akte nichts enthalten, weil das Haus nicht in Verwaltung der Gemeinde Wien steht, sondern vom Testamentsverwalter administriert wird.

GR. Retter (Chr. sez.): Daß man einen Hausverkauf ohne zu wissen wie groß das Zinsertragnis ist, daß ist doch ein sehr schleppes Referat. Ich stelle den Rückverweisungsantrag.

GR. Richter (Soz. Dem.): Ich muß mich gegen den Rückverweisungsantrag aussprechen, weil der Verkauf nach Angabe aller Fachleute äußerst günstig ist.

Der Rückverweisungsantrag wird dahin abgelehnt, der Referentenantrag angenommen.

Nach einem Berichte des G.R. Speiser (Soz. Dem.) wird der Zentrale der Wirtschaftsbetriebe des Verbandes der Angestellten der Gemeinde Wien (Zewiverba) zwecks Bezuges von Volksbekleidungsschuhen und Abgabe derselben städtischen Angestellten ein unverzinsliches Darlehen von 300.000 K bewilligt.

GR. Speiser (Soz.-Dem.) berichtet über die Bewilligung eines Zuschusses zur gleitenden Zulage für städtische Pensionsparteien und über die Bewilligung einer gleitenden Zulage für aktive Angestellte. Der Zuschuss beträgt mit Rücksicht auf die beim Staate bewilligte Erhöhung der gleitenden Zulage für die Monate Mai und Juni in der Bezugsklasse I je 92 K, in der Bezugsklasse II je 77 K, und in der Bezugsklasse III je 62 K für jede für die gleitende Zulage in Betracht kommende Person und jeden Monat. Durch die Gewährung dieses Zuschusses dessen Anrechnung auf eine etwaige künftige Regelung der Bezüge der Pensionsparteien bzw. aktiven Angestellten vorbehalten bleibt, wird einer etwaigen solchen Regelung in keiner Weise vorgegriffen.

Der Referent bemerkt hierzu: Es wurde in manchen Angestelltenkreisen darüber Klage geführt, dass der im vorigen Monat vor Pfingsten ausbezahlte Betrag von 300 K für jeden Angestellten am 1. Juni bei der Gehaltsauszahlung wieder abgerechnet wurde. Hierzu muss ich bemerken, dass diese Auszahlung lediglich über Drängen des Verbandes der Angestellten als Bevorschussung der am 1. Juni fälligen gleitenden Zulage pro Mai angewiesen wurde. Da aber die Liquidierung der Gehalte, die allmonatlich am bereits am 12. begonnen wird, schon mitten im Zuge war, musste von einer Separatliquidierung abgesehen und der Abzug von den Junibezügen angeordnet werden. Dieser Abzug wurde dadurch erträglicher gemacht, dass er von den Wochenlöhnen in 4 Raten vollzogen wird.

Was nun die beantragte Auszahlung betrifft, so hätte nach den bestehenden Gemeinderatsbeschlüssen die gleitende Zulage pro Mai mit einer Kopfquote von 123 K am 1. Juni ausbezahlt werden sollen. Diese Quote ist selbstverständlich bereits bei der Liquidierung der Gehalte berücksichtigt. Nun hat aber der Staat vom 1. Mai an die gleitende Zulage mit 215 K pro Kopf und Monat festgesetzt und es soll diese Erhöhung auch bei den Angestellten der Gemeinde Platz greifen. Es ergibt sich daher eine Aufzahlung

vom Mai und Juni von je 92 K, zusammen 184 K. Diese Aufzahlung sowie die obigen 123 K, zusammen also 307 K pro Kopf des Familienstandes, sollen gemäß dem Wunsche des Verbandes noch in diesem Monat ausbezahlt werden, damit die Angestellten für die letzten Tage des Monats Geld in die Hand bekommen. Da aber wie gesagt, 123 K bereits in der Liquidierung der am 1. Juli fälligen Bezüge inbegriffen sind, so wird von der Auszahlung an diesem Tag der Betrag von 123 K pro Kopf des Familienstandes von den auszahlenden Bezügen in Abzug gebracht werden. Gegenüber dem Vormonat ergibt sich somit insofern ein bei weitem günstigeres Verhältnis, als nicht der ganze Betrag, sondern nur 123 K von 307 K pro Kopf abgezogen werden.

Den Anträgen des Referenten wird zugestimmt.

Damit ist die Tagesordnung der Sitzung erledigt.

GR. Dr. Danneberg stellt folgende Anfrage: Die Brunnen in den Wiener Anlagen sind überall in Tätigkeit. Nur der Hochstrahlbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz ist nicht im Betriebe. Die Bevölkerung der angrenzenden Bezirke, die in diesen Anlagen an heißen Tagen Kühlung sucht, bedauert dies sehr. Ich stelle daher die Anfrage: 1. Warum ist der Hochstrahlbrunnen auf dem Schwarzenbergplatz nicht im Betrieb? 2. Wird der Brunnen bald in Betrieb gesetzt werden?

Hierauf erwidert der amtsführende Stadtrat Siegel: „Der für die Abteilung der Ueberfallwässer des Hochstrahlbrunnens dienende Kanal ist schadhaft geworden und sind infolgedessen Straßensetzungen in der Fahrbahn des Rennweges entstanden. Der Kanal mußte aus diesem Grunde außer Betrieb gesetzt werden. Das Stadtbauamt hat einen Entwurf für die Instandsetzung dieses Kanales ausgearbeitet und werden vom Magistrate wegen Beitragsleistung zu den Kosten der Ausführung mit der Schwarzenberg'schen Verwaltung als Eigentümerin dieses Kanales Verhandlungen geführt. Ueber das Ergebnis dieser Verhandlungen wird an den Gemeinderatsausschuß für technische Angelegenheiten berichtet und nach Genehmigung des Entwurfes und der Vereinbarung an die Ausführung der Kanalinstandsetzung geschritten werden. Nach Vervollendung dieser Instandsetzung kann der Hochstrahlbrunnen voraussichtlich noch im Herbst dieses Jahres in Betrieb gesetzt werden.“

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 19. Juni 1920, Nr. 202.

Fettabgabe. Vom 20. bis 26. Juni werden bei den städtischen Margarineabgabestellen pro Person 12 kg Margarine ~~zum Kreuzsatz~~ zu dem nunmehr ermäßigten Preise von K 11.40 gegen Abtrennung des „M“ Abschnittes Nr. 197 und der beiden Abschnitte Nr. 197 für nichterayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 kg Schmierfett zum Preise von K 13.20.

Abgabe von Frühkartoffeln. Sonntag bis Dienstag werden im 8., 9., 10. und 11. Bezirk italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 10.- per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „M“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

Obmännerkonferenz. Die Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien befaßte sich heute mit der Verlage über die Gebühren der gewählten Funktionäre der Gemeinde. Nach dieser Verlage sollen die bisherigen Gebühren für die Gemeinde- und Stadträte, mit Ausnahme der amtsführenden Stadträte von 3000 bzw. 9000 K jährlich/bleiben, hingegen wird eine Sitzungsgebühr von 40 K eingeführt. Die Vizebürgermeister sollen eine Zulage von 18.000 K jährlich - ihre jetzigen Gesamtbezüge - zur Stadtratsgebühr erhalten. Die zuletzt im Jahre 1918 mit 60.000 K festgesetzte Funktionsgebühr des Bürgermeisters wird auf 144.000 K jährlich erhöht. Die Bezirksversteher erhalten: 2.500 K monatlich, außerdem für Lehnverluste oder sonstigen Verdienstentgang eine entsprechende Entschädigung, ihre Stellvertreter 300 K monatlich. Die amtsführenden Stadträte erhalten die jeweiligen Bezüge der Unterstaatssekretäre. Von den Bezügen des Bürgermeisters und der amtsführenden Stadträte werden sämtliche Aktivitäts- oder Ruhebezüge in Abrechnung gebracht, die sie als Angestellte von Körperschaften des öffentlichen Rechtes erhalten. Alle Personen, welche von der Gemeinde als ihre Vertreter in Körperschaften, Gesellschaften etc. entsendet sind, haben die Bezüge, welche ihnen in dieser Eigenschaft von der betreffenden Körperschaft zufließen, an die Gemeinde abzuführen. Die Pensionsbestimmungen für gewählte Funktionäre werden abgeschafft.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 19. Juni 1920, Nr. 202.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält Dienstag und Freitag um 10 Uhr vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt Mittwoch und Freitag um 4 Uhr nachmittag zu Geschäftssitzungen zusammen.

Das Spielabgabengesetz. Aus Anlaß zahlreicher Anfragen bezüglich des Spielabgabengesetzes verlaubt der Magistrat folgendes: Das Gesetz über die Abgabe ist am 15. Juni in Wirksamkeit getreten. Die Einhebung geschieht auf Grund amtlich ausgegebener Kontrollkupons, mit deren Ausgabe in den nächsten Tagen durch die städtischen Hauptkassenabteilungen begonnen werden wird. Der Tag des Beginnes der Ausgabe wird bekanntgegeben werden. Bei Lösung der Kontrollblocks hat sich der Gewerbetreibende selbst in eine der Abgabestufen (1, 2, 3, 5, 10 oder 20 K) einzureihen. Als Maßstab für diese Selbsteinreihung in eine der 6 Abgabestufen gelten die Preise für Speisen und Getränke, die Höhe des eingehobenen Spielgeldes, in Klubs oder Vereinen, auch die Höhe der Beitragsleistungen der Mitglieder, die Anzahl und Ausstattung der Gesellschafterräume, die Mietzinse u. dgl. Für Wien beschränkt sich die Auswahl der Abgabestufe für Lokale des Gast- und Schankgewerbes mit wenigstens 8 im Betriebe beschäftigten Personen, sowie für Vereine, welche nicht ausschließlich aus Festbesoldeten bestehen, auf die zweite oder eine höhere Stufe, für andere entgeltlich für Spielzwecke überlassene Lokalitäten auf die 5. oder 6. Stufe. Wenn bei nicht angemessener Selbsteinschätzung eines Betriebes zwischen Betriebsinhaber und Gemeinde keine Einigung zustande kommt, entscheidet über die angemessene Abgabestufe die Invalidenentschädigungskommission. Die Kontrollkupons werden in Blocks zu 200 Stück ausgegeben und auf den Namen des Lokalinhabers unter Anzeichnung der selbstgewählten Abgabestufen ausgestellt. Hierbei ist der Gesamtpreis im vorhinein zu entrichten, wenn nicht eine Kreditierung erfolgt, von welcher jedoch wegen der Umständlichkeit des Verrechnungsverfahrens abzuraten ist. Jeder Teilnehmer an einem abgabepflichtigen Spiele hat einen Kontrollkupon zu lösen. Die Abgabestufe ist im Lokale anzuschlagen. Eine Pauschalierung der Abgabe kann erst in späterer Zeit erfolgen.

Politische Verfolgung eines Magistratsbeamten. Ueber böswillige Ausstreunungen in einer Wiener Tageszeitung, die in Verbindung mit Angriffen auf zwei private Wiener Pfandleihanstalten die Behauptung aufstellte, daß der

mit deren Ueberwachung betraute Kommissär, Magistratssekretär Rudolf Gschladt, aus parteipolitischen Beweggründen daselbst vorkommende Unregelmäßigkeiten gedeckt habe, hat dieser Funktionär gegen sich selbst die Einleitung der Disziplinaruntersuchung und die vorläufige Enthebung von der Ueberwachung der in Frage kommenden Anstalten beantragt.

Auslandshilfe für Lehrer. Die Berner Zentralhilfsstelle telegraphiert: „60 Lehrerkinder, 8 - 14 Jahre, sofort bereitstellen, Abreise anfangs Juli.“ Anmeldungen solcher Kinder zum Ferienaufenthalte in Bern und Umgebung nimmt die Lehrerkanzlei, VIII., Josefsplatz 12, werktags von 10 - 12 und 4 - 7 Uhr entgegen. Taufschein und Impfzeugnis müssen vorgelegt werden.

Zewiverba. Vom 20. bis 26. Juni: Dänischer Hartkäse, Salz, Margarine, Kristallin. Textilwaren: Ab Dienstag: Chiffon (kleine Menge), Herrenkragen, grauer Stoff (geringer Vorrat), Leinenküchenschürzen und Wetterkragen: Restbestände der Verwechen. Brennstäbe: Neue Kohlenkarte Burggasse 16 abgeben. Neurayonierung zur Zewiverba ermöglicht. Nur neue Kohlenkarte abgeben.

Brotbezugsanweisungen für vorübergehenden Aufenthalt. Ueber mehrere Anfragen, wo Personen, die sich vorübergehend in Wien aufhalten, eine Brotbezugsanweisung erhalten, wird bekanntgegeben, daß solche Anweisungen für Personen, welche nicht in einem Hotel oder Gasthofe wohnen, bei der nach ihrem Wohnorte zuständigen Konskriptionsamtsabteilung des magistratischen Bezirksamtes während der Amtsstunden gegen Vorweisung der vorgeschriebenen Belge (Meldezettel, Personaldekumete, Brotbezugsabmeldeschein, Reisepaß) zur Ausgabe gelangen.

Preis Vereinigung für technische Volksbildung. In Basel und in Freyburg in Breisgau ist seeben das 1. Heft einer neugegründeten Monatschrift „Die Arbeit“ betitelt, „Monatschrift für deutsche Kulturgemeinschaft“ erschienen. Führende Gelehrte und hervorragende Praktiker des deutschen Reiches und der Schweiz sind zur Mitarbeiterschaft eingeladen worden. In dem 1. Heft sind bereits sehr bemerkenswerte Aufsätze der Professoren Dr. Eucken (Jena) und Dr. Steffinger (Tübingen) enthalten. Von namhaften österreichischen Technikern hat der Präsident des technischen Versuchsamtes, Sektionschef Dr. Wilhelm

Exner einen überaus lesenswerten Artikel beigeuert, betitelt „Die Pflege des technischen Geistes in der Volksbildung.“ Dieser Artikel macht alle Kreise in der Schweiz und im deutschen Reich mit den Bestrebungen der in Wien von Exner gegründeten freien Vereinigung für technische Volksbildung bekannt. Exner ist der erste Wiener Techniker, der Gelegenheit bekommen hat, in der Monatschrift für deutsche Kulturgemeinschaft zu einem internationalen Publikum zu sprechen.

Petroleumabgabe. Vom 20. Juni bis 3. Juli werden an die Besitzer von Karten für Haus- und Stiegenbeleuchtung wöchentlich 1/8 Liter Petroleum, an die Besitzer von Karten für finstere Wohnungen und Küchen statt des Petroleum wöchentlich 2 Kerzen á 1/32 kg abgegeben. Preis für Petroleum und Kerzen ist derselbe.

Die städtische Kleingartenstelle ist am 18. ds. auf den Kaiser Wilhelmring Nr. 8, II. Stock übersiedelt und amtiert täglich von 8 - 2 Uhr.

Mittwoch keine Brotkommissionen. Mittwoch, den 23. Juni entfällt wegen der Bezirkslehrerkonferenz der Dienst in den Brotkommissionen.

Ein neuer Markt in Kaisermühlen. Heute vormittags wurde in Anwesenheit des GH. Dr. Grün, des Bezirksvorstehers Berdiczewer, des GR. Fischer, des Marktamtsdirektors Winkler und der Vertreter der politischen Behörde der neue Markt in Kaisermühlen eröffnet. Die Stände, von denen erst ein Teil errichtet wurde, befinden sich in der Sinagasse zwischen Schüttauplatz und Bellegardegasse. Die zahlreich erschienenen Interessenten und Käufer wiesen, daß der Bedarf nach einem Markte in diesem Bezirksteil ein dringender war.

Kinder aus Norwegen. Morgen Sonntag um 9 Uhr vormittags kommt der zweite Norweger-Kinderrücktransport am Wiener Nordwestbahnhof an. Die Ältern werden ersucht, sich rechtzeitig am Bahnhofs einzufinden.

Meisteraufführungen Wiener Musik. Das Volksfest im Vergnügungspark (Prater) findet mit dem bereits bekanntgegebenen Programm morgen Sonntag bei jeder Witterung statt. Beginn 4 Uhr nachmittags. Eintritt 8 K. - Der morgige Vormittag gehört der Jugend Wiens (Konzert der Strassenbahnerkapelle, Auftreten des Kinderballetts der Staatsoper unter Leitung der Frau Cecilie Czerni, Kinderlieder und Kinderchöre von Viktor Kehlerfer, der Wiener Hanswurst dargestellt von den Herrn Günther und Merstallinger). Gesamteintrittspreis eine Krone. Bei Regen findet das Jugendfest nicht statt.

Löbliche Redaktion! Um freundliche Aufnahme versehender Zeilen ersucht in Namen des Komitees

Dr. Bach.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 21. Juni 1920, Nr. 204.

Abgabe von Frühkartoffeln. Dienstag bis Donnerstag werden in den Bezirken 12 bis 15 italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 10.- per kg, gegen Abtrennung des Buchstabens „M“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

.....

Die Obstbezugskarten * ungültig. Die Marktamtsdirektion teilt mit; Die Genossenschaft der nichtprotokollierten Handelsteile in Wien hat an ihre Mitglieder „Obstbezugskarten“ ausgegeben, für welche auch ein Visum des Marktamtes vorgesehen war. Wie verlautet, sollen auch noch andere Genossenschaften die Ausgabe ähnlicher Karten beabsichtigen. Da eine behördliche Einwilligung zu deren Ausgabe nicht erfolgte und eine derartige Maßnahme mit dem freien Obstverkehre in Widerspruch steht, wird aufmerksam gemacht, daß diese Obstbezugskarten keine Giltigkeit haben.

.....

Die Wohnungslage noch immer ungünstig. Im Mai hat sich die Zahl der gemeldeten vermietbaren unmöblierten Wohnungen gegenüber dem Vormonat von 80 auf 72 vermindert, die vermietbaren möblierten Zimmer und Kabinette sind von 35 auf 31 zurückgegangen. Bei den Geschäftslokalen ist ein Rückgang von 428 auf 347 zu verzeichnen. Die Zahl der Wohnungsvermerkungen ist auf über 14.000 gestiegen. Die Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnungen ist aber im Verhältnisse dagegen so gering, daß die allgemeine Wohnungslage noch immer sehr ungünstig bezeichnet werden muß.

.....

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. A u s g a b e.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 22. Juni 1920, Nr. 205.

Der neue Straßenbahntarif. Nach einer Verberatung im Gemeinderatsausschuß für die Unternehmungen in seiner gestrigen Sitzung wurden in der heutigen Sitzung des Stadtsenates die dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorzulegenden neuen Tarifbestimmungen auf der Straßenbahn und den Kraftstellwagen gut geheißten, wobei für Zeitkarten eine von den Sozialdemokraten vorgeschlagene Verminderung der Zuschläge angenommen wurde.

Das wesentlichste an den neuen Tarifbestimmungen ist die Preiserhöhung der jetzigen Zweikreiskarten auf K 2.60 bei Lösung im Ververkauf zu 10 Stück, während einzelne im Wagen beim Schaffner gelöste Fahrscheine K 3.- kosten werden. Die nur im Ververkauf erhältlichen Frühfahrtscheine werden K 1.80, die Rückfahrtscheine K 2.60 kosten, die Kinderkarten werden K 1.- kosten. Die derzeitigen Karten zu K 1.60 (ausgenommen die Sondertarife Freudenau, Oberlaa, sowie eine Teilstrecke im Parfgebiet II z.B. nach Schwchat, Mauer u.s.w.) bleiben ohne Erhöhung. Für die Freudenauer Strecke soll nicht nur den dort wohnenden, sondern auch den dort ständig beschäftigten Personen der Begünstigungstarif gewährt werden. Der Tarif an Sonntagen in die Freudenau wird von 10 auf 15 K erhöht. Ab

1/2 10 Uhr abends wird bei Inkrafttreten einer Betriebsverlängerung ein Einheitspreis von K 4.- eingeführt, der Nachttarif wird auf K 6.- erhöht. Die Zeitkarten werden kosten: Halbjahresnetzkarten K 2.500, Monatskarten 420 K, Streckenkarten 160 K, 190 bzw. 230 K über zwei, vier bzw. über mehr als vier Teilstrecken. Die neuen Tarife gelten vom 2. Juli an (für Zeitkarten), vom 3. Juli an (für Einzelkarten). Die näheren Einzelheiten werden auf den demnächst erscheinenden Fahrpreisbestimmungen ersichtlich sein.

Gleichzeitig mit der Erhöhung der Straßenbahntarife tritt auch eine Erhöhung der Fahrpreise auf den Linien der Kraftstellwagen, sowohl Pötzleinsdorf-Salmansdorf, als auch auf den durch die Innere Stadt führenden Linien ein. Auf den letzteren wird der Fahrpreis für die 1. Teilstrecke von 2 auf 3 K, alle übrigen Fahrpreise werden für Erwachsene um 2 K, also auf 5, 7, 9, 11 und 13 K erhöht. Der Nachtfahrpreis beträgt für 2 Teilstrecken 10 K, für 3 bis 4 Teilstrecken 15 K, darüber hinaus 20 K. Eine Fahrt von Pötzleinsdorf nach Salmansdorf wird 3 K für Erwachsene und 1 K für ein Kind kosten. Die Erhöhungen auf den Kraftstellwagenlinien durch die innere Stadt treten am 1. Juli, auf der Linie Pötzleinsdorf-Salmansdorf am 3. Juli in Kraft.

2. A u s g a b e.

26. Jahrgang, Wien, Dienstag, den 22. Juni 1920, Nr. 206.

Notgeld der Gemeinde. Auf verschiedene Anfragen wird mitgeteilt, daß der Gemeinderat in der Sitzung vom 19. März, die Laufzeit der gesamten Kassenscheine der Stadt Wien 10, 20 und 50 Heller bis 31. Dezember 1920 verlängert hat. Die Einlösung erfolgt in der Zeit vom 1. bis 31. Dezember Auflassung der Gemüsesammelplätze. Morgen Mittwoch findet auf den bisherigen Gemüsesammelplätzen der letzte Geschäftsverkehr statt und wird mit diesem Tage auch die Beistellung der elektrischen Straßenbahnlastwagen aufhören.

Der Boykott gegen Ungarn im Stadtsenat. Ein vom Bürgermeister Reumann erstatteter Bericht über den Kohleneinlauf führte in der heutigen Sitzung des Stadtsenates zu einer aufgeführten Debatte über den gegen Ungarn verhängten Boykott. Die christlichsozialen Stadträte Dr. Kienböck, Rummelhardt, Vaugoin und VB. Hoss stellten das Verlangen, daß die Gemeindevvertretung in offizieller Weise gegen den Boykott Protest erhebe und dessen Einstellung verlange. Es sei wohl nicht zu leugnen, daß sich in

Ungarn terroristische Handlungen zugetragen haben und zutragen, doch sei dies die Reaktion auf das kommunistische Regime, gegen das seitens der Gewerkschaften damals keineswegs mit irgendwelchen Zwangsmaßnahmen vorgegangen wurde. Durch die Sperre der Zillingdorfer Kohle könne Wien in schwere Gefahr geraten.

Bgm. Reumann stellte dem gegenüber fest, daß nach den unausgesetzt einlangenden Berichten sich die Zufuhren aus dem Zillingdorfer Bergbau vollkommen ungestört vollziehen und daß übrigens in Neufeld Vorräte in einem Umfang lagern, so daß von irgendeiner unmittelbaren Gefahr keine Rede sein könne.

VB. Emmerling verwies darauf, daß die christlichsoziale Presse eine Haltung einnehme, die geradezu dahin zielt, die ungarische Regierung zu einem Abschneiden der Kohlenzufuhr zu veranlassen. Entgegen der Wahrheit werde in einzelnen Blättern die Sache so dargestellt, als ob schon ein Stöken in der Zufuhr eingetreten sei, nur zu dem Zwecke, um Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen.

StR. Speiser gab unter allgemeiner Zustimmung der sozialdemokratischen Stadträte die Erklärung ab, daß die Sozialdemokratie den von der Internationale verhängten Boykott, welcher einen Beweis der erstarkenden Solidarität des Weltproletariats bedeute, mit Sympathie begrüße, weil das Ziel dieser Abwehrbewegung die Beendigung unmenschlicher Grausamkeiten bilde, deren Schauplatz Ungarn seit einem Jahre ist. Das Horthy-Regime stelle übrigens eine unausgesetzte Gefährdung der Republik dar und die Folgen, die sich aus einem Eingreifen der magyarischen Soldateska für Wien ergeben könnten, wären so grauenvoll, daß dem gegenüber jene Unannehmlichkeiten, die sich nun vielfach zeigen dürften, sich aber bisher überhaupt noch nicht eingestellt haben, gar nicht ins Gewicht fallen. Es sei gewiß bedauerlich, daß der Wiener Bevölkerung, die so unsäglichen erlitten hat, selbst nur eine so geringfügige Verschlechterung auferlegt werde, doch stehe eine gewisse Beeinträchtigung der Zufuhren von Kirschen und Gemüse gegenüber der Beendigung der furchtbaren Leiden der ungarischen Arbeiterschaft nicht im Verhältnis. Die Arbeiter Wiens werden diese Entbehrungen nötigenfalls mit jener Ruhe ertragen, mit der sie fünf Jahre hindurch um einer viel schlechteren Sache willen, weit ärgeres erduldet haben. Uebrigens ist es noch gar nicht so sicher, daß die westungarischen Bauern ihr Obst und Gemüse, daß so leicht dem Verderben unterliegt und für welches Wien das alleinige Absatzgebiet ist, einfach werden verfaulen lassen. Diese Waren, deren Einfuhr keine Schwierigkeiten bereitet werden, dürften wohl ihren Weg nach wie vor zu uns finden. Ueber all diesen Umständen aber müsse es seine Partei auf das allerentschiedenste ablehnen, der internationalen Gewerkschaftskommission in die Arme zu fallen und diese große Tat der Menschlichkeit zu stören.

StR. Grünwald führte aus, daß die christlichsoziale Presse sich einfach lächerlich mache, wenn sie diesen Boykott als irgend ein kleinliches Eschwerk hinstelle, das in Wien ausgehegt worden sei. Der internationale Transportarbeiterverband umfaßt 20 Millionen organisierte Arbeiter, ist vorwiegend westlich orientiert, steht unter der Führung Amerikas, Englands und Skandinaviens und habe nachreiflichster Erwägung und mit einem großen Ziel vor Augen gehandelt. Einer solchen Organisation zuzumuten, daß sie sich von einer verhältnismäßig so kleinen Gruppe, wie es die Wiener sind, zu einer nicht völlig gerechtfertigten Handlung verleiten lasse, würde doch heißen, diese weitblickenden, großzügigen Männer sehr schlecht einzuschätzen. Den gefallenen Ausdruck von der Gewissenlosigkeit der internationalen Gewerkschaftskommission müsse er entschieden zurückweisen. Ueberdies haben die ausländischen Gewerkschaften, welche eigene Vertreter nach Wien entsandeten, für Wiener Arbeiter, Angestellte und deren Kinder Außerordentliches geleistet; sie sind ganz genau über die hiesigen Verhältnisse unterrichtet und werden zweifellos dafür sorgen, daß jene Schädigungen, die Wien allenfalls durch den Boykott erleidet, auf andere Weise gut gemacht werde. Der Sekretär der Österreichischen Gewerkschaftskommission, Abgeordneter Anton Hueber ist zur Stunde bereits in Amsterdam, um an der Leitung des Boykotts und zur gegebenen Zeit an dessen Beendigung mitzuwirken und dieser Mann werde die Interessen der Arbeiterschaft, auch was die Störungen der Approvi-

sionierung betrifft, wohl zu wahren wissen.

Bgm. Reumann erklärte in seinem Schlußwort, daß er, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergeben sollte, die Regierung in geeigneter Weise auf Schäden aufmerksam machen würde, die sich in der Versorgung Wiens durch die Sperre der Verkehrswege ergeben sollten. Vor allen anderen aber sei es seine Absicht, der Regierung darzulegen, daß durch die nicht genug energische Haltung gegenüber den fortwährenden Menschenjähereien und Grausamkeiten, die sogar von den Ungarn auf österreichischem Gebiet unternommen werden, erst diese Schreckensherrschaft sich so ausdehnen konnte, daß nun internationale Eingreifen sich als notwendig erwies. Wenn dem Friedenvertrage Rechnung getragen und Westungarn an Oesterreich angeschlossen wird, dann hätten übrigens alle jene Besorgnisse wegen gestörter Zufuhren von Gemüse und Kohle gar keine Berechtigung mehr.

Abgabe von Frühkartoffeln. Mittwoch bis Freitag werden im 16. und 19. Bezirk italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 10.- per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „M“ der Kartoffelkarte ausgegeben.

Speckbohnen für Mindestbemittelte. In der 142. Aktionswoche erhalten die Besitzer der neuen rosafarbenen Einkaufscheine für Wohlfahrtsfleisch pro Person eine Dose amerikanische Speckbohnen zum Preise von K 9.- gegen Abtrennung des Buchstabens „A“ in den Geschäften der Großschlächtereien ein folgenden Tagen: Donnerstag, den 24. Juni für A - F, Samstag, den 26. für G - K, Montag, den 28. für L - R und Mittwoch, den 30. für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person eine Dose amerikanische Speckbohnen und zwar an die ersteren zum Preise von K 9.- per Dose, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Das Ende des Mistbauers. Die Gemeinde Wien hat sich entschlossen, ein neues Kehrrechtsabfuhrsystem in einem Teile des Bezirkes Josefstadt zu erproben. Die nach diesem System hergestellten Sammelgefäße und Abfuhrwagen ermöglichen die staubfreie Sammlung, Entleerung und Verführung der Hausabfälle. Es hat sich bei den seit längerer Zeit angestellten Versuchen gezeigt, daß der Apparat klug funktioniert. Dem von mancher Seite geäußerten Wunsche, den Familiensammelgefäßen teilweise kleinere Dimensionen zu geben, wird Rechnung getragen werden. Ueber Einladung des Stadtbauamtes (Abteilung für Straßenpflege) hat die Staubsektion der „Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage“ einer Verführung der Apparate beigewohnt, bei welcher Herr Baurat Ruß vom Stadtbauamt und Herr Ing. Langer die erforderlichen Erläuterungen gaben.

Auf dem Rathaus. Für morgen vormittags 9 Uhr ist eine gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und des Ausschusses für die städtischen Unternehmungen einberufen. Für 4 Uhr nachmittags ist der Stadtsenat zu einer Sitzung geladen und aus diesem Grunde wird die für 4 Uhr anberaumte Sitzung des Gemeinderates auf 1/2 6 Uhr abends verschoben. In diesen Sitzungen gelangen der Kollektivvertrag der Straßenbahner und der Bericht über die Fahrpreiserhöhungen zur Beratung und Beschlußfassung.

Wagen und Pferde gestohlen. Heute vormittags gegen 3/4 11 Uhr hat sich der Sanitätskutscher Hrobjy mit seinem Gespann in Depot der Straßenpflege V. Sienbrunnfeldgasse befunden. Während der Kutscher auf dem Boden mit der Heuschelbereitung beschäftigt war, wurde das Gefährte von unbekanntem Täter entführt. Das Hauptpferd war ein Rappen 10 Jahre alt, das linke Pferd ein Dunkelchimmel, etwa 8 Jahre alt, beide gut genährt, wallöcher und sehr hübsche Pferde. Der Wagen ist ein Streifenwagen mittlerer Stärke. Am linken Longbau hat sich die Marke „G. W.“ Der effektive Schaden beträgt 100.000 Kronen. Es wird ersucht, etwaige Nachrichten an die städtische Gesundheitsverwaltung, Wien, Neues Rathaus zu senden.

Abgabe von Frühkartoffeln. Donnerstag bis Samstag werden in den Bezirken 17, 18, 20 und 21 italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 10.- per kg und zwar $\frac{1}{2}$ kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „M“ der Kartoffelkarte abgegeben.

Rückkehr Wiener Kinder aus der Schweiz. Donnerstag, den 24. ds. um 2 Uhr nachmittags kommt in Wien - Westbahnhof der 17. St. Baller Rücktransport in Wien an. Die Kinder reisten seinerzeit am 22. März in die Schweiz ab. Die Eltern werden gebeten die Kinder abzuholen.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung, vom 23. Juni 1920.

Hgn. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Unter „Ungeannt“ zur Verteilung an Arme ohne Unterschied der Konfession nach meinem freien Ermessen 50.000 K.

Die deutsche demokratische Partei, Ortsgruppe Ortleiburg zu Gunsten der notleidenden Wiener Kinder 2.799 Mark = 11.574 K.

Rupert St. John in Chicago für wohltätige Zwecke 1000 K.

Josefine Gessel zu Gunsten der Armen des 10. Bezirkes ein Legat von 1000 K, ferner für die im Kriege erblindeten Angehörigen der Gemeinde Wien 1000 K, für mittellose Kinder der im Kriege gefallenen Angehörigen der Gemeinde Wien 1000 K.

Die Unter-Tertia des Stuttgarter Mädchengymnasiums zu Gunsten der Wiener Kinder 300 Mark.

Frau Gemeinderat Marie Kramer an kranke Pflinglinge des Wiener Versorgungsheimes 100 K.

Das Kriegshilfskomitee in St. Louis in Amerika 18 Liebesgabenpakete

Ein Antrag der GRin. Marie Wielsoh (chr. soz.) wegen Bestimmung von ~~xxx~~ Spielplätzen für die Schuljugend des 2. Bezirkes und besonders für die Schule Feuerbachstraße wird dem Jugendamte zugewiesen.

Ein Antrag des GR. Brofczyner (Soz.-Dem.) wegen Uebernahme des Unternehmens „Lehmann's Wohnungsanzeiger“ in den Gemeindefahrtbetrieb wird dem Magistrat zur sofortigen Berichterstattung zugewiesen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

An Stelle des ausgeschiedenen GR. Domes wird Hr. Franz Drexler (Soz.-Dem.) in den Ausschuss für technische Angelegenheiten gewählt.

Vb. Emmerling berichtet sodann mit Zustimmung der Gemeinderäte unter einem über die beiden Punkte der Tagesordnung, die Arbeitsverträge der Bediensteten und Arbeiter der Straßenbahn sowie

die Fahrpreiserhöhung. Er führt aus: Der erste Kollektivvertrag mit den Angestellten der städtischen Straßenbahnen ist am 30. April ds. J. außer Kraft getreten. Die organisierten Angestellten haben am 23. April neue Forderungen überreicht. Die Verhandlungen darüber haben nahezu 8 Wochen gedauert, woraus zu ersehen ist, wie schwer es war, zu einem Abschlusse zu kommen. Es handelt sich um 16.000 Bedienstete, darunter 484 Funktionäre. Der Vertrag für die Funktionäre kann noch nicht vorgelegt werden, weil wir noch nicht in der Lage sind, ein taugliches Vertragsinstrument zu haben. Die Verhandlungen mit dieser Gruppe werden noch fortgeführt. Nach dem alten Verträge wurden durchschnittlich 24.000 K pro Mann ausbezahlt. Im neuen Kollektivvertrag wurden ganz bedeutende Forderungen gestellt und ~~der~~ Mehraufwand hätte rund 357 Millionen und wenn man noch verschiedene andere Auslagen für den Pensionsfond, die Funktionäre, die Werkstättenarbeiter dazu rechnet, zusammen 400 Millionen betragen. Es war nicht möglich, den Forderungen im vollem Ausmaße Folge zu leisten, weil wir sonst bei der Bedeckung gezwungen gewesen wären, einen Tarif aufzustellen, der andererseits von der Bevölkerung nicht mehr hätte ertragen werden können. Mit den Bediensteten der Kraftstellwagen wird ein besonderer Vertrag abgeschlossen werden. Der neue Vertrag ist zum Unterschied von dem alten nicht mehr auf eine bestimmte Zeit gebunden, hat jedoch eine dreimonatige Kündigungsfrist.

Nachdem der alte Vertrag am 30. April sein Ende fand, und die Angestellten berechtigt waren, nach dem neuen Vertrag ab 1. Mai entlohnt zu werden, so waren wir gezwungen, eine rückwirkende Kraft des neuen Vertrages festzusetzen.

Die Erhöhung der Löhne muss mit einer Mehrleistung verbunden sein; es sei festgestellt, dass auch die Angestellten das Empfinden hatten, sie müssen mehr als bisher ihre Kraft dem Unternehmen zur Verfügung stellen. Wir haben ~~es~~ bei den Beratungen darauf verwiesen, dass der achtstündige Arbeitstag dem Unternehmen eine ganz bedeutende ~~xxx~~ Belastung brachte, und daher Sorge getragen werden muss, insbesondere im Fahrdienst, die einzelne Arbeitskraft mehr in Verwendung nehmen zu können. Wir haben durch den achtstündigen Arbeitstag eine bedeutende Personalvermehrung aufzuweisen, die auch darauf zurückzuführen ist, dass nach dem Umsturz auf einmal viele Tausende von Bediensteten zurückkamen und in den Dienst aufgenommen werden müssen. Dazu kam ferner noch, dass die Kriegsaushelfer nicht plötzlich entlassen werden konnten, so dass wir einen überkompletten Stand hatten, was sich finanziell ungünstig bemerkbar machte. Der Personalstand betrug Ende Juni 1919 18346 Personen und war gegenüber Dezember 1913, wo wir einen Stand von 12081 Personen hatten, um mehr als 6000 Personen stärker. Derzeit haben wir an Beamten und Angestellten einen Stand von 16723 Personen, so dass immerhin

noch ein Abbau von 1640 Personen möglich erscheint. Dieser Abbau kann sich nicht durch eine plötzliche Entlassung vollziehen, sondern wir rechnen damit, dass durch die neuen Bestimmungen des Kollektivvertrages, insbesondere jene über den Fahrdienst uns möglich gemacht wird, dem Personalstand zweckmäßiger in Verwendung zu nehmen und wir dadurch, sowie durch das natürliche Ausscheiden infolge Pensionierungen, Abgang durch Tod und sonstige in die Lage versetzt werden, mit einer Verminderung des Personales rechnen zu können. Die Fahrbediensteten haben sich verpflichtet täglich bis zu 2 Ueberstunden und einmal in der Woche bis zu 3 Ueberstunden zu machen. Sie sind wie bisher zu zwei Unterbrechungsdiensten in 14 Tagen bereit und haben zugestimmt, dass die Pausen zwischen den einzelnen Touren herabgesetzt werden, so dass ein effektiver Dienst von 6 Stunden 20 Min. gegenwärtig 6 Stunden 10 Min. im rollenden Wagen erreicht wird, bei weiterem zwei Ueberstunden kommen wir auf einen effektiven Dienst von 7 Stunden 50 Min., bei drei Ueberstunden auf einen solchen von 8 Stunden 35 Min. Durch diese Massregel wird es möglich, dass auf einzelnen Linien eine Vermehrung der Tourenzahl durchgeführt werden kann, was auch im Kollektivvertrag festgesetzt werden soll, um eventuellen späteren Streitigkeiten auszuweichen. Durch die neue Diensterteilung glaubt die Direktion imstande zu sein, nicht auf einmal aber innerhalb eines Jahres oder etwas darüber den Stand um 7 bis 800 Personen bei gleicher Fahrdienstleistung zu vermindern. Dass bei den neuen Bezügen, die wir nach dem neuen Vertrag zahlen, eine Ersparung von auch nur 700 bis 800 Mann bedeutend ins Gewicht fällt, ist klar. Auch im Werkstättendienst wurde eine Verminderung der Pausen durchgeführt und es muss konstatiert werden, dass obwohl der Vertrag noch nicht zur Gänze wirksam ist, heute schon eine höhere Arbeitsleistung zu bemerken ist. Die finanziellen Wünsche der Angestellten, die in erstem Vertragsentwurf ziemlich hoch gestellt waren, mussten berücksichtigt werden, und zwar deshalb, weil es nicht angeht, dass die grösste Gruppe schlechter daran sein sollte, als die Bediensteten des Gas- und Elektrizitätswerkes. Es war das Bestreben, eine Angleichung mit diesen zu vollziehen. Im Laufe der Verhandlungen hat sich gezeigt, dass dies nicht durchführbar war, was im Wesen des Verkehrsdienstes gelegen ist. Einzelne Kategorien wie besonders die Bauarbeiter und die Arbeit in den Werkstätten würden gerne auf dieser Basis abgeschlossen haben, aber es ging nicht an, für diesen Teil einen Abschluss vorzunehmen. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, dass die wesentlichsten Bestimmungen aufgebaut wurden auf dem ursprünglichen Vertragsentwurf.

Was das materielle anlangt, so war es klar, dass eine Belastung von mehr als 350 Millionen Kronen und mit den Steuern u.s.w.

Über 400 Millionen Kronen nicht ertragen werden könne und es war klar, dass die Deckung nicht durch eine Fahrpreiserhöhung gefunden werden konnte, die von der Wiener Bevölkerung nicht mehr hätte ertragen werden können. Es ist gelungen, die Forderung der Bediensteten von 357 Millionen auf 225 Millionen herabzusetzen.

Was sonst noch übrig bleibt, verteilt sich auf den Kopf mit rund 14000 Kronen einschliesslich der Fondsbeiträge und der Einkommensteuer mit 27000 K. Es ergeben sich also derzeit für einen Bediensteten Auslagen von rund 41000 Kronen mitinbegriffen die Steuerleistung, die Fondsbeiträge, die Überstunden u.s.w.

Die Einnahmen eines Fahrbediensteten werden sich im Monat auf rund 3100 K stellen, das ist eine Steigerung von 43%. Der Gewinn und die Auslagen sind nicht bei allen Arbeitern gleich. Der Vertrag unterscheidet 3 Teile, von denen der eine die Angestellten des Fahrdienstes, der zweite die technische Abteilung und der dritte sämtliche Funktionäre des Verkehrsbetriebes und der Werkstätten umfasst. Was die Entlohnungsverhältnisse anlangt, so ist darauf zu verweisen, dass ~~ähnlich~~ gegenüber dem Verwaltungsdienste in der Gemeinde bei den Unternehmungen das Schema mehr nach der Arbeitsleistung aufgebaut wurde, das heisst, einen höheren Anfangslohn aufweist, der sich unwesentlich steigert. Es war nicht möglich, das Alimentationsprinzip bei Abschluss des Vertrages aus der Welt zu schaffen, weil die Verhältnisse derzeit noch so schlecht sind, dass es unmöglich schien jetzt schon diesen Abbau vorzunehmen. Einzelne Gruppen waren zwar der Meinung, dass dies möglich ist, es war aber unmöglich, dieser Auffassung zum allgemeinen Durchbruch zu verhelfen. Da

Der Vertrag wurde eingehend in der zuständigen Gruppe und in der Personalgruppe beraten und einstimmig angenommen. Es wurden von der Minderheit Abänderungsanträge gestellt, von denen der eine nach 20 jähriger Dienstzeit ein höheres Quartiergeld, und der andere ein höheres Gehalt verlangen. Diesen Anträgen konnte nicht Rechnung getragen werden. Einem Wunsch der Bediensteten nach 15 jähriger Dienstleistung einen 28 tägigen Urlaub zu erhalten, konnte entsprochen werden. Die anderen Bestimmungen des Vertrages sind im wesentlichen nicht verändert worden. Die Qualifikationszulage, die der Vertrag vorsieht, ist mit 6.6 Millionen Kronen eingestellt, über deren Verteilung im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden Vertretern entschieden wird. Es wird sich hierbei nicht nur darum handeln, dass die Zulage ein Bediensteter auf Grund seiner Leistung bekommt, sondern sie kann auch aberkannt werden. Es ist in einem technischen Betrieb eben nicht gleichgültig, wie die Arbeit geleistet wird; eine gute und rasche Arbeit kann ungleich mehr bringen, als die Ausgaben von 6.6 Millionen Kronen besagen.

Die Bedeckung ist der zweite Teil meines Referates. Diese kann nur darin gefunden werden, dass einer höheren Ausgabe größere Einnahmen gegenübergestellt werden. Wenn wir auf Grund der uns erstmalig übersendeten Forderungen einen Tarif erstellt hätten, so wären wir zu einer Normalkarte von K 4.- gekommen. Ein Ding der Unmöglichkeit! Wir haben, als wir den Tarif am 18. Februar erhöhten, leider verzei-

nen müssen, dass ein bedeutender Frequenzzrückgang in die Erscheinung trat. Wenn es zu einer Karte von 4 K gekommen wäre, würde der Frequenzzrückgang zweifellos so groß gewesen sein, dass wir nahezu gar keinen finanziellen Erfolg erzielt hätten. Wir haben uns von dem Gesichtspunkte leiten lassen, dass es notwendig ist, auf die Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die noch immer unter den hohen Preisen der Lebensbedingungen leidet. Der ureprüngliche Vorschlag der Direktion mußte auf eine gänzliche Deckung des Zehraufwandes aufgebaut werden. Es konnte aber bei diesem Vorschlage nicht bleiben. Es wurden daher eine Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet, und wir haben uns zu dem bereit erklärt, der im Wesen darin besteht, eine Erhöhung der Normalkarte um 30 % vorzunehmen. Wir haben bei dem heutigen Vorschlage darauf Bedacht genommen, noch mehr als bisher, die Vorverkaufskarte in Verwendung zu bringen. Wir haben daher für die Vorverkaufskarte den Preis mit K 2.60 angesetzt und für jene Leute, die nur hier und da fahren, und die Karten auf dem Wege lösen, mit 3 K festgesetzt. Wenn wir die Mehrkosten von 225 Millionen und alle anderen mit dem Gegenstand verbundenen Auslagen in Betracht ziehen, so haben wir 311 Millionen Kronen zu bedecken.

Das vorgeschlagene Tarifierhöhung ergibt eine Mehreinnahme von 346 Millionen Kronen, so daß wir gegenüber der Belastung von 311 Millionen allerdings rechnungsmäßig eine Mehreinnahme von 35 Millionen aufweisen können. Man wird aber auch bei dieser Tarifierhöhung, so gering sie in den einzelnen Ansätzen ist, zweifellos mit einem Abfall zu rechnen haben, und insbesondere mit einer ganz gewaltigen Veränderung und Verschiebung innerhalb der einzelnen Kartengattungen. Diese Veränderung, einerseits den Abgang und andererseits das Ab- und Zuwandern auf andere Kartengattungen, veranschlagt die Direktion mit einem Ausmaße von 34.8 Millionen Fahrten im Geldbetrage von 126 Millionen Kronen. Wir haben also gegenüber den auf Grund des Kollektivvertrages sich ergebenden Mehraufwand von 311 Millionen Kronen mit einer Mehreinnahme durch die Tarifierhöhung von 220 Millionen Kronen zu rechnen, so daß noch 91 Millionen Kronen unbedeckt bleiben. Es ist notwendig festzustellen, daß durch diese Tarifierhöhung nicht der ganze Betrag, den wir zu zahlen haben, gedeckt wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der eine oder andere Gemeinderat sich mit Recht fragt, wie die Straßenbahn-Direktion, der Stadtsenat und der Gemeinderat das verantworten kann, wenn die Straßenbahn schon im Jahre 1918/19 ein Defizit und für das Jahr 1919/20 keinen Überschuss aufweist, und für das Jahr 1920/21 trotz der Tarifierhöhung 90 Millionen Abgang präliminiert. Dafür sei folgende Begründung gegeben. Wir haben bei der Erstellung dieser 311 Millionen eine Post von 36 Millionen, die nur einmal wirksam ist, weil dieser Betrag rückwirkend zur Zahlung kommt, wir haben den Be-

triebsabgang für 1918/19 mit 18 Millionen Kronen in Rechnung gestellt so daß für das kommende Geschäftsjahr einigermaßen eine Entlastung vorhanden ist. Allerdings kommt dazu noch eine Belastung, die wir heute ziffermäßig noch nicht erfassen können, das ist jene, die uns erwächst durch die Zahlung jener Kupons, die ins Ausland gewandert sind, und die wir in Mark- und Frankwährung einlösen müssen und für die in früheren Jahren eine Reserve nur in Kronenwährung vorhanden ist. Die Reserve war aufgebaut auf dem Max Normalkurs, der 95,100 stand, während wir jetzt einen Kurs haben, der ganz ruinös ist.

Redner bespricht nun die einzelnen Kartengattungen und hebt hervor, daß die Tagesfahrtscheine, zu K 2.60 im Vorverkauf von jedermann gelöst werden können, da man sie schon in Heften zu 5 Stück und an sehr vielen Abgabestellen kaufen kann. Ueberdies haben diese Karten 3 Monate Geltung. Es ist also kein Grund vorhanden, von einer Dreikronenkarte zu sprechen. Er betont weiter, daß im Tarifgebiet II in der ersten und zweiten Teilstrecke keine Erhöhung vorgenommen wurde. Ebenso auch nicht für die Fahrtscheine zum Bahnhof an Nichtrententagen und nach Rotensiedl. Weiters hebt der Referent hervor, daß die ursprünglichen Ansätze verschiedener Karten eine Ermäßigung gegenüber der ersten Vorlage erfahren haben. So wurde der Preis für die Halbjahresnetzkarten mit 2.300 K, für die Monatsnetzkarten mit 420 K und für die Streckenkarten mit 150 K, 190 K und 230 K in der ersten, zweiten bzw. dritten Teilstrecke festgesetzt. Wenn man annimmt, daß die Strecken im Tage viermal befahren wird, so hat man unter Zugrundelegung von 25 Fahrtage im Monat 100 Fahrten. Es kostet daher eine Fahrt mit der Streckenkarte K 1.50 in der ersten Teilstrecke, K 1.90 in der zweiten und K 2.30 in der dritten Teilstrecke. Es sind dies ganz bedeutende Begünstigungen, die die Streckenkarten bieten und die Gemeinde hat dabei im Auge, daß eine wesentliche Vermehrung der Streckenkarten eintreten wird. Schließlich weist Redner darauf hin, daß ein Fahrgast, der ohne Karte auf dem Wagen angetroffen wird, statt 4 K nunmehr 6 K zu zahlen haben wird; diese Maßnahme wurde als erzieherisches Moment getroffen.

Die Berechnungen ergaben einen Betrag von 346 Millionen Kronen, 126 Millionen Kronen beträgt der errechnete Abfall und zum Teil auch der Übergang von einer Kartengattung auf die andere, so dass noch 91 Millionen Kronen unbedeckt bleiben.

Es ist schwer zu ermitteln, welche Wirkung eine solche Tarifierhöhung hat. Wir haben uns aber gesagt, je weniger fühlbar sie ist, und je mehr Erleichterungen sie schafft, desto geringer wird der Abfall sein. Es ist zu hoffen, dass der Abfall nicht so gross sein wird, als man ihn in Anrechnung bringen mußte, umso mehr als ausreichende Möglichkeiten zur Beschaffung von Vorverkaufskarten geschaffen wurden.

Mit den Tarifen auf der Strassenbahn mussten auch die Tarife der Kraftstellwagen und der Kraftstellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf erhöht werden. Die gewaltigen Kosten, die bei der Kraftstellwagenunternehmung ~~mit~~ durch die Personalforderung und die hohen Sachkosten, erwachsen, haben dazu geführt, dass das Unternehmen unrentabel geworden ist. Auch hier wird mit einem Abfall zu rechnen sein, besonders wenn die Fahrzeit bei der Strassenbahn von 9 Uhr 30 Min. auf 11 Uhr verlegt werden wird. Bei diesem Unternehmen ist mit einer Mehrausgabe von 22 Millionen Kronen zu rechnen. Ebenso ist eine Erhöhung der Fahrpreise der Kraftstellwagenlinie Pötzleinsdorf-Salmansdorf notwendig geworden.

Wir waren nach der einen Seite gezwungen, den Forderungen der Bediensteten nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und auf der anderen Seite dafür zu sorgen, dass eine entsprechende Bedeckung gefunden wird. Wir glauben aber auch den Nachweis erbracht zu haben, dass die Erhöhung der Tarife, so sehr sie auch die einzelnen Haushalte belastet, eine solche ist, dass sie im Rahmen eines Budgets noch untergebracht werden kann und dass sie keine katastrophalen Wirkungen auslösen wird, weil darauf Bedacht genommen wurde, dass die Erhöhungen für die Bevölkerung noch erträglich sind, und dass insbesondere jene Schichten der Bevölkerung, die früh, mittags und abends berufsmässig die Strassenbahn benutzen müssen, nicht allzu stark betreffen werden.

Bgm. Reumann teilt mit, dass GR. Anton Draxler mit 118 Stimmen von abgegebenen 121 Stimmen als Mitglied des technischen Ausschusses gewählt wurde.

Vorsitzender Stellvertreter GR. Skaret übernimmt den Vorsitz.

GR. Vaugoin (christlich-sozial) sagt, er halte einen Kollektivvertrag für städtische Angestellte überhaupt nicht für geeignet. Die Gemeindeunternehmungen könnten sich eben nicht mit der Privatindustrie vergleichen. Es ist, setzt Redner fort, in Ihrem Parteikreisen eine zweifache Absicht bei diesen Kollektivverträgen vorherrschend. Die eine ist fein zu organisieren, die eigene Gewerkschaft zu stärken und andererseits zahlt die Kosten natürlich nicht die Gewerkschaft, sondern die Gemeinde Wien. Wenn ich den Vertrag selbst zur Hand nehme muss ich erklären, dass ich nicht damit einverstanden bin, dass der dritte Teil des Vertrages, welcher mit den 4 Funktionen ausgestaltet wurde. Abgeschlossen wurde der Vertrag zwischen der Gemeinde Wien und dem Handels- und Transportarbeiterverbände. Ich konstatiere, dass bei den ganzen Monate langen Verhandlungen kein einziger Gemeinderat der Minderheit aber auch kein einziger Vertreter der christlichen Gewerkschaft

der Eisenbahner, welcher ziemlich viele Mitglieder aus den Kreisen der Strassenbahner zählt beigezogen wurde. Das kann doch unmöglich ein Vertrag genannt werden, der zwischen der Gemeinde Wien und den Strassenbahnbediensteten abgeschlossen worden ist, wenn auf der einen Seite nur die Mehrheit und auf der anderen die Mehrheit angehörige Gewerkschaft sich befindet. Ich protestiere bei dieser Gelegenheit dagegen, dass sowohl die christliche Gewerkschaft als auch die Minderheit des Gemeinderates von den Verhandlungen ausgeschlossen war. In dem Punkte Arbeitsverpflichtung haben Sie den Achtstundentag, wenn auch nicht mit Worten, so doch in der Tat abgeschafft. Sie, die ihn durch 20 Jahre verlangt haben. Es werden zwei Stunden als obligate Ueberstunden eingeführt. Das ist allerdings kein Fortschritt gegen die von Ihnen als rückschrittlich bezeichneten Christlichsozialen Angestelltenvorsorge. Wir haben die 9 Stunden-Dienstzeit gehabt, während jetzt 10^{Stunden}/eingeführt wurden. Der Achtstundentag hat nicht den Zweck Ueberstunden zu machen, sondern die Arbeitskraft der Arbeiter zu erhalten. Zu dem Punkte Entlohnung habe ich keinen Änderungsantrag, möchte ich aber unter die Lupe nehmen. Sie beginnen mit 780 Kronen und die höchste Entlohnung ist 1050 K. Das ist eine Steigerung von 270 K für eine 28 jährige Dienstzeit. Das soll ein anspruchsvoller, ein braver, tüchtiger und fleißiger Arbeiter zu sein. Das ist ein verfehltes System der Besoldung. Auch beim Quartiergeld ist ein merkwürdiges System der Ermessung zu sehen und ich beantrage, dass allen jenen Bediensteten, die mehr als 20 Dienstjahre haben, das Quartiergeld auf 90 K erhöht wird. Die Teuerungszulage wurde mit 575 K festgesetzt, Weichenwärter und Frauen sollen 300 K bekommen. Das macht eine Partei, die sagt, daß jeder Mensch den gleichen Magen und den gleichen Hunger hat. Ich beantrage, daß den Weichenwärttern und den Frauen die gleiche Teuerungszulage, wie den anderen Bediensteten gegeben wird. Eine Ueberstunde wurde mit 1/208 des Monatsbezuges festgesetzt. Das wird eine schwere Berechnung geben und man wird mehr Personal hierfür brauchen. Es wäre auch zu wünschen, daß bei der Festlegung der Nachdienstzeit eine Änderung eintritt, und ich beantrage, daß der Nachdienst von der gesetzlichen Haustorsperre bis um 6 Uhr Früh zu rechnen ist. Bei der gleichzeitigen Zulage wurde eine Kombination zwischen dem Alimentsprinzip und dem Leistungsprinzip angewendet, die sonst in keinem Kollektivvertrag zu finden ist und mit der die Bediensteten wahrscheinlich auch nicht zufrieden sein werden, denn mit Einbeziehung der Kinderzulage wird ein verheirateter Bediensteter, der eine 10köpfige Familie zu erhalten hat, um 900 K mehr bekommen, als ein lediger Bediensteter.

Was das Gehalt anbelangt, verlangte die Organisation 30 Kronen ein Betrag, der als durchaus angemessen bezeichnet werden kann. In den Verhandlungen ist es auf 17 Kronen herabgesetzt worden, ich glaube aber, dass dieser Betrag finanziell nicht ins Gewicht fällt. Ich werde für den Kollektivvertrag stimmen, möchte aber bemerken, dass das System, dass Sie bei den städtischen Angestellten eingeführt haben, dazu führen könnte, dass Sie eines Tages vor einer Katastrophe stehen, wie sie die Geschichte dieser Stadt nicht erlebt hat. Wir sind am Ende unserer Mittel und es wäre höchste Zeit zur Umkehr, sonst ist der Tag nicht mehr ferne, wo an einem schönen Ersten die städtischen Angestellten bei der Hauptkasse umsonst um ihren Gehalt anklopfen werden.

GR. Gabfale Walter (christl.-soz.) verweist darauf, dass die Frauen bei den städtischen Strassenbahnen die aller geringsten Entlohnungen beziehen und beantragt weiters in den Kollektivvertrag für die Angestellten Frauen besondere Bestimmungen über den Mutterschutz festzusetzen.

GR. Grünwald (Soz.-Dem.) In den Ausführungen Vaugoin's über die Lohnsysteme zieht sich gleich ein roter Faden die Anschauung als hätten lediglich wir darüber zu bestimmen, in welcher Art wir unsere Bediensteten entlohnen sollen. Es wird zweckmässig sein, sich einmal auch auf der Gegenseite darüber klar zu werden, dass die alten guten schönen Zeiten vorbei sind, in welcher lediglich die Gemeindeverwaltung zu diktieren und die Angestellten alles dankbar hinzunehmen hatten. Man muss sich mit der Tatsache abfinden, dass die Arbeiterschaft heute mündig geworden ist, und ebenso viel Recht für sich in Anspruch nimmt und auch die Möglichkeit hat, ihr Recht durchzusetzen, über die Lohnbestimmungen als gleichberechtigter Faktor mitzureden und mit darüber zu beschliessen. Wenn die Arbeiterschaft auf dem Standpunkte steht, dass das Lohntarifsystem das beste ist, dann haben wir uns mit dieser Tatsache abzufinden, und uns nur zu bemühen, daraus das einfachste und zweckmässigste für die Bediensteten und die Gemeinde zu holen.

Es ist auch Beschwerde darüber erhoben worden, dass die Gemeinde den Vertrag mit dem Handels- und Transportarbeiterverband abgeschlossen hat und zu den Verhandlungen andere Verbände nicht herangezogen wurden. Wer berufen sein soll, die Interessen der Arbeiter zu wahren, hat einzig und allein der Arbeiter zu bestimmen. Ich will zugeben, dass der christlichsoziale Eisenbahnverein auch einige Mitglieder hat; aber mit derselben Berechtigung, ihm zu den Verhandlungen beizuziehen, könnte dies auch der Kollege Klimes verlangen, indem er sagt, dass es einen tschechisch-nationalen Strassenbahnerbedienstetenverein gibt und das gleiche könnte auch GR. Dr. Plaschkes verlangen, indem er sagt, dass es einen jüdischnationalen Strassenbahnerverein gibt. Solche Verhandlungen, wie sie dem Vertrage zugrunde liegen, können aber nur in einer autoritativen Körperschaft geführt werden und nicht in einer Volksversammlung. Ein Vertrag wie der vorliegende ist ein Kompromiss ausgestellt mit allen Vorteilen und Nachteilen eines Kompromisses. Es könnte vielleicht manches in dem Vertrage anders aussehen. Aber es wird doch zugegeben werden, dass Dinge, die bemängelt wurden, durch andere aufgewogen werden. Das Kompromiss hat zum Inhalt, dass sich verschiedene Dinge kompensieren und was Vaugoin als besserungsbedürftig bezeichnet hat, wird eben an anderer Stelle kompensiert. Es ist ein müssiges Beginnen, bezüglich des Inhaltes des Vertrages Abänderungen zu beantragen. Die Vereinbarungen wurden von den Vertretern der Arbeiterschaft von der Gemeindeverwaltung getroffen. Es wurden Abänderungsanträge gestellt und diese müssten bei ihrer Annahme wieder dem Verhandlungskomitee unterbreitet werden, dann müsste die ganze Sache wieder vor den Gemeinderat kommen und das könnte dann immer so fort gehen. Der Vertrag liegt als ein geschlossenes Ganzes zur Annahme oder Ablehnung vor.

GR. Rummelhardt (christlichsozial): Dann ist die ganze Beratung eine Komödie.

GR. Grünwald: Wir haben die Komödie durch Herausreissung einzelner Bestimmungen aus dem Vertrage nicht gemacht. Es führt zu keinem Resultat, an einzelnen Punkten des Vertrages zu deuteln und zu sagen, es mögen Aenderungen gemacht werden.

Auf einen Zwischenruf wegen des Achtstundentages hat GR. Vaugoin mit dem Wort „Umlernen“ geantwortet. Ich muss sagen, dass noch niemand so gründlich umgelernt hat, in diesem Saale wie Kollege Vaugoin. Sie haben uns den Achtstundentag bei allen möglichen Verhandlungsstücken wie z.B. Gebarungüberschreitungen beim Versorgungshaus, bei den Friedhofgebühren u.s.w. als Schuld vorgehalten.

GR. Rummelhardt (christl.-soz.): Was hat Kollege Siegel gesagt bei den Friedhöfen?

GR. Grünwald: Es handelt sich nicht um den Unfall des GR. Siegel, sondern um den Unfall des GR. Vaugoin. Heute tritt Vaugoin als Ankläger auf, weil in dem Vertrag auch das Recht enthalten ist, dass 2 Ueberstunden gemacht werden und sagt, dass das Prinzip des Achtstundentages preisgegeben wurde. Es ist im Vertrage nichts von einem 10-Stundentag zu sehen, sondern es ist darin nur ausgesprochen, was das Gesetz über den Achtstundentag sagt. Und wenn bei der Beschlussfassung des Gesetzes in der Nationalversammlung von keiner Seite ein prinzipielles Verlassen des Achtstundentages erkannt wurde, dann dürfen Sie auch nicht behaupten, dass wir den Achtstundentag preisgegeben haben.

Was die Wahl in das paritätische Komitee nach dem Proporz anbelangt, so ist es wohl ganz selbstverständlich, dass über die Einhaltung des Vertrages und seine Durchführung nur jene mitberaten und beschliessen können, die eben diesen Vertrag abgeschlossen haben und das ist der Handels- und Transportarbeiterverband. Sie müssen sich eben bemühen, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen, gegenwärtig haben Sie es allerdings nicht. Meines Erachtens ist der Vertrag entweder in seiner Gänze anzunehmen oder abzulehnen. Ich bitte ihn zur Gänze anzunehmen, damit die Arbeiterschaft zu ihren berechtigten Ansprüchen kommt.

GR. Waldsam (christl.-sozial): Ich bestreite gar nicht, dass die Organisation der Arbeiter allein über ihre Verträge zu entscheiden wünsche, nehme aber dieses Recht auch für die christlichen Arbeiter in Anspruch. Es gibt einige Tausend solcher und wenn die Gefahr nicht bestünde, dass Ihre Zahl von Tag zu Tag wachse, wäre die Aufregung unter den Sozialdemokraten nicht so gross. Auch Sie haben schon Verträge abgeschlossen, bei denen mehrere Verbände mitgewirkt haben.

GR. Grünwald (Soz.-Dem.): Das ist geschehen mit Zustimmung der Gesamtheit der Arbeiter.

GR. Rummelhardt (christl.-soz.): Wo ist bei den Strassenbahnern die Gesamtheit?

GR. Waldsam (christl.-soz.): ~~XXXXXXXXXXXX~~ Sehr sonderbar ist auch die Aeusserung, dass Abänderungsanträge dieses Vertrages zu erbitterten Kämpfen führen würden. Ich kann nicht glauben, dass wegen der beantragten Erhöhungen es zu Kämpfen der Arbeiter kommen wird. Kann nur nochmals bedauern, dass wir bei diesen Verhandlungen nicht vertreten waren.

GR. Angeli (chr. soz.) weist darauf hin, dass gerade Bürgermeister Lueger es war, der die Strassenbahner aus den Händen der Kapitalisten gerettet habe und für sie erträgliche Verhältnisse geschaffen habe.

Die Dienstzeit sei von 35 auf 30 Jahre verabgesetzt worden, die Pension sei eingeführt worden und es muß festgestellt werden, daß auch die christlichsoziale Partei um die Strassenbahner angenommen hat.

Zu den Tarifierhöhungen müsse gesagt werden, daß sie schon zu dem städtigen Programm im Gemeinderat gehören. Wie soll bei diesen Erhöhungen eine Kontantin, ein Angestellter u.s.w. die Strassenbahn benutzen können?

GR. Ferstner (Soz. Dem.): Zeigen Sie uns einen andern Weg!

GR. Angeli (chr. soz.): Der erste Weg wäre der, daß Sie uns nicht den Boykott gegen Ungarn gebracht hätten. Das ist ein Verbrechen an der Bevölkerung.

An die Worte knüpfen sich lebhafte Zwischenrufe zwischen den Christlichsozialen und Sozialdemokraten, die immer heftigeren Charakter annehmen. Man hört die Rufe: Volkerverführer, Bela Kun-Verteidiger, Bluthunde, wahre Christen, Hochverdauliche. Die Lärmszenen dauern geraume Zeit an und es hat den Anschein als ob es zu Tötlichkeiten kommen würde.

Vorsitzender Stellvertreter GR. Skaret (Soz. Dem.) unterbricht die Sitzung. Der Lärm dauert noch an, legt sich aber allmählich durch das Eingreifen besonderer Gemeinderäte.

Vorsitzender Stellvertreter GR. Skaret nimmt die Sitzung wieder auf und ersucht die Gemeinderäte, sich bei den Verhandlungen so heftiger Gegenrufe zu enthalten.

GR. Angeli (chr. soz.): GR. Kurz hat gegen mich das Wort Bluthund gebraucht und ich ersuche den Herrn Vorsitzenden um den Ordnungsruf.

Vorsitzender GR. Skaret: Ich kann nicht konstatieren, wer Bluthund geiffen hat und bitte in der weiteren Verhandlung Ruhe zu bewahren.

Rufe bei den Christlichsozialen! GR. Kurz hat gerufen Bluthund.

Vorsitzender GR. Skaret: Herr GR. Kurz haben Sie den Ausdruck Bluthund gebraucht?

GR. Kurz (Soz. Dem.): Wenn sie das Hochverdauliche verteidigen, dann sind Sie Bluthunde.

Beifall bei den Sozialdemokraten.

GR. Beber (chr. soz.): Das ist eine schöne Gesellschaft!

GR. Boabeck (Soz. Dem.): Eine solche Gesellschaft wie Sie, wird auf!

Vorsitzender GR. Skaret: Ich weise den Ausdruck des Herrn GR. Kurz auf das entschiedenste zurück und rufe ihm zur Ordnung. (Beifall bei den Christlichsozialen.)

GR. Angeli (chr.-soz.): Ich erkläre, daß wir das System Horthy nicht verteidigen, daß wir den weißen Terror ebenso verdammen, wie die Hinmordung von Christen unter Bela Kun und Szamuely.

Wenn Herr GR. Forstner gestattet, werde ich wieder zur Fahrpreiserhöhung sprechen. GR. Angeli stellt schließlich den Antrag, allen jenen Personen, welche in einem Lohn- oder Gehaltsverhältnis stehen, deren Wohnort vom Dienort zwei km entfernt ist, und die nicht über ein Einkommen von mehr als 18.000 K verfügen, gegen Nachweis ermäßigte Streckenkarten auszufolgen.

GR. Weigl (Soz.-Dem.): Kollege Vaugoin hat wieder das alte Lied gesungen, daß es für die Gemeindebeschäftigten das glücklichste wäre, in eine allgemeine Dienstordnung eingeschachtelt zu sein. Von dieser Dienstordnung ist aber heute kaum mehr ein Faden vorhanden und was für die Arbeiterschaft besser ist, darauf hat sie schon die Antwort gegeben. Ich will ohne weiteres zugeben, daß es für die Gemeindeverwaltung bequemer wäre, ein allgemeines Schema zu haben, aber die Mitglieder unserer Partei sind nicht darauf erpicht unter allen Umständen bequem zu arbeiten. Die Arbeiter sind schon s einerzeit und nur deshalb den freien Gewerkschaften zugeströmt, weil sie wissen, daß ihre Lohninteressen dort so geführt werden, wie es ihren Bedürfnissen entspricht. Wenn Vaugoin es beklagt, daß Mitglieder seiner Partei bei den Verhandlungen nicht dabei waren, kann ich nur sagen, so lange wir die Möglichkeit haben, die Mehrheit einer Berufsgruppe in einer Organisation zu vereinigen, werden wir immer den demokratischen Prinzipien und damit den Beschlüssen der Mehrheit Rechnung tragen. Speziell bei den Straßenbahnen ist seine Organisation schon lange zum Schein geworden.

GR. Vaugoin (chr.-soz.): Aber bei Ihnen zahlen sie monatelang nichts ein!

GR. Weigl (Soz.-Dem.): Beruhigen Sie sich, bei uns bestehen sehr strenge Bestimmungen darüber, welches dies unmöglich macht. Was den Vertrag angeht so nimmt er auf alles Bezug, was die Arbeiter zu ihren Bedürfnissen brauchen. Die zwei Ueberstunden waren auch im alten Vertrag schon enthalten. Es ist aber nirgends darüber ein Wort gesagt, daß sie obligatorisch, sondern nur, daß sie zulässig sind. Das Uebersinkommen enthält natürlich nicht alles, was die Bediensteten heute wünschen müßten. Aber größere Zugeständnisse sind durch die derzeitigen Verhältnisse unmöglich. Das haben bisher auch die Veräuernsmänner des Bediensteten eingesehen und heute noch wird die große Massenversammlung, an der auch die Parteigenossen Vaugoins teilnehmen, das endgültige Wort darüber sprechen.

Was die Anträge der Frau GR. Walter wegen des Mutterschutzes anbelangt, verweise ich darauf, daß dies nicht Sache des Arbeitsvertrages, sondern der Krankenkassa und im übrigen des gesetzlichen Schutzes ist. Die Frage der Ueberstunden ist auch in anderen Betrieben so geregelt und was von der Kombination des Leistungsprinzipes und des Alimentationsprinzipes gesagt wurde, trifft auch in anderen Betrieben zu. Zur Frage des Zehrgeldes muß gesagt werden, daß in der Vorlage der Grundlohn ungekürzt aufgenommen wurde, daß dafür bei anderen Posten Streichungen gemacht wurden. Hier spielt leider auch die Wohnungsmiet- und eine ~~Transfer~~ Transferierung von Bediensteten ist nicht möglich ohne ihnen nicht zu schaden. GR. Vaugoin hat Abänderungsanträge gestellt und gesagt, daß das System des Weg zur Katastrophe gehe. Es geht aber nicht an auf der einen Seite zu sagen, es geschieht zu wenig und auf der anderen Seite zu sagen, es geschieht zu viel und man treibt der Katastrophe zu. Wir hoffen aber, daß die Bediensteten den Vertrag, deren schwierigen und langen Verhandlungen zustande kam und einen Ausgleich zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer darstellt, zustimmen. Der Gemeinderat muß seine Unterhändler bei den Verhandlungen durch seine Zustimmung zum Abschluß des Vertrages unterstützen. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

VB. Emmerling sagt in seinem Schlußwort, daß es nicht richtig ist, daß der Achtstundentag abgeschafft werde durch die Annahme des Kollektivvertrages, sondern daß in dem Vertrage nur eine Möglichkeit gegeben sei, den Achtstundentag auswirken zu lassen. Beim Quartiergeld ist eine Erhöhung beantragt worden. Unden ist hier nicht, wie GR. Rummelhardt sagte eine Komödie sondern eine Beratung des Gemeinderates für ~~die~~ Verhandlungen mit dem Handels- und Transportarbeiterverband. Die Teuerungszulage wurde als ungerrecht bezeichnet und auch die Kinderzulage wurde bemängelt. Da muß gesagt werden, daß die Kinderzulage an die Teuerungszulage nicht mit einbezogen wird. Es wurde ein paritätisches Lohnkomitee nach dem Proporz verlangt, ein solches würde aber keine Parität darstellen. Was das Zehrgeld anlangt, so könnte diesen Uebelständen auf einzelnen Bahnhöfen nur dadurch abgeholfen werden, daß Wohnhäuser für die Bediensteten gebaut werden, was aber leider nicht möglich ist. Bei der gleitenden Zulage war das Leistungsprinzip maßgebend, wovon in diesen Verträge nicht abgegangen werden könnte, wenn auch gesagt werden muß, daß man bemüht ist einen Abbau des Alimentations- und Leistungsprinzipes vorzunehmen. Dem Antrage der GRin Walter stimme Referent bei und zu dem Zwischenfall, der sich wegen des Boykottes gegen Ungarn abgespielt habe, möchte Re-

ferent bemerken, daß dort die Straßenbahn nach 8 Uhr abends viel mehr kostet als bei uns. Wenn GR. Angeli die Abstufung des Tarifes beantragt hat, so liege die Möglichkeit eines solchen Antrages in einer Zeit, in der wir in der Lage sein werden, uns mit dem Abbau der Preise zu beschäftigen. Dann wird es möglich sein, Abstufungen nach dem Vermögensverhältnissen zu treffen und jene Bevölkerungsschichten eines Vorteiles teilhaftig werden zu lassen, die wegen ihrer Vermögensverhältnisse dazu ausersehen sein müssen.

Bei der Abstimmung werden die Abänderungsanträge Vaugoin, Angeli abgelehnt, der Antrag der GRin. Walter an den Ausschuß für Sozialpolitik gewiesen, der Vertrag unverändert angenommen.

+ + +
Die für Freitag um 4 Uhr nachmittags angesetzte Gemeinderatssitzung beginnt bereits um 3 Uhr.

+ + +
GR. Breuer (chr.-soz.) übernimmt den Vorsitz.

GR. Dr. Kienböck (chr.-soz.) bemerkt ebenfalls einleitend, daß man über den Vertrag nicht mit der Gesamtheit der Bediensteten verhandelt habe. Daß die Majorität kein Verständnis für die Bedürfnisse seiner Minderheit aufbringe, mach ihr keine Ehre und er gebe nur der Hoffnung Ausdruck, daß die in Zukunft im guten oder schlimmen dazu komme, auch die Rechte der Minderheit zu achten. Was das Verhältnis zu Ungarn anbelange, so wisse die Majorität ganz genau, daß alle in diesem ^{Salle} ~~Salle~~ darüber einig sind Gewalttaten ^{mit} aller Schäfte zurückzuweisen und sie das tiefste zu beklagen. Eine andere Frage ist es, was dagegen zu tun sei, und ob wir als Ausländer und ein so schwacher Staat uns dahinein mischen dürfen. Es sei die Besorgnis darüber nicht von der Hand zu weisen, daß gerade das magyarische Element auf das allerstärkste erzürnt werden könne und man nicht wisse, was für ein Unglück daraus entstehen könnte.

Zu der Tarifvorlage übergehend bemängelt der Redner die Art und Weise wie diese Vorlage vorbereitet wurde. Es liege noch immer kein Bericht über die Wirkungen der verschiedenen Tarifierhöhungen vor und die Ziffernansätze der jetzigen Vorlagen seien sehr pagatellmäßig ausgefallen. Wir sind in einer Zeit, wo nach der Ansicht der verschiedensten Kreise eine gewisse Hoffnung auf Stabilisierung der Preise besteht, man könne es schwer verantworten, jetzt noch die Steigerung der Tarife eine neue Teuerungswelle heraufzubeschwören, da diese Erhöhung mehr als irgend eine andere auf das Budget der gesamten Bevölkerung zurückwirft.

Der Tarif wird in der Hauptkarte auch nicht auf K 2.60 sondern in Wirklichkeit um 50 % auf K 3.- erhöht. Von den 450 Millionen errechneter Fahrgästen entfallen 33 Millionen auf die im Vorverkauf gelösten Karten. Von diesen entfällt ein großer Teil auf Streckenkarten und Netzkarten. Die sind also nicht einmal ein Zehntel im Vorverkauf gekauften Karten. Es ist also der größte Teil der Fahrgäste, der 3 K zahlen müssen. Man aber diese Tarifpolitik auch nicht vom Standpunkte ihrer Leistung und der Oekonomie des Unternehmens rechtfertigen. Denn jene Leute, die täglich auf der Straßenbahn fahren, sind die tragreicheren und nicht die, die gelegentlich fahren. Durch die 40 Heller Preisdifferenz, die Sie einführen, wird eine Bevölkerungsschicht belastet, die nicht die tragfähiger ist. Sie rechnen eben nur mit Fabrikarbeitern, aber es gibt in Wien auch noch andere Leute und die werden von der Tarifierhöhung äußerst schwer getroffen. Über diese Leute gehen Sie hinweg und betrachten sie als der Gemeinde schuldig und sie müssen Strafe zahlen. Meine Partei kann für die Vorlage nicht stimmen, die Berechnungen des Kostenaufwandes sind lückenhaft und nicht genügend ausgearbeitet. Es fehlt jede Statistik und es sind Ziffern vorgelegt worden, bei denen man nicht die Beruhigung haben kann, daß sie ausreichend erwogen sind. Sie werden bei Annahme der Vorlage einen Beschluß fassen, der sich bei der weiteren Entwicklung der Dinge schwer rächen wird.

GR. Rotter (chr. soz.) wies den Sozialdemokraten vor, daß sie heute als Verwalter von Wien durch ihre ehemalige Schlagwortpolitik täglich mit ihren Prinzipien in Konflikt geraten. Die früher hochaktiven städtischen Unternehmungen sind heute gänzlich ruiniert und stehen trotz der enormen Tarifierhöhungen vor dem Bankerott. Bei der Straßenbahn allein habe die jetzige Mehrheit über 800 Millionen aus der Tasche gezogen. Während aber früher bei geringfügiger Erhöhung von 2 Heller der ganze Wiener liberale und sozialdemokratische Blätterwald ein furchtbares Geschrei erhoben habe, herrsche heute über allen Gipfel Ruh.

VB. Hoss übernimmt den Vorsitz.
Frau GR. Marie Vielsch (chr. soz.) stellt eine Reihe von Abänderungsentwürfen zu der Tarifvorlage.

GR. Forstner (Soz. Dem.) erwidert auf die Angriffe des GR. Angeli wegen des Boykotts gegen Ungarn und sagt, daß in Ungarn die Revolution und Gegenrevolution schon ein Jahr vorbei sind und die Greuelthaten kein Ende nehmen. Die Greuelthaten in Ungarn sei nicht mehr auf das Konto der Revolution oder

Gegenrevolution zu buchen, die sind schon eine Kulturschande. Wenn der Boykott als die Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates bezeichnet wird, dann wäre die lebende Generation vor der Geschichte gebrandmarkt, wenn sie sich gegen solche Dinge nicht erheben würde. Die Bestialität in Ungarn werden unter der christlich-nationalen Flagge begangen. Es wäre kein Wunder, wenn auf der ganzen Welt eine Austrittsbewegung einsetzen würde, wenn man sieht, wie das Christentum in Ungarn haust und diese Scheußlichkeiten hier verteidigt. Es ist zu verstehen, wenn Scheußlichkeiten und selbst Morde im Affekt begangen werden. Aber was in Ungarn geschieht wird mit kaltem Blute und kühler Ueberlegung getan. (Zwischenrufe: Wie es Bela Kun getan hat!) - StR. Winter: Da ist jedes Wort der Verteidigung eine Schandtat. GR. Forstner: Unter den Hingerichteten und Hingemordeten sind höchstens 10 % Juden, 90 % aber Christen und diese Morde verteidigen Sie. Diese Feststellungen sind nicht von uns sondern von Engländern konstatiert worden. - GR. Schmitz: Die englische Regierung hat ausdrücklich festgestellt, daß es einen weißen Terror nicht gibt. - GR. Forstner: Ihnen ist nur darum zu tun, die Position der Herthyhüter zu stärken. Auf die Lebensmittel, die wir angeblich derzeit aus Ungarn beziehen, können wir ruhig verzichten, weil sie glück Null sind. Erst nach der Ernte können wir vielleicht auf solche rechnen. Die Bestrebungen der Deutschnationalen und Christlichsozialen haben es gemacht, daß die Arbeiter jetzt durch härteren Mitteln gegriffen haben, und die Schädiger Wiens und Oesterreichs sind die Christlichsozialen und Deutschnationalen. Wir führen den Boykott weiter, auch wenn sie die Bewegung nicht unterstützen, zu der sie ferner vom moralischen und christlichen Standpunkte verpflichtet wären. Was Sie meinen ist Schandung des Christentums. Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat) verweist gegenüber dem Gemeinderat Dr. Kienböck, welcher davon gesprochen habe, daß man sich nicht im Verhältnisse des Auslandes (Ungarn) einmischen solle, darauf, daß wir uns im Jahre 1914 in die Verhältnisse des ausländischen Serbien gemischt haben, woraus so großes Unglück entstanden sei. Er sei selbstverständlich kein Freund eines Klassenmäßig eingeleiteten Boykotts und hätte es lieber gesehen, wenn in Zeiten des Völkerbundes auch das Bürgertum sich gegen derartige Ausschreitungen gewendet haben würde.

Er bespricht sodann die Frage der Verpachtung der städtischen Unternehmungen und stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat beschließt die Wahl eines dreigliedrigen Komitees, welches den Auf-

trag erhält, wegen Verpachtung der Straßenbahn, der Elektrizität und der Gaswerke Erhebungen und Verhandlungen zu führen und dem Gemeinderat binnen 3 Monaten Bericht zu erstatten habe.
Weiter stellt Redner den Antrag den praktischen Aerzten Monatsnetzkarten mit einer 50%igen Ermäßigung zu überlassen.
Was die Tarifierhöhungen als solche anlasse, erklärt er dagegen stimmen zu müssen.

GR. Klimesch (Tscheche) gibt seiner Sympathie für den Boykott der Proletarier gegen Ungarn Ausdruck und spricht sich gegen die Fahrpreiserhöhung auf der Strassenbahn aus.

GR. Erntner (Deutschnational) weist darauf hin, dass die neuerlichen Tarifierhöhungen eine neue Teuerungswelle zur Folge haben werden und nennt sie eine schwere Schädigung der Bevölkerung, weshalb er gegen sie stimmen werde.

GR. Dr. Fellek (Jüdischnational) erklärt für die Verlage zu stimmen.

GR. Dr. Glassner (Christlichsoziale) beantragt die Aufhebung der Zone 5.

GR. Rummelhardt (Christlichsez.) bezeichnet es als eine Verleumdung, wenn behauptet wird, dass seine Partei die ungarischen Greuel verteidige.

Nach einem Schlusswort des Referenten 3. Emmerling wird die Verlage betreffend die Tarifierhöhungen um $\frac{1}{2}$ 2 Uhr nachts mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Jüdischnationalen angenommen. Die gestellten Zusatzanträge wurden dem Gemeinderatsausschuss für die Unternehmungen zur geschäftserordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Mischeu.
Wien, 1., Neues Rathaus.

26. Jahrgang, Wien, Donnerstag, den 24. Juni 1920, Nr. 209.

Die Bodenwertabgabe. Der Magistrat macht aufmerksam, daß der erste volle Jahresbetrag der Bodenwertabgabe bis längstens 30. Juni 1920 bei der städtischen Steueramtsabteilung eingezahlt sein muß, widrigenfalls die zwangsweise Einhebung der nicht rechtzeitig eingezahlten Beträge eingeleitet wird. Die erste Vierteljahresrate des neuen Abgabjahres (1920/21) wird am 1. August 1920 fällig.

.....

Der Dank Amerikas an das Wiener Frauenarbeitskomitee. Die Wiener Frauenarbeitskomitees haben kürzlich ein Schreiben der Friends Relief Mission erhalten in dem ein neuer Arbeitsplan mitgeteilt wurde. Bemerkenswert ist der Schluß dieses Schreibens, der die in breiten Kreisen noch herrschende Unkenntnis über die Wichtigkeit und die umfangreiche Arbeitsleistung der Frauenarbeitskomitees aufzuhellen wohl geeignet ist. Die Friends Relief Mission schrieb folgendes: Wir benützen gerne die Gelegenheit, unsere größte Bewunderung über die Art, wie das Frauenarbeitskomitee die schwere Aufgabe der Verteilung erfüllt hat, unsere aufrichtige Dankbarkeit auszudrücken. In England und in Amerika hat es einen tiefen Eindruck gemacht, daß in Wien so viele Damen bereit sind, ihre Zeit für eine so schwierige Arbeit freiwillig zu opfern. Es beweist ihnen, daß Wien bemüht ist, sich selbst zu helfen und ist die größte mögliche Hilfe für Propaganda und Erlangung weiterer Mittel. Die Damen des Frauenarbeitskomitees helfen Wien mehr, als sie sich dessen bewußt sind.

.....

Liebesgaben im zweiten Bezirk. In diesem Bezirk wohnhafte Fürsorgeblattbesitzer erhalten morgen (Freitag) beim Frauenarbeitskomitee Karmelitergasse 9 kleine ungesalzene Häringe nach Vorrat. Fürsorgeblatt und Gefäße mitbringen. Spendenbeitrag 1 K.

.....

Aus dem Rathaus. Die für morgen Freitag um 4 Uhr nachmittag anberaumt gewesene Gemeinderatssitzung beginnt schon um 3 Uhr nachmittags.

.....

Absperrung der Kaiser Franz Josefbrücke. Wegen Vornahme der Belastungsprobe an dieser Brücke ist der Verkehr für Fuhrwerke am 2. Juli von 1/2 6 Uhr früh bis 2 Uhr mittags nur in der Richtung Wien Floridsdorf gestattet. Für Fuhrwerke von Floridsdorf nach Wien ist die Brücke in der genannten Zeit gesperrt.

.....

WIENER RATHAUSKORRESPONDENZ.

Donnerstag den 24. Juni 1920. Abendausgabe.

Die neuen Abgabegesetze der Gemeinde Wien. Vom Wiener Magistrat wird bekanntgegeben, dass die neuen Abgabegesetze der Gemeinde Wien, die bereits am 14. d. in nied.öst. Landesgesetzblatt publiziert wurden, mit dem Tage der Kundmachung in Kraft getreten sind.

Die Fremdenzimmerabgabe ist von jenen zu entrichten, die gewerbmässig Wohnräume vermieten und kann dem Mietpreis zugeschlagen werden. Zum Mietpreis wird auch das Entgelt für Nebenleistungen wie Licht, Beheizung u.dgl., gerechnet. Von der Bemessungsgrundlage können 5 % abgerechnet werden. Die Abgabe beträgt 20 % des sich ergebenden Restes. Bei wiederholter Vermietung eines Wohnraumes innerhalb 24 Stunden ist die Abgabe für jede einzelne Vermietung voll zu entrichten. In Pensionen beträgt die Bemessungsgrundlage 1/3 des Pensionspreises abzüglich 5 %. Enthält der Pensionspreis nicht die volle Verpflegung (z.B. Zimmer mit Frühstück), so ist vom Pensionspreis ein angemessener Betrag für die teilweise Verpflegung abzurechnen und beträgt die Abgabe 20 % des sich ergebenden Preises für den Wohnraum. Die Entrichtung der Abgabe geschieht in der Weise, dass jeder Vermieter von Wohnräumen nach je 4 Wochen eine Abrechnung über die während dieser Zeit vorgekommenen Vermietungen und eingenommenen Mietpreise dem Magistrat zu liefern und den sich aus dieser Abrechnung ergebenden Abgabebetrag gleichzeitig bei der städtischen Hauptkasse einzuzahlen hat. Die Abrechnung unterliegt der Ueberprüfung und kann binnen 8 Wochen beanstandet werden.

Die Abgabe von öffentlichen Ankündigungen beträgt in jenen Fällen, wo sie durch Plakatierungsinstitute oder sonstige Unternehmer gegen Entgelt vorgenommen wird, 20 % des Entgeltes, in anderen Fällen 1.50 K pro Monat und Quadratmeter der von den Plakaten eingenommenen Fläche. Wer eine Plakatierung vornimmt, hat jede einzelne dem Magistrat ^{vorher} anzuzeigen und hierbei die zur Bemessung erforderliche Grundlage zu liefern. Die Abgabe hat im ersten Falle das Plakatierungsinstitut, im letzteren Falle der Ankündigende zu entrichten. Bei einer Mehrzahl gleichzeitiger Ankündigungen wird das gesamte Flächenausmass sämtlicher Plakate als Bemessungsgrundlage genommen. Der Abgabe unterliegen auch Ankündigungen durch Lichtwirkungen. Die Abgabe kann auch pauschaliert werden.

Die Abgabe von öffentlichen Fuhrwerksstandplätzen betrifft alle jene Fuhrwerker, welche öffentliche Standplätze befahren. Sie beträgt 500 K für ein Automobil, 400 K für einen Fiaker, 150 K für einen Einspänner, 30 K für ein Lastenfuhrwerk auf einem Standplatz. Die Abgabe wird mit Zahlungsauftrag bemessen.

Hinsichtlich der Lustbarkeitsabgabe wird aufmerksam gemacht, dass bei Vorführungen in Rauchtheatern (Variete) sowie bei Kinovorführungen und Tanzunterhaltungen die Abgabe ab 14. Juni 15 % des Eintrittspreises beträgt. Die Sätze für die Pauschalabgabe erhöhen sich bis zu 10.000 K für eine Veranstaltung

A u s g a b e

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 25. Juni 1920, Nr. 210.

Provisorische Gemüsegroßmärkte. Um die durch die Auflassung der Gemüse-sammelplätze eingetretenen Schwierigkeiten in der Versorgung Wiens mit Gemüse und Grünwaren (nachts) zu mildern, wurde angeordnet, daß auf den früheren Gemüsesammelplätzen im 11. Bezirke, Münichplatz und Deppelgasse, 12., Hetzendorferstraße, 19., Liechtenwerdplatz und 20., Seiwelinfeldplatz provisorisch bis zur Regelung der Frage der Errichtung von Gemüsegroßmärkten freie Gemüse- und Grünwarenmärkte nach den Bestimmungen der allgemeinen Marktordnung vom Freitag, den 25. Juni l. J. angeordnet abgehalten werden. Auf diesen, den Bestimmungen der Marktordnung unterliegenden provisorischen Märkten, die nur am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche (mit Ausnahme von Feiertagen) in der Zeit von 6 - 8 Uhr abends stattfinden, ist es den Verkäufern nur gestattet, größere Mengen von Gemüse und Grünwaren aller Art in den ursprünglichen, marktgängigen Behältnissen oder in Gewichtsmengen von mindestens 3 kg oder bei solchen Waren, die nach Stück verkauft werden, in Mengen von mindestens 30 Stück abzugeben.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Montag werden im 1. und 2. Bezirke (allgemein) Frühkartoffel zum Preise von K 10.- per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „N“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. A u s g a b e.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 25. Juni 1920, Nr. 211.

Neue Schulklassen für schwachbefähigte Kinder. Der Gemeinderatsausschuß für allgemeine Verwaltung hat die Errichtung einer vierklassigen Schule für schwachbefähigte Kinder im 11. Bezirk beschlossen. Die Kinder von Simmering mußten bis jetzt entweder in den 3. Bezirk oder in den 10. Bezirk gehen und wird durch die Errichtung dieser Schule diesem Uebelstande abgeholfen. Weiter hat der Ausschuss den Beschluß gefaßt, im 10., 13., 16. und 18. Bezirk Parallelklassen an den Schulen für schwachbefähigte Kinder zu errichten; weil die Schülerzahl in den einzelnen Klassen bereits eine zu große ist.

Die neuen Heimatsrechtstaxen. Auf Grund des im Landtage beschlossenen Gesetzes über die Heimatsrechtstaxen der Stadt Wien hat der Gemeinderatsausschuß für allgemeine Verwaltung einen Beschluß gefaßt, nach dem die Taxen für die freiwillige Aufnahme in den Heimatsverband der Gemeinde Wien oder für die Zusicherung der Aufnahme für Ausländer nach der Dauer des

Aufenthaltes und nach den sozialen Verhältnissen des Aufnahmswerbers abgestuft werden. Die Taxen sollen in Zukunft 20 K bis 10.000 K betragen.

Der Verkauf des Gebäudes des ehemaligen Ministeriums des Innern. Der Stadtsenat hat gegen den beabsichtigten Verkauf des Gebäudes des ehemaligen Ministeriums des Innern an die tschechoslovakische Republik um den Betrag von 30 Millionen österreichische Kronen Protest eingelegt. Das Gebäude wurde von Fischer von Erlach erbaut und besitzt hohen Wert. Der Beschluß des Stadtsenates ist der Erwägung entsprungen, daß das Gebäude durch den Verkauf exterritoriales Gebiet würde und so der Einflußnahme auf die Instandhaltung seines hohen künstlerischen Wertes und der in ihm enthaltenen wertvollen kunsthistorischen Objekte entzogen würde sowie daß der Verkauf um den genannten Betrag einem Geschenk gleichkomme.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung, vom 25. Juni 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung, und teilt mit, daß folgende Anträge eingelaufen sind: Von GR. Zimmerl (chr. soz.) wegen Verleihung einer kommunalen Auszeichnung anlässlich der 50 jährigen Bestandfeier des Neubauer Männer-Gesangvereines.

Weiters ein Antrag des GR. Vaugoin (chr. soz.) in Angelegenheit der Erhöhung der Entlohnung der zur Dienstleistungen verwendeten Pflöglinge. Der Bürgermeister bemerkt hierzu, daß der Antrag an den Magistrat geht, woselbst die Verhandlung in dieser Sache bereits vor dem Abschlusse stehe. Es sei nämlich von längerer Zeit eine Abordnung der Pflöglinge bei ihm erschienen und auf Grund der vorgebrachten Wünsche sei eben die Verhandlung beim Magistrat eingeleitet und seither auch behandelt worden.

Endlich ein Antrag der GR. Schleifer und Jenschick (Soz. Dem.) die Konzessionen für Wohnungsvermittlungsbüros einzuziehen. Der Bürgermeister bemerkt hierzu, daß der Gemeinderat nicht berechtigt ist in dieser Frage einen Beschluß zu veranlassen, nachdem diese Konzessionen auf gewerbegesetzlichen Bestimmungen ruhen. Er werde aber Veranlassung treffen, daß von Seite der Landesregierung das Nötige in dieser Frage veranlaßt werde. Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Dr. Danneberg (Soz. Dem.) berichtet über die bereits bekanntgemachte Regelung der Gebühren gewählter Gemeindefunktionsäre. Er führt aus, daß die neue Verfassung der Stadt Wien auch eine Aenderung in der Verwaltung der Stadt und damit auch in den Funktionen der gewählten Vertreter notwendig mache. Die Frage der Gebühren gewählter Gemeindefunktionsäre müsse daher einer Regelung unterzogen werden, wobei es sich auch darum gehandelt hat, die früheren Gebührensätze einer Revision zu unterziehen und einen einheitlichen Beschluß des Gemeinderates zu fassen. Was die Gebühren des Bürgermeisters und der amts-

führenden Stadträte anlangt, so muss betont werden, dass es sich hier nicht um die Bemessung einer Funktionsgebühr für einen Mandatar handelt, sondern um ein Amt, für welches eine Besoldung zu geben ist. Wenn die Friedensbezüge des Bürgermeisters von 40.000 Kronen nach dem heutigen Geldeverte geändert werden sollten, so müssten sie ganz respektabel erhöht werden. Wenn sie in dem Umfange der Gehälter der städt. Angestellten gegenüber dem Jahre 1913 geregelt werden sollten, so müsste eine ausserordentliche Erhöhung eintreten. Die Vorlage bringt aber eine Erhöhung, die nicht einmal das Vierfache der Bezüge im Frieden ausmacht. Ueber diese Regelung hat in einem Grossteil der Presse eine Aufregung geherrscht, obwohl die Bezüge als recht ^{bezeichnet} bescheiden werden müssen. Dass die Repräsentationspflichten grosse Summen erfordern können, ist selbstverständlich und dafür musste auch Versorge getroffen werden. In der Presse ist hierbei die Meinung laut geworden, als ob es sich hier um Gelder handle, die der Bürgermeister teils für seine Person verwenden könne. Dem ist nicht so. Die Gelder dienen zu Repräsentationszwecken für die Gemeinde und haben mit der Person des Bürgermeisters nichts zu tun. Was die Bezüge der amtsführenden Stadträte anlangt, so gehören diese Stadträte als Leiter der magistratischen Gruppen zu den höchsten Funktionären. Sie sind gewählte Beamte, die den Beruf haben, Wahlbeamte der Stadt Wien zu sein. Sie müssen daher eine Besoldung bekommen. Die Vorlage stellt die amtsführenden Stadträte den Unterstaatssekretären gleich. Die Gesamtbezüge eines Unterstaatssekretärs betragen jährlich 89600 K, wozu noch die gleitende Zulage von jährlich 2580 K und ausserdem im Falle der Verheiratung die Frauen- und Kinderzulage kommen. Diese Gleichstellung erscheint als angemessen, weil man nicht behaupten kann, dass ein amtsführender Stadtrat weniger zu tun hat, als ein Unterstaatssekretär, dass im Gegenteil seine Aufgabe eine grössere und schwierigere ist. Die Gebühren der Bezirksvorsteher ist von 750 K auf 2500 Kronen erhöht worden, wobei entscheidend war, dass es sich bei den Bezirksvorstehern vielfach um Herren handelt, die ihren Beruf aufgeben mussten, und die, wenn es sich um Lehnarbeiter handelt, schon solche ~~Kürzungen~~ Verluste an ihrem Einkommen haben, dass sie völlig von den Bezügen des Bezirksvorstehers leben ~~müssen~~ müssen. Die Bezüge sind so bemessen, als wenn die Agenden der Bezirksvorsteher ein Amt wären und es wurde daher nur eine Funktionsgebühr festgesetzt, für die, welche ein Lehnverlust oder einen glaubhaft gemachten Verdienstentgang haben, soll eine besondere

Entschädigung treten für alle jene Fälle, wo es sich um Einbussen von mehr als 500 K handelt. Die Entschädigung soll aber nicht höher sein, als 500 K pro Monat. Dass die Steuern von der Gemeinde Wien getragen werden, diese Bestimmung ist analog den Bestimmungen für die Beamtenschaft der Gemeinde getroffen. Die Gemeinde hat weitere namentlich während der Kriegszeit eine Reihe von Delegierungen in verschiedene Körperschaften vorgenommen. Die Bezüge dieser Herren blieben ihnen bisher. Es erscheint aber nicht gerechtfertigt, dass ein Funktionär, der in eine Körperschaft entsendet wird, Bezüge und Tantiemen/erhält, es sind daher diese Bezüge an die Gemeindekasse abzuliefern. Die Delegierten erhalten aber für die Sitzungen die Gebühren, wie für Sitzungen im Innern des Hauses. Die Bestimmungen bezüglich Regelung der Gebühren treten am 1. Juni 1920 in Kraft und die Bestimmungen, dass die Bezüge von in Körperschaften, Gesellschaften, etc. entsendeten Delegierten Gemeindefunktionäre an die Gemeindekasse abzuführen sind, treten am 1. Juli in Kraft.

GR. Dr. Kienböck (chr. soz.): Ich will vorausschicken, daß obwohl in einigen Punkten Verbesserungsvorschläge in technischer Richtung welche wir gestellt haben, berücksichtigt worden sind, immer noch einige in der Vorlage enthalten sind, welche nicht so klar sind wie sie sein sollten. Ich halte es z. B. für Juristen ganz sicher, daß erworbene Rechte, welche auf Grund früherer Beschlüsse des Gemeinderates existieren bestehen, heute nicht tangiert werden können. Ebenso ist es klar, daß der Punkt 14 eine rechtliche Bindung derjenigen Personen, nicht aussprechen kann, welche vor der Geltung dieses Beschlusses bereits in verschiedenen Körperschaften entsendet worden sind. Mehr möchte ich nur auf den Punkt 9 der Bezüge der amtsführenden Stadträte eingehen, welcher mir von politischer Bedeutung scheint. Sie wissen, dass wir überhaupt gegen diese Institution waren und noch heute sind, weil die Einführung solcher Wahlbeamte keinem Bedürfnisse entspricht und auch keine Verbesserung der Verwaltung bedeutet. Wenn man die wenigen Wochen des neuen Statuts näher betrachtet, kann man konstatieren, dass die angebliche intensive Mitarbeit in den Ausschüssen Mumpitz ist, denn es wird auch in den Ausschüssen genau so referiert, wie im seinerzeitigen Stadtrat. Ich glaube, dass die Bevölkerung mit diesen Gebühren nicht einverstanden sein wird, denn schliesslich bedeuten sie eine massenhafte Verteuerung der Verwaltung. Ich will nicht persönlich misgünstig sein, aber man wird sich immerhin sagen müssen, dass in Zeiten wie die heutigen jeder Kreuzer und jede schmutzige Krone zweimal umgedreht werden muss, ehe man die ausgibt. Die Regelung der Bezüge der amtsführenden Stadträte ist

auch sonst eine sehr unglückliche, wenn man sie mit den Bezügen der Unterstaatssekretäre gleichsetzt. Gerade die Unterstaatssekretäre sind von dem schönsten hierarchischen Aufbau der Jetztzeit eine der laiblichsten Einrichtungen und es kann sehr gut sein, dass es einen schönen Tages überhaupt keine Unterstaatssekretäre gibt. Weil wir uns mit der Einrichtung der amtsführenden Stadträte überhaupt nicht einverstanden erklären, werden wir also auch gegen diesen Punkt als eine politische Post stimmen.

GR. Dr. Schwarz-Miller (Demokrat): Was die Bestimmung der Bezüge und des Repräsentationsgeldes für den Bürgermeister betrifft habe ich keine Einwände und anerkenne ich die Erhöhung als den jetzigen Zeitverhältnissen gewissermaßen entsprechend. Was aber die schon erörterte Post 9 anbelangt, habe ich mich schon seinerzeit gegen diese Neueinrichtung ausgesprochen. Dass ich nicht so ganz unrecht hatte, zeigt die heutige Sitzung, bei welcher wir im allerletzten Augenblick eine Tagesordnung erhalten, welche auf wichtige Beilagen Bezug nimmt, von denen aber erst eine zur Verteilung gelangt ist. Die neue Verwaltung führt sich damit recht schlecht ein und rechnet offenbar darauf, dass wir nichts anderes sind, als Statisten. Ich erinnere die jetzige Majorität an die Zeit, wo der Bürgermeister und ich gemeinsam in der Opposition gegen die christlichsozialen als solchen Anlässe Vorwürfe erhoben haben. Es ist selbstverständlich Sache der Opposition gegen Dinge, die sie nicht richtig findet, anzukämpfen, es wird aber jetzt wie früher der Opposition systematisch die Darlegung ihrer Gegengründe unmöglich gemacht, denn es kann niemand, der es ernst nehmen will, im letzten Moment ein schwieriges Geschäftstück so beurteilen, dass er hierzu mit Recht Stellung nehmen kann.

Der Redner beanstandet ebenfalls, dass die Gebühren der amtsführenden Stadträte nicht vom Gemeinderate selbst ziffernmässig bestimmt werden, sondern der Nationalversammlung überlassen bleiben. Das ist schon deswegen unbegreiflich, weil ja die Einrichtung der Unterstaatssekretäre morgen nicht mehr bestehen kann. Es ist etwas ganz ausserordentliches, wenn eine Körperschaft sich des Rechtes die Gebühren selbst zu bestimmen, begibt.

Redner wendet sich dagegen, dass die Steuern der amtsführenden Stadträte von der Gemeinde bezahlt werden und stellt den Antrag deren Gebühren entsprechend zu regulieren, ihre wirkliche Höhe wahrheitsgemäss festzustellen und sie zu verpflichten ihre Steuern wie alle andern Staatsbürger selbst zu bezahlen. Auch die Unterscheidung zwischen Funktionären und Beamten findet Redner bürokratisch und undemokratisch. Schliesslich spricht er den Wunsch aus, daß eine Resolution gefasst werde, daß alle Delegierungen von Gemeinderäten in wirtschaftliche oder andere

Körperschaften nur mit der Beschränkung ausgesprochen werden, daß das Vollmachtsverhältnis nur so lange gilt, als der Vertreter Mitglied des Gemeinderates ist und, daß durch seinen Austritt automatisch erlischt.

GR. Erntner (deutschnational) sagt, dass die Stellen der amtsführenden Stadträte so wie die Stellen der Unterstaatssekretäre geschaffen worden sind, um viele in diese Posten zu bringen. Das seien gutbezahlte Posten ohne Tätigkeit. Die Bezüge der amtsführenden Stadträte müssen genannt werden, damit die Bevölkerung sieht, wie die herrschende Partei für ihre Führer sorgt. In der Bevölkerung dringe schon lange der Gedanke durch, dass die ganze Verwaltungsreform deswegen gemacht wurde, um den Führern gute Posten zu verschaffen. Der Gemeinderat hat schon gehört, von den Defiziten, die die Gemeinde aufzuweisen hat, aber ein paar Millionen mehr oder weniger scheinen keine Rolle zu spielen. Es müsse auch dagegen gesprochen werden, dass die Bezüge der amtsführenden Stadträte auf die Dauer festgelegt werden und er beantrage, dass die Gebühren dieser jährlich festgesetzt werden. Bei den Gemeinderäten bleiben die Gebühren ohne Erhöhung, woraus man den Schluss ziehen kann, dass die sozialdemokratische Partei die geistige Arbeit ihrer Mitglieder im Gemeinderate sehr gering einschätze. Die Gebühren der Gemeinderäte können nur als Trinkgelder bezeichnet werden und Redner spricht sich dafür aus, diese überhaupt aufzuheben. Gegen die Gebühren müsse er stimmen.

Referent Dr. Danneberg erwidert in seinem Schlusswort, dass auf die Ausführungen des GR. Dr. Kienböck bezüglich der Analogie der Bezüge der Unterstaatssekretäre und amtsführenden Stadträte und sagt, dass es eine Sache für sich ist, ob man die amtsführenden Stadträte für überflüssig halte oder nicht. Wenn GR. Erntner verlangt hat, dass jeder Arbeiter den vollen Ertrag seiner Arbeit erhalten soll und dass dies auch für die amtsführenden Stadträte gelten müsse, wodurch diese zur Deckung des Defizites der Gemeinde aus ihren Taschen daraufzahlen müssen, so verwechsle er zwei Dinge. Die amtsführenden Stadträte unterscheiden sich von den in der Produktion tätigen Menschen und stehen im Dienste der öffentlichen Verwaltung. Sie erzeugen keinen Mehrwert, sondern haben die Interessen der Gesamtheit zu besorgen und müssen von dem Leben, was die gesamte Volkswirtschaft als Ertrag abliefern. Es kann also hier der Begriff des Arbeitsertrages nicht in Anwendung gebracht werden, sondern der amtsführende Stadtrat bezieht eine Besoldung.

Wenn Herr GR. Erntner die Bezüge der amtsführenden Stadträte Pfründen genannt hat, muß man sagen, daß diese Bezüge einen Betrag ausmachen, der gewiß höher ist, als die Bezüge mancher Einwohner dieser Stadt, die aber im Verhältnis zu dem Amte voll Sorgen, daß er auf sich nehmen muß, keineswegs so ungeheuerlich erscheinen. Wenn man umgekehrt die Friedensbezüge hernimmt, so sind dieselben relativ weit aus höher gewesen für den damaligen Geldwert und ^{es} ist ~~es~~ ein Unterschied ob jemand an die Spitze eines umfangreichen Amtes gestellt wird oder ob er nur 3mal wöchentlich einer Sitzung beiwohnt. Wenn Sie schon von Pfründen reden, muß man doch auch von den Pensionen sprechen, die Sie für ihre Mandatare festgesetzt haben, die kann man viel eher als Pfründen bezeichnen. Wenn Sie sparen wollen bei den Bezügen der Gemeinde Wiens, dann veranlassen sie doch die Angehörigen ihrer Partei sie sollen auf die Pensionen verzichten, das macht nämlich, eine Viertel Million Kronen im Jahre aus. Der Herr GR. Erntner möge sich an seine Parteigenossen, die Landeshauptmannstellvertreter sind, und auch öffentliche Bezüge haben, wenden. Seit die öffentliche Verwaltung keine Frage der Hausbarrn und Reichen ist, seit die ganze Bevölkerung das Recht hat mitzuwirken, auch der Arbeiter in der Fabrik und der kleine Beamte, seit dem ist es selbstverständlich, daß jeder, der eine solche öffentliche Verwaltung übernimmt, dafür auch eine Besoldung haben muß. Und wenn früher solche Besoldungen in relativ weit höherem Maße gegeben wurden, so muß man schon sagen, daß hier Vorwürfe ungerechtfertigt sind. Gegen den Antrag des GR. Schwarz-Hiller auf Rückverweisung ~~wegen~~ spreche ich mich aus, schließe mich aber seiner Resolution an, daß eine Delegation eines Gemeinderates mit seinem Mandate erlöschen solle. Daß ist glaube ich ganz selbstverständlich und wenn der Gemeinderat heute einen solchen Beschluß fassen soll, bitte ich diese Resolution anzunehmen. Es soll eben bei künftigen Delegationen gesagt werden, daß sie nur auf die Dauer des Gemeinderatsmandates Gültigkeit habe. Interessant wird sein, ob sich jemand moralisch berechtigt fühlen wird, diesen Beschlüsse des Gemeinderates zuwiderzuhandeln. Wenn einer den Mut aufbringt, dann werden wir uns mit der juristischen Seite dieser Frage beschäftigen oder andere Wege suchen, auf denen diese Frage gelöst werden muß. Eines ist gewiß, daß sich auf diesem Gebiete Verhältnisse herausgebildet haben, die beseitigt werden müssen. Daß jemand, der im Interesse der Gemeinde delegiert wurde, tausende an Tantiemen nimmt, ist unerhört. Was den Antrag des GR. Erntner wegen Abbau der Bezüge betrifft, so liegt ja in der Gleichstellung mit den Unterstaatssekretären, die auch wandelbare Bezüge haben, das was der Herr GR. Erntner will, nämlich, daß die

Besoldung automatisch abgebaut wird. Aber auch bei den Beamten erfolgt sie nicht jedes Jahr, sondern entsprechend den Festimmungen der bestehenden Besoldungsgesetze. Diese finden auch hier ihre Anwendung. Ich bitte die Vorlage unverändert anzunehmen, es wird damit keineswegs eine ungehörige Belastung der Gemeinde herbeigeführt, denn die Erhöhung ist relativ geringer als irgend eine andere Erhöhung, welche die Gemeinde Wien zu tragen hat.

GR. Erntner (deutschnational) berichtet tatsächlich, dass er den Ausdruck „Pfründe“ oder „unerhörte Pfründe“ nicht gebraucht, sondern nur davon gesprochen hat, dass sich in der Bevölkerung der Gedanke durchzieht, dass sich die sozialdemokratischen Führer zu gut bezahlten Posten durchbringen. Weiter stelle ich fest, dass in allen Körperschaften, ^{wenn} über die Bezüge gesprochen wird, nicht die beteiligte Person selbst das Referat erstattet. ~~xxx~~

Bgm. Reumann: Ich bitte den Herrn Gemeinderat zur Kenntnis zu nehmen, dass nur ein Gemeinderat darüber ~~referieren~~ referieren konnte.

GR. Dr. Danneberg (Soz.-Dem.): Ich berichte tatsächlich dass ich in gar keiner Weise an dieser Vorlage persönlich interessiert bin. Dass ein Gemeinderat referieren muss, ist nach dem Statut notwendig, denn wir können uns nicht aus Linz oder Stik-Neusiedl jemand herholen, der referiert.

GR. Klimes (Tscheche): Der Herr Gemeinderat Erntner versteht ja nicht deutsch! (Lebhafte Heiterkeit).

GR. Dr. Danneberg (Soz.-Dem.): Ich bin kein Vize-Bürgermeister und kein amtsführender Stadtrat oder sonst jemand, der durch irgend eine Gebühr anders betroffen ist, als jeder Gemeinderat. Ich kann nicht begreifen, welchen Sinn diese Berichtigung haben soll.

GR. Kunschak (östl.-soz.) Es hat der Herr Referent im Verlaufe seiner Ausführungen darauf verwiesen, dass eine Reihe ehemaliger christlichsozialer Gemeindefunktionäre ~~starb~~ noch immer Posten bekleiden, die ihnen seinerzeit in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Gemeinderates übertragen worden sind. Im Zusammenhange damit hat einer der Herren Gemeinderäte den Zwischenruf gemacht: Dr. Weiskirchner. Ich berichte tatsächlich dass nach Vollzug des Amtswechsels im Präsidium des Gemeinderates Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Herrn Bürgermeister Reumann die Frage unterbreitet hat, was mit den Funktionen geschehen soll, die sich noch in christlichsozialen Händen befinden, und der Herr Bürgermeister darauf die Antwort gegeben hat: Ich bitte die Herren das bis auf weiteres zu behalten. Es ist daher das nicht ein Grund zur Verdächtigung dieser Funktionäre, sondern es liegt lediglich an dem Herrn Bürgermeister, dem betreffenden

Herrn d. Mitteilung zukommen zu lassen, dass er als Bürgermeister auf ihre Dienste nunmehr Verzicht leistet.
Bgm. Reumann: Ich bestätige, dass damals in der Tat von mir gesagt worden ist, es sollen die Herren die Mandate vorläufig beibehalten.

Bei der Abstimmung wurde hierauf die Vorlage unverändert angenommen.
Bgm. Reumann erklärt, die übrigen Geschäftsstücke von der Tagesordnung abzusetzen.
Die Sitzung wird sodann geschlossen.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 26. Juni 1920, Nr. 211.

Fettabgabe. Vom 27. Juni bis 3. Juli werden bei den staatlichen Schweinefettabgabestellen pro Person 12 dkg Schweinefett zum Preise von K 13.20 gegen Abtrennung des „R“ Abschnittes Nr. 198 und der beiden Abschnitte Nr. 198 für nichttrayoniertes Fett der Fettkarte ausgegeben. Organisierte Verbraucher erhalten 12 dkg Margarine zum Preise von K 11.40

Kartoffelabgabe. Sonntag bis Dienstag werden in den Bezirken 3 bis 8 italienische Frühkartoffeln zum Preise von K 10.- per kg und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „N“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Samstag, den 26. Juni 1920, Nr. 212.

Sitzungen im Rathaus. Der Stadtsenat hält Mittwoch und Freitag um 10 Uhr vormittags Sitzungen ab. Der Gemeinderat tritt am Mittwoch, um 4 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen.

Die Einhebung der Spielabgabe. Ab 1. Juli gelangen bei den städtischen Hauptkassenabteilungen der magistratischen Bezirksämter die Spielblocks zur Ausgabe. Alle Inhaber von Gast- und Schanklokalitäten, sowie von entgeltlich für Spielzwecke überlassenen anderen Lokalitäten, ferner auch Klubs und Vereine, die dem Spielabgabengesetz vom 14. Mai 1920 unterliegen, haben sich in der Zeit vom 1. bis längstens 3. Juli mit den erforderlichen Spielblocks zu versehen, da spätestens mit Sonntag, den 4. Juli mit der Einhebung der Abgabe mittels der Spielkuponen begonnen werden muß. Bei Lösung der Blocks ist im Sinne des § 3 der Spielabgabeordnung^{von den} nach dem Spielabgabengesetze verantwortlichen Personen die Einreichungsstufe anzugeben, in welcher die Abgabe in den betreffenden Lokalen entrichtet werden soll. (Selbsteinschätzung). Bei Entgegennahme des Kontrollblocks ist, da jeder Block auf 200 Spielkuponen besteht, der 200 fache Abgabewert des einzelnen Spielkuponen nach der in Betracht kommenden Stufe im vorhinein zu entrichten.

Kirchtagmarkt in Petersberg. Die Genossenschaft der Marktfahrer teilt mit, daß der Kirchtagmarkt in Petersberg bei Dunkelstein am Dienstag, den 29. Juni abgehalten wird.

Der Preis der Stadt Wien. Im Gemeinderatsausschuß für allgemeine Verwaltung teilte amtsführender Stadtrat Richter mit, daß die Jury der Wiener Künstlergenossenschaft beschlossen hat, den Preis der Stadt Wien dem Maler K.F. Gsur für das Damenportrait Nr. 264 in der Ausstellung des Künstlerhauses zu verleihen. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Preis der Stadt Wien von 1000 auf 5000 K zu erhöhen.

Von der Straßenbahn. Bekanntlich treten am 3. Juli die neuen Fahrpreise für Einzelanarten und am 2. Juli die erhöhten Preise für die Zeitkarten auf der Straßenbahn in Kraft. Wichtig sind noch folgende Bestimmungen: 1.) Die im Vorverkauf abgegebenen Einzelfahrscheine der geänderten Fahrpreisstufen des alten Tarifes sind vom 3. Juli an nicht mehr verwendbar. Sie werden bis zum Ablauf des darauf mittels Lochung bezeichneten Monats bei den Kartenvorverkaufsstellen um den dafür gezahlten Betrag zurückgenommen oder gegen Ausgleich des Geldunterschiedes gegen neue Fahrscheine umgetauscht. 2.) Die für das Halbjahr vom 2. April bis 1. Oktober ausgestellten Netzkarten werden mit Wirksamkeit vom 2. Juli einmonatig bis zum 2. August gekündigt. Sie verlieren nach dem 1. August ihre Gültigkeit. Den Inhabern der Karten, die sie bis zum 16. August bei der Kartenausgabekasse VI., Rahlgasse 3, abliefern, wird ein Drittel des Kaufpreises im Betrag von 566 K 66h zurückerstattet. Bei späterer Ablieferung behält sich die Direktion vor, einen etwaigen Teilbetrag entsprechend dem restlichen Teil der sonstigen Geltungsdauer zu vergüten. Für Karten, die nach Ablauf der darauf bezeichneten Geltungsdauer einlangen, wird grundsätzlich keine Vergütung geleistet. Den Inhabern der gekündigten Karten wird die Möglichkeit geboten werden durch den Bezug einer Zusatzwertmarke für 2 Monate ihre Karten für die sonstige Geltungsdauer gültig zu machen. Der Verschleiß der Zusatzwertmarken und die Behandlung der Netzkarten bei den Ausgabestellen findet vom 26. Juli an statt. - Ab 1. Juli sind bereits die neuen Vorverkaufsfahrscheine zu

5 und 10 Stück in den Vorverkaufsstellen erhältlich. Ebenso werden Schaffner am Donnerstag und Freitag an mehreren Stellen die ermäßigten Vorverkaufsfahrscheine verkaufen, damit den Fahrgästen Gelegenheit geboten ist, sich rechtzeitig mit solchen Fahrscheinen vorzusorgen.

Liebesgaben für Wiener Volks- und Bürgerschullehrer und Pensionisten. Jeder Lehrkörper wird ersucht, der Zentralstelle „Auslandshilfe für Lehrer“, VIII., Josefgasse 12 (Lehrerhauskanzlei) im Höchstfalle 9 Personen aus seinem Mitgliederstande und den angeschlossenen Pensionisten zum Zwecke der Beteiligung mit Berner Kleider-, bzw. Lebensmittelgaben, schwedischen Liebes- und Dollarpaketgaben namhaft zu machen. Die Liste ist bis spätestens 2. Juli in der Lehrerhauskanzlei persönlich abzugeben und es sind für je eine Gabe K 6.- zur Spesendeckung zu erlegen. Die Ausfolgung der Gaben wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Wiedererlangung der Kartoffelkarten. Jene Haushalte, welche wegen Bevorratung mit Kartoffel seinerzeit die Kartoffelkarten abgeben mußten und aus diesem Grunde bei der Kartenausgabe im April Kartoffelkarten nicht erhielten, haben vom 1. Juli an wieder Anspruch auf solche Karten und können diese bei der zuständigen Brotkommission, welche den Kartoffelverzicht in Vormerkung hat, während der gewöhnlichen Dienststunden beheben.

Todesfälle. Am 26. Juni ist Mag. Sekr. Karl Görtz verschieden. Er war langjähriger Referent der Mag. Abt. für Genossenschaftsangelegenheiten und Obmann des Klubs der rechtskundigen Beamten der Stadt Wien sowie deren Hauptvertrauensmann. Das Leichenbegängnis findet am 28. ds. um 3 Uhr nachmittags am Ottakringer-Friedhof statt. - Gestern starb nach kurzem Leiden der langjährige Vorsteher der Genossenschaft der Kostgeber August Grimm. Grimm hat namentlich während des Krieges für die Genossenschaft ersprießliches geleistet. Das Leichenbegängnis findet am 29. ds. um 1/4 3 Uhr von der Aufbahnhalle des Zentralfriedhofes aus statt.

Schule und Arbeit. In der Werkstätte der Tagesheimstätte XVI., Wiesberggasse 7 (Schule) findet eine Ausstellung von Handfertigungsarbeiten in Holz statt. Geöffnet vom 27. Juni bis 10. Juli an Wochentagen von 2 - 6 Uhr, an Sonn- und Feiertagen von 9 - 12 Uhr. Eintritt K 1.-, Kinder 50 Heller.

Kinder aus Stuttgart. Am 1. Juli treffen um 6 Uhr 40 Min. ^{früh} am Westbahnhof die am 10. und 20. Februar nach Stuttgart abgegangenen Kinder in Wien ein. Die Eltern werden ersucht die Kinder abzuholen, Caritasverband, IX., Währingergürtel Nr. 104.

Speckbohnen für Mindestbemittelte. In der 143. Aktionswoche erhalten die Besitzer der neuen rosa-farbenen Einkaufsscheine für Wohlfahrtsfleisch pro Person eine Dose amerikanische Speckbohnen zum Preise von K 9.- gegen Abtrennung des „B“ Abschnittes in den Geschäften der Großschlächtereien an folgenden Tagen: Montag, den 5. Juli für A - F, Mittwoch, den 7. für G - K, Freitag, den 9. für L - R und Montag, den 12. für S - Z. An die Wohlfahrtsinstitute und öffentlichen Speisestellen wird für jede Person 1 Dose amerikanische Speckbohnen und zwar an die ersteren zum Preise von K 9.- pro Dose, an die letzteren unentgeltlich abgegeben werden.

Abschluß eines Kollektivvertrages in Wiener Baugewerbe.

Vier Millionen Kronen für die Urlaube an Bauarbeiter. Nach mehrmonatlichen, langen und schwierigen Verhandlungen ist endlich der Kollektivvertrag zwischen den Bauarbeitgebern und Bauarbeitern zustande gekommen. Es handelt sich um mehr 12.000 Personen im Jahresdurchschnitte. Eine der wichtigsten Bestimmungen im neuen Kollektivvertrage, die vom sozialpolitischen Standpunkte nicht genug betont werden kann, ist die zum ersten Male erfolgte Erteilung von bezahlten Urlauben an Bauarbeiter. Während von Bauarbeitern nach dem Gesetze bloß 20 % Anspruch auf den Urlaub hätten, haben die Arbeitgeber, (Bauindustrielle, Baumeister, Maurermeister und verschiedene Spezialgruppen dieser Branche), im Interesse einer Gesundung der durch den Krieg und die Unterernährung entkräfteten Bauarbeiter es für ersprießlich erachtet, von ihren Arbeitern 80 % in den Besitz eines gesicherten und bezahlten Urlaubes zu setzen. Es ist zu diesem Zwecke jährlich die Aufbringung eines Fonds von ca. 4 Millionen Kronen notwendig, dessen Verwaltung dem d.ö. Wirtschaftsverbande des Baugewerbes übertragen wird. An der Spitze des Fonds steht Direktor Dr. Josef Späth.

Zewiverba. Vom 27. Juni bis 3. Juli Westminsterkeke, Enrilokaffee, Guggenbergs Gesundheitskaffe, Franck Kaffeezusatz, Reibsand, Schmierseife, Feinaeda, Olso- Kochkisten. Textilwaren: Ab Mittwoch Anzüge aus Zeug und Wachsstoff für Knaben von 2 bis 10 Jahren, Restbestände der Vorwoche. Brennstoffe: Neue Kohlenkarte Burggasse 16 abgeben, Neustrayonierung zur Brennstoffabteilung möglich, nur neue Kohlenkarte abgeben.

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 26. Juni 1920, Nr. 213.

Morgen Wertagstarif auf der Straßenbahn. Morgen Dienstag (Peter und Paul) gilt nach den Fahrpreisbestimmungen der Wertagstarif. Es sind daher die Früh- sowie die Hin- und Rückfahrtscheine und die Streckenkarten gültig. Betriebsschluss wie an Sonntagen um 11 Uhr nachts.

Kartoffelabgabe. Dienstag bis Donnerstag werden im 9. und 10. Bezirke ausländische Frühkartoffel zum Preise von K 10.- per kg und zwar 1/8 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstabens „H“ der Kartoffelkarte abgegeben.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Montag, den 28. Juni 1920, Nr. 214.

Die Einbringung von Stiftungsgesuchen. Die bisher bei der Magistratsabteilung 10 (früher XIII) einzubringenden Bewerbungsgesuche um vom Magistrat ausgeschriebene Stiftungen, werden vom 1. Juli angefangen auch von der Konskriptionsabteilung des magistratischen Bezirksamtes des Wohnbezirkes des Bewerbers entgegen genommen. Dem Ueberreicher werden die Personaldokumente nach ihrer Eintragung in den Dokumentenspiegel sogleich wieder zurückgestellt.

Kohle für Industrie und Gewerbe. Vom 1. Juli angefangen wird bis auf weiteres die auf Bezugsscheine für Betriebszwecke abzugebende Monatsmenge von Buchstabe „C“ auf Buchstabe „B“ erhöht. Vom gleichen Tage angefangen ist bis auf weiteres für den ganzen Gewerbebetriebsbrand 100 kg Steinkohle (Koks) oder 125 kg Braunkohle und auf den Viertelbetriebsbrand 25kg Steinkohle (Koke) oder 30 kg Braunkohle abzugeben.

Spenden für Wiener Schulkinder. Ueber Anregung der Frau GR. Marie Beck hat die Gemeindevertretung in Wilfersdorf bei Mistelbach bei den Arbeitern und Kleinbauern eine Sammlung eingeleitet, durch die rund 30 kg Mehl, 150 kg Kartoffel und 200 Eier aufgebracht wurden. Diese Liebgaben wurden an die 25 bedürftigsten Kinder der Knabenbürgerschule in der Sechshauserrasse 71 verteilt.

Die Schönbrunner Vorparkwiese als Spielplatz. Der Gemeinderatsausschuß für Wohlfahrts-einrichtungen und Jugendfürsorge beschäftigte sich mit der Vergebung der Schönbrunner Vorparkwiese an den Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Oesterreichs. Nach einer kurzen Debatte beschloß der Ausschuß, sie dem Verband, der sie zu Spielzwecken für seine Mitglieder benützen will, für fünf Abende in der Woche unter der Bedingung zu vergeben, daß ihre Mitbenützung auch anderen sich meldenden Jugendorganisationen zugestanden wird.

Sühneverhandlungen. Bei den Gemeindevermittlungsämtern Mariahilf und Neubau finden im Juli die Sühneverhandlungen am 7., 14., 21. und 28. statt.

che sind auch im Vorjahre erfolgt und wurden ^{er} ohne Nennung einer bestimmten Ziffer in Aussicht gestellt. Das Defizit von 1200 Millionen setzt sich zusammen aus einer außerordentlichen und einmaligen Ausgabe, die sich aus den großen Markfälligkeiten ergibt. Es müssen die während des ^{ab} aufgenommenen 88 Millionen Mark rückgezahlt werden, was bei dem gegenwärtigen Kursstande einen Verlust von über 1/4 Milliarde Kronen bedeutet. Ferner sind darin enthalten die Investitionsausgaben der Gas- und Elektrizitätswerke mit über 200 Millionen Kronen, die Fertigstellung der Bauten auf der Schmelz die neuerlich 50 Millionen Kronen erfordern. Innerhin verbleibt noch als eigentlicher Abgang im Gemeindefinanzhaushalt ein Betrag von nahezu 700 Millionen. Im Gegensatz zu den Budgetprovisorien, welche die Nationalversammlung bewilligt, wird seitens des Gemeinderates keine Kreditemächtigung angesprochen, wodurch auch die ganze Verlage nicht den Charakter irgendwelcher Vertrauenskundgebung annimmt. Es handelt sich lediglich darum, die Fortführung der Gemeindegeschäfte vom morgigen Tage an überhaupt zu ermöglichen. Da ohnehin Budgetprovisorium das Recht der Steuereinzahlung überhaupt entfallen würde, ebenso wie die Erlaubnis auch nur einen Hellen Ausgaben zu machen. Es müßte also ein vollkommen chaotischer Zustand eintreten. Das Provisorium wird nur auf die Dauer der Beratungen verlangt, von denen man annimmt, daß sie bis 31. Juli abgeschlossen sein werden. Bis dahin wird der Magistrat ermächtigt Steuern und Gebühren in dem gegenwärtig geltendem Ausmaße einzuhoben und die notwendigen Ausgaben im Sinne des von ihm ausgearbeiteten Voranschlages, der den Mitgliedern des Finanzausschusses bereits zugegangen ist, zu machen.

GR. Vaugoin (chr.-soz.): Am 30. Juni geht das Budgetjahr der Gemeinde zu Ende. An diesem Tage soll der Haushalt bestellt sein und es war bis jetzt üblich, daß die Budgetberatungen zur rechten Zeit begonnen wurden, so daß man in der Lage war, das ordentliche Budget fristgemäß zu beschließen. Ich gebe zu, daß manchmal ein Budgetprovisorium beschlossen wurde, das hätte jedoch darin seine Ursache, daß die Opposition durch Obstruktion die Beratungen unmöglich machte. Diesmal hat es andere Gründe. Wir haben schon bei der Beratung der Verwaltungsräte darauf hingewiesen, daß diese keine Beschleunigung, sondern eine Verzögerung mit sich bringen werde. Das erste Zeichen dieser Verlangsamung stellt sich mit diesem Referate ein. Der Referent hat selbst erklärt, daß die Schaffung der neuen Verwaltung Schuld daran sei. Ich will nur kurz darauf verweisen, dass sich meine Partei vorbehält,

alle ihre Bedenken bei der ordentlichen Budgetdebatte geltend zu machen. Wir können für dieses Budgetprovisorium aus dem Grunde nicht stimmen, weil uns jede Unterlage fehlt und weil wir unsere Abstimmung nach den Vorlagen einrichten müssen. Nach parlamentarischer Gepflogenheit ist die Zustimmung zum Budget ein Vertrauensvotum und das sind wir zu geben nicht in der Lage.

Referent StR. Breitner betont in seinem Schlussworte, dass die Aufstellung eines Budgets wie in Friedensjahren, wo sich die Auslagen und Einnahmen bis auf eine geringe Summe die Waage gehalten haben, infolge der durch den Zusammenbruch verursachten Verhältnisse nicht möglich war, und dass die Gemeinde kein vernünftiges Staatsamt der Finanzen auf der Gegenseite hatte. Das sind die wahren Gründe der Verzögerung, im übrigen soll ja zur Vorsorge getroffen werden, um kein aussergewöhnliches Vakuum eintreten zu lassen. Bei der eigentlichen Beratung wird sich Gelegenheit geben, alle die Gründe des Defizites von 12 Millionen Kronen darzulegen.

Bei der Abstimmung wird dem Referentenantrag auf Bewilligung eines Budgetprovisorium bis 31. Juli 1920 zugestimmt.

GR. Brooswyner (Soz.-Dem.) berichtet über die Aenderungen der Satzungen des Kreditvereines der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien. Dem Antrage wird zugestimmt.

StR. Grünwald (Soz.-Dem.) berichtet über die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages zur Hausgehilfenkrankenkasse. Er weist darauf hin, dass der derzeitige Betrag angebahnt ist, auf den Verpflegungskosten in den Krankenanstalten, diese Kosten wurden aber in den letzten Tagen erhöht. Es soll zugegeben werden, dass mit der Erhöhung des Mitgliedsbeitrages ein Beschluss gefasst wird, der dem Statut der Dienstbotenkrankenkasse widerspricht. Es muss aber auch zugegeben werden, dass die Gemeinde den seinerzeitigen Beschluss unter ganz anderen Voraussetzungen gefasst hat und dass daher auch die Nachzahlung verlangt werden kann. Ein Dienstgeber kann sich allerdings weigern, die Nachzahlung zu leisten und dann wird man es eben darauf ankommen lassen, dass die Angelegenheit auf dem Rechtswege erledigt wird. Der Betrag, der für das Jahr 1920 zu entrichtenden Versicherungsgebühr bei der Hausgehilfenkrankenkasse soll mit 50 K für jeden angemeldeten Hausgehilfen bzw. Hausgehilfin festgesetzt werden, so dass jeder versicherte Dienstgeber für jeden Hausgehilfen, bzw. jede Hausgehilfin den Betrag von 35 K nachzahlen verpflichtet ist.

GR. Dr. Haas (chr.-soz.) weist darauf hin, dass die rechtliche Grundlage zur Erhöhung des Mitgliedsbeitrages fehle und dass zu fürchten sei, dass der willige Dienstgeber, der zahlt, zu Schaden kommt. Aus diesen Gründen habe er im Gemeinderatsausschusse

die Erhöhung ~~der~~ Stellung, genommen. Aus Billigkeitsrücksichten sei auch er für die Erhöhung und wenn einmal der Fall eintritt, dass der Rechtsweg wird beschritten werden müssen, so wird die Sache ja geklärt werden.

GR. Der Referent StR. Grünwald gibt dem Bedenken in rechtlicher Beziehung zu, betont aber, dass ^{es} die Gemeinde ~~es~~ darauf ankommen lassen wolle, dass irgend jemand die Zwangslage der Hausgehilfenkrankenkasse und der Gemeinde zu einem Streitfalle beizutritt.

Dem Antrage des Referenten, wonach der Dienstgeber zur Nachzahlung von 35 Kronen pro Hausgehilfe, bzw. pro Hausgehilfin verpflichtet wird, wird zugestimmt.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet über einen Nutzholzwerk in Spitz a.D. und beantragt, dass in dortigen Waldabteilungen lagernde Nutzholz in Ausmasse von rund 264 fm³ um den Preis von 470 für einen Festkubikmeter zu verkaufen.

GR. Rotter (christl.-soz.) spricht sich gegen diesen Verkauf aus, da die Gemeinde Wien selbst das Nutzholz benötigt und dieses überdies in Preise von 13 bis 1400 Kronen steht. Er beizutritt weiter die Gelegenheit, den Bürgermeister zu ersuchen, endlich zu sagen, welche Vorkehrungen er zum Schutze des Wienerwaldes getroffen hat. Trotz aller Verordnungen werde noch immer Holz hereingetragen und es bestehe die Gefahr, dass der ohnehin schon so schwer verwüstete Wienerwald gänzlich devastiert wird.

StR. Siegel bezeichnet die Einwendungen des GR. Rotter als nicht stichhaltig, weil alle Fachleute, auch seine Parteigenossen den Verkauf als vollkommen sachgemäß betrachten. Er bittet um Annahme des Antrages.

Bgm. Reumann: Herr Gemeinderat Rotter hat in einer etwas seltsamen Form an mich eine Anfrage gerichtet, die ich im Rahmen dieser Tagesordnung eigentlich nicht beantwortet könnte. Nachdem aber die Sache so dringend und wichtig ist, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass bezüglich der zukünftigen Devastierung des Wienerwaldes unausgesetzt Verhandlungen stattfinden. Ich selbst habe eine militärische oder polizeiliche Gewalt nicht. Ich habe sowohl die Polizei als auch die Gendarmerie darauf aufmerksam gemacht, dass noch immer im Wienerwald Devastierungen stattfinden und ich muss es diesen Behörden überlassen, alle möglichen Schritte zu ergreifen. Ich bin unausgesetzt dabei, die Sache zu aplanieren, damit erwartet werden kann, dass diesen Verwüstungen Einhalt getan wird. Wir haben

uns auch bereit erklärt, wieder einen Teil der Kosten für die Sicherheitsvorkehrungen zu tragen. Das ist das, was die Gemeinde machen kann. Ich werde noch einmal an die Landesvertretung herantreten, damit ich in den nächsten Tagen höre, welche Vorbereitungen getroffen worden sind. Ich habe leider nicht die ~~entsprechenden~~ entsprechenden Gewaltmittel in der Hand.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtsenates angenommen.

+ + +

Ernennung von 129 Schulleitern und Schulleiterinnen. In der heutigen Sitzung des Stadtsenates wurden über Antrag des amtsführenden Stadtrates Speiser, Jäger und Leiterinnen an Bürger- und Volksschulen bestellt. Es wurden ernannt 25 Bürgerschuldirektoren, 31 Bürgerschul-Direktorinnen, 41 Oberlehrer und 32 Oberlehrerinnen. Zu Bürgerschuldirektoren wurden ernannt: Aschenbrenner Karl, Knaben Bürgerschule, VI., Stumpergasse 56, Czup Karl, Knaben Volks- und Bürgerschule, II., Schüttaustraße 42, Deisinger Josef, Knabenbürgerschule, VII., Zieglergasse 49, Diesner Theodor, Knabenbürgerschule, XIX., Pyrkerstraße Nr. 16, Glanzer Friedrich, Knaben- und Mädchenbürgerschule, XXI., Siemensstraße 25, Hambek Karl, Knabenbürgerschule, XI., Enkplatz Nr. 4, Hentschel Julius, Knabenvolks- und Bürgerschule 14-16, Herdögen Alois, Knabenbürgerschule, XVIII., Klettenhofergasse 3, Hieber Julius, Knabenbürgerschule, XVI., Grundsteingasse 65, Kastner Hermann, Knabenbürgerschule, XII., Singrienergasse 19, Kolbe Johann, Knaben- und Mädchenbürgerschule, XXI., Konstanzgasse 50, Kolig Franz, Knabenbürgerschule, XV., Friedrichsplatz 4, Lang Leopold, Knabenbürgerschule, XVIII., Ottagegasse 17, Langer Ludwig, Knabenbürgerschule, IX., Lasarettgasse 27, Nurrer Adolf, Knabenbürgerschule, XIV., Seehausenstraße 71, Peter Raimund, Knabenbürgerschule, II., Pazmanitengasse 26, Pollak Arthur, Knabenbürgerschule, XIX., Hammerschmidtgasse 26, Pollak Rudolf, Mädchen- Volks- und Bürgerschule, II., Kleine Sperlgasse 2 a, Rigler Rudolf, Knabenvolksschule, IV., Pressgasse 24, Rivak Josef, Knabenbürgerschule, X., Antonsplatz 12, Simonitsch Alois, Knabenbürgerschule, XX., Leipzigerplatz 1, Stark Franz, Knabenbürgerschule, V., Gasnergasse 44, Tegel Julius, Knabenbürgerschule, IV., Schauburggasse 7, Thum Karl, Knabenbürgerschule, XI., Friedhofstraße 524, Washuber Josef, Knabenbürgerschule, VI., Hirschengasse 18. Zu Bürgerschuldirektorinnen wurden ernannt: Christian Leopoldine, Mädchenbürgerschule, X., Siccardsburggasse 57, Frantzl Marie, Mädchenbürgerschule, VII., Zieglergasse 49, Goldmann Marie, Mädchenbürgerschule, XIV., Dieffenbachgasse 15/19, Haas Viktoria, Mädchenbürgerschule, II., Ob-

re Augartenstraße 38, Hanisch Hermine, Mädchenbürgerschule, VIII., Josefstädterstraße 95, Hany Marie, Mädchenbürgerschule, XVII., Redtenbachgasse 79, Hauptfäbisch Antonie, Mädchenvolks- und Bürgerschule, III., Hölblgasse 23-25, Höchsmann Wilhelmine, Mädchenbürgerschule, III., Mörsesgasse 12, Höfinger Rosa, Mädchenbürgerschule, II., Darwingasse 14, Holzinger Mathilde, Mädchenvolks- und Bürgerschule, XX., Leipzigerplatz 2, Kayler Paula, Mädchenbürgerschule, X., Erlachgasse 91, Kerschagl Anna, Mädchenbürgerschule, VII., Stiftgasse 35, Köhler Ida, Mädchenbürgerschule, XVII., Geblergasse 39, Krempl Marie, Mädchenbürgerschule, XIV., Heinkegasse 5, Krummel Marie, Mädchenbürgerschule, XXI., Franklinstraße 45, Lamatsch Marie, Mädchenbürgerschule, VIII., Zeltgasse 7, Mettinger Marie, Mädchenbürgerschule, XVI., Lorenzmandlgasse 58, Pfragner Berta, Mädchenbürgerschule, XVIII., Anastasius-Ertingasse 10, Prey Amalie, Mädchenbürgerschule, XIX., Grinzingerstraße 59/61, Reisher Anna, Mädchenbürgerschule, XV., Friedrichsplatz 5, Reschek Marie, Mädchenvolks- und Bürgerschule, II., Wittelsbachstraße 6, Riedl Marie, Mädchenbürgerschule, Heimbürgerstraße 4, Ruff Berta, Mädchenvolks- und Bürgerschule, IX., Galileigasse 3, Schachner Margarete, Mädchenvolks- und Bürgerschule, X., Knöblgasse 61, Schmit Viola, Mädchenbürgerschule, III., Dittrichgasse 36, Seitz Emilie, Mädchenbürgerschule, V., Gassergasse 46, Dr. Fäbuler Olga, Mädchenbürgerschule, IX., Währingerstraße 43, Technik Leopoldine, Mädchenbürgerschule, VI., Stumpergasse 56, Wierer Franziska, Mädchenbürgerschule, X., Antonsplatz 11, Zagar Aurelie, Mädchenbürgerschule, V., Embelgasse 48, Zehentherer Wilhelmine, Mädchenbürgerschule, XVIII., Schulgasse 57. Zu Oberlehrer wurden ernannt: Aufwerber Friedrich, Mädchenvolkschule, II., Czerninplatz 3, Beer Emanuel, Knaben- und Mädchenvolkschule, XI., Brehmstraße 9, Beier Albrecht, Knabenvolksschule, XIII., Tregergasse 3, Erb Franz, Knabenvolksschule, VI., Grasse 5, Frank Franz, Knabenvolksschule, VII., Lerchenfelderstraße 61, Fülecki Leopold, Knabenvolksschule, VIII., Laudongasse 5, Goldenberg Ludwig, Knabenvolksschule, II., Leopoldsplatz 3, Haupt Friedrich, Knabenvolksschule, XVIII., Leiternmayergasse 45, Hermann Matthias, Knabenvolksschule, X., Uhländgasse 1, Herfeld Markus, Mädchenvolkschule, II., Kleine Pfarrgasse 33, Höfer Leopold, Knabenvolksschule, XVII., Kastnergasse 29, Kehler Josef, Knabenvolksschule, VI., Sonnenuergasse 3, Knierer Rudolf, Knabenvolksschule, IX., Grütnergasse 9, Kölbl Gustav, Knabenvolksschule, XXI., Ostmarkgasse 30, Kostecky Anton, Knabenvolksschule, XII., Rossegasse 8, Kowald Albert, Knabenvolksschule, XVII., Arzberggasse 2, Krndl Rudolf, Knabenvolksschule, IX., Alserbachstraße 23,

Krammer Ludwig, Knaben- und Mädchenvolkschule, Brünnerstraße 139, Kreitsch Josef, Knabenvolksschule, XVII., Hernalser-Hauptstraße 100, Kupka Johann, Knaben- und Mädchenvolkschule, XI., Simonyplatz 2, Lechner August, Knabenvolksschule, II., Pazmanitengasse 26, Leo Franz, Knabenvolksschule, III., Dietrichgasse 44, Lhotka Alois, Knabenvolksschule, X., Leibnitzgasse 33, Martinek Heinrich, Knaben- und Mädchenvolkschule, I., Bartensteingasse 7, Obrecht Ernst, Knabenvolksschule, XVII., Farhamerplatz 19, Paul Adolf, Knaben- und Mädchenvolkschule, XI., Kaiser Ebersdorferstraße 65, Porsch Josef, Knaben- und Mädchen Volksschule, XXI., Jubiläumsgasse 19/21, Rabe Alois, Knaben- und Mädchen Volksschule, XIX., Silbergasse 2, Redl Josef, Knabenvolksschule, IX., Galileigasse 5, Ronge August, Knaben-Mädchenvolkschule, III., Mörsesgasse 12, Salomon Rudolf, Knabenvolksschule, XV., Sperrgasse 8/10, Schwingenschlögel Josef, Knabenvolksschule, XI., Molitorgasse 11, Litte Julius, Knabenvolksschule, II., Vorgartenstraße 191, Stern Josef, Knabenvolksschule, II., Leopoldgasse 3, Stutz Alfred, Knabenvolksschule, II., Obere Augartenstraße 68, Tichy Otto, Knabenvolksschule, III., Kleistgasse 12, Weiß Adalbert, Knabenvolksschule, IX., Kanisiusgasse 2, Woraczek Johann, Knabenvolksschule, VII., Neustiftgasse 100, Zednik Adalbert, Knabenvolksschule, XVII., Rötzeberggasse 4, Zielesky Heinrich, Knabenvolksschule, XXI., Leopold Ferstlgasse 9. Zu Oberlehrerinnen wurden ernannt: Altenburger Mathilde, Mädchenvolkschule, XII., Nymphengasse 7, Bezecky Marie, Mädchenvolkschule, III., Esalergasse 23, Burghardt Adele, Mädchenvolkschule, V., Grüngasse 14, Faber Ludmilla, Mädchenvolkschule, V., Nikolsdorfergasse 18, Friedrich Marie, Mädchenvolkschule, II., Feuerhachstraße 1, Fröhlich Christine, Mädchenvolkschule, XIV., Johnstraße 40, Heller Marie, Mädchenvolkschule, XVIII., Bischof Faberplatz 1, Hornischer Marie, Mädchenvolkschule, II., Wolfgang-Schmälzlgasse 15, Kaltnecker Sidonie, Mädchenvolkschule, XVI., Neumayergasse 25, Karg Marie, Mädchenvolkschule, VI., Stumpergasse 10, Karner Marie, Mädchenvolkschule, III., Lechnerstraße 12, Kindler Franziska, Mädchenvolkschule, XXI., Kuenburggasse 14, Klimpfinger Olga, Mädchenvolkschule, XI., Herderplatz 1, Koppitz Eugenie, Mädchenvolkschule, XIV., Dadlergasse 16, Kurka Marie, VIII., Albertplatz 7, Malik Malwine, Mädchenvolkschule, XXI., Schöpfleuthnergasse 24, Pruschka Marie, Mädchenvolkschule, X., Herzgasse 27, Rappl Malvine, Mädchenvolkschule, XVII., Hernalserhauptstraße 100, Rauch Valerie, Mädchenvolkschule, II., Vorgartenstraße 191, Rosenkranz Leopoldine, Mädchenvolkschule, XVIII., Antoniegasse 4, Schally Leopoldine, Mädchenvolkschule, XXI., Weichartgasse 34, Schelle Anna, Mädchenvolkschule, XV., Viktoriagasse 6, Schmidt Karoline, Mädchenvolkschule, XIII., Diester-

weggasse 30, Schranzhofer Marie, Mädchenvolkschule, XXI., Theodor Kührergasse 25, Schrebnsky Anna, Mädchenvolkschule, V., Bräuhausgasse 50, Schöbbrunnerstraße 101, Schenk Josefina, Mädchenvolkschule, I., Veringergasse 29, Sigmeth Melanie, Mädchenvolkschule, XIV., Kauerergasse 5, Spantisch Emilie, Mädchen-

volkschule, XVI., Friedrich Kaiserergasse 32, Spannring Anna, Mädchenvolkschule, XVII., Rupertusplatz 1, Strobl Anna, I. Mädchenvolkschule, XVI., Stefanplatz 1, Torney Irene, Mädchenvolkschule, XI., Braunberggasse 3, Vollbracht Karoline, Mädchenvolkschule, V., Tegelergasse 36.

Wiener Rathhauskorrespondenz

Wien, Montag, den 28.6.20 - Abends 7 Uhr.

Der vorerwähnte Untergang eines russischen Kriegesfangens - demnach.
Lager. Keiner hat sich seine Aufgabe im Hauptamt für die
die Mitteilung erhalten, daß es sich nach einer Mitteilung der Kriegs-
gefangenen selbst auf Grund der von diesem Amt geflohenen
festen Lage von dem Untergang eines russischen Zeitungsblattes handelt,
welche 60 Köpfe mit 10 Angehörigen der gemäßigten Arbeiter-
kategorie durch den Staat geordnet sind.

.....

GR. Josef Müller (chr. soz.) (12. Bezirk): Ich habe bereits früher schon gegen die Senkgrubenräumungsgebühren in Hetzendorf und Altmannsorf Stellung genommen. Diese Gebietsteile entbehren einer Kanalisierung, die trotz unserer Bemühungen noch nicht zu Stande kommen konnte und daher werden die Bewohner sehr hart getroffen. In diesen Gebietsteilen wohnen hauptsächlich Fixangestellte und Arbeiter, die nicht in der Lage sind, die Erhöhung in der Form zu tragen. Es wurde meinen Wünschen auch teilweise Rechnung getragen. Ich habe dem Bürgermeister eine Deputation vorgeführt und auch mit Kollegen Breitner gesprochen, welche eingesehen haben, daß die Senkgrubenräumungsgebühr in der Form, wie sie uns unterbreitet wurde nicht durchgeführt werden kann. Die Bemessung der Gebühr war oft um 200 % höher als der Bruttozins. Es ist unseren Wünschen teilweise Rechnung getragen aber nicht in der Form, die wir es im Interesse der Minderbemittelten wünschen. Es wohnen auch Gärtnere und s.w., welche die hohe Gebühr nicht tragen können. Wir dürfen die Leute nicht mit erhöhten Senkgrubenräumungsgebühren bestrafen, weil sie keine Kanalisierung, kein Bad, u.s.w. haben. Ich stelle den Abänderungsantrag im § 3 den Satz „das Doppelte der Gebühr“ zu streichen. Für die Gemeinde macht das nicht sehr viel aus, wohl aber mit Rücksicht auf die Zuschläge des Staates, Landes und der Gemeinde für die Mieter sehr viel. Ich bitte, daß die Normalgebühr gleichgestellt wird mit der Normalreinigunggebühr.

GR. Hermann (Soz.-Dem.) Dem Herrn Kollegen Rotter hat es gefallen, in der Debatte eine bewegte Klage über die Not der Hausbesitzer zu hören. Sie wünschen einen Abbau der Mieterschutzverordnung. Diese wurde geschaffen in der Zeit der höchsten Wohnungsnot. Die Hausherren haben die Konjunktur ebenfalls ausnützen wollen, da war es natürlich, dass man in der Zeit der furchtbarsten Not, wo die Männer eingetrocknet waren, und die Frauen mit den geringen Unterhaltsbeiträgen leben mussten, die Mieter schützen. Wenn der Kollege Rotter meint, dass die Mieterschutzverordnung abgebaut werden kann, muss er erst den Nachweis bringen, dass die Voraussetzungen, die für ihre Schaffung maßgebend waren, nicht mehr bestehen. Aber sie bestehen heute in höherem Masse als früher. Ich sage, die Mieterschutzverordnung ist kein vollkommenes Gesetz. Wenn sie geändert wird, so sind alle jene Mängel zu ändern, die geeignet sind, zum Zweck das Gegenteil zu kehren und dahin abziehen, den Hausherren zu schützen. Man würde es dahin abändern müssen, dass ein erhöhter Schutz der Mieter eintritt.

Der Herr Kollege Rotter hat auch gesagt, dass beim Verkauf eines Hauses nur einige tausend Kronen übrig bleiben. Wenn das so ist, wenn das Haus nur eine finanzielle Belastung ist, kann er sich dessen entledigen auf die Gefahr hin, dass er einen Teil seiner

Wenn Beschwerden in der Wohnungsfrage vorgebracht werden, so gehen die auf eine Zeit zurück, wo die Reorganisation des Wohnungswesens noch nicht durchgeführt war. Aber seit dem Augenblicke, seit Qualifikation und Zuweisung bestehen, können solche Willkürakte nicht mehr stattfinden. Alle Qualifikationen wurden fast einstimmig, also auch mit den Stimmen der Vertreter der christlichsozialen Partei gefasst.

Was die Vorlage anbelangt, so werden wir selbstverständlich auf Grund der uns gewordenen Begründung ihre Zustimmung geben.

Referent GR. Thonner sagt, dass es nicht richtig sei, dass der Zahlungstermin mit 1. Juli festgesetzt wurde, sondern dass der 1. Juli nur der Termin für den Wirksamkeitsbeginn sei. Wenn die Hausherren sagen, dass sie von der Vorlage schwer getroffen werden, so muss dem gegenüber gehalten werden, dass die Arbeiterschaft während des ganzen Krieges viel gelitten hat und dass auch die Hausherren ein Opfer bringen können. Wenn die Vorlage zulässt, dass auch Gebühren höher als die doppelten vorgeschrieben werden können, so ist dies mit Rücksicht auf die Senkgruben geschehen, die öfter zu reinigen sind, und dass sind die Senkgruben der Industrie. Die Senkgruben am Wienerberg sind auch entsprechend berücksichtigt worden. Wenn gesagt wurde, dass das Wort „höchstens“ verschwunden sei, so sei festgestellt, dass dieses Wort auch heute noch seine Bedeutung habe. Es ist richtig, dass der Bevölkerungsteil am Wienerberg durch die Vorlage hart getroffen wird, dem aber gegenüber gehalten werden muss, dass die Gemeinde, als in ihr die christlichsoziale Partei die Herrschaft hatte, dort die Kanalisation nicht durchgeführt hat. Anschaffungskosten verliert. Aber die Sache steht heute so, dass der Hausherr sein Haus nicht einmal, wenn man ihm das zehnfache bietet, verkauft. Das muss etwas für sich haben.

GR. Rotter (Christl.-soz.) Soll er sich das wertlose Papiergeld dafür nehmen

GR. Hermann (Soz.-Dem.) Die Vertreter der Hausbesitzer, deren es auf der rechten Seite mehrere gibt, haben sich ihre Rollen zurecht gelegt.

GR. Rotter (Christl.-soz.) Wir haben uns gar nichts zurecht gelegt, wir sind keine Komödianten.

GR. Hermann (Soz.-Dem.) Der eine hat die Interessen der Mieter besprochen, der andere hat sich für die Hausherren eingesetzt. Dabei hat sich ein Widerspruch ergeben. Denn während der eine gesagt hat, dass die Kanalgebühren die Mieter belasten, hat Herr Rotter gesagt, dass diese Vorlage geeignet ist, die Hausbesitzer zugrunde zu richten, weil sie nicht in der Lage sind, die Mehrkosten auf die Vermieter umzulegen.

Für die Objekte, die von der Haussteuer dauernd befreit sind, erfolgte die Bemessung nach dem Fassungsraum der Senkgruben. Die von GR. Roth bearbeitete Festsatzung nach Kubikmetern ist aus verschiedenen Gründen nicht möglich, daß die Senkgruben örtlich verschieden sind u.s.w. Ich bitte die Vorlage in der vorgeschlagenen Form anzunehmen und die Abänderungsanträge abzulehnen.

GR. Roth (chr. soz.) und GR. Paulitschke (chr. soz.) berichten tatsächlich, daß nicht die Hausherren die Preistreiber sind, sondern die sozialdemokratische Mehrheit des Gemeinderates. Letzterer berichtet weiter tatsächlich, daß die von ihm angeführten Fälle, die vor der Einsetzung der Wohnqualifikationskommission ereignet haben, und nicht den Beamten zur Last fallen, sondern den in dieser Frage herrschenden Arbeiterräten.

GR. Rotter (chr. soz.) berichtet gegenüber dem Referenten tatsächlich, daß die christlichsoziale Partei seit dem Jahre 1896 an der Wienerberger Kanalisierung arbeitete, diese aber infolge verschiedener Umstände und nicht zuletzt infolge der Haltung der Außengemeinden nicht durchgeführt werden konnten.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge die Vorlage unverändert angenommen.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) berichtet hierauf über die Auflösung von Kommissionen, Ausschüssen und Komitees und bemerkt, daß im Zusammenhange mit der Verwaltungsreform diese Auflösung notwendig erscheint.

GR. Rotter (chr.-soz.) richtet an den Herrn Referenten die Anfrage, was die Stelle des Komitees für die Versorgung Wiens mit Brennholz und an Stelle des Musealausschusses in Zukunft treten werde.

GR. Dr. Kienböck (christl.-soz.) stellt den Antrag, die Kommission zur Aufsicht über die Verwaltung des unbeweglichen Vermögens von der Ausscheidung auszuschließen.

Referent StR. Siegel weist darauf hin, dass es jenen Ausschuss möglich ist, Untersuchungen zu wählen. Bezüglich des Antrages Kienböck kann die Geschlossenheit des Gemeinderates bis zur Klärung der Verhältnisse hinausgeschoben werden. Dg. Hermann: Ich sage zu dem Antrage des GR. Dr. Kienböck

dass die Kommission durch die Kontrollkommission ersetzt wird, die ja dann auch in Bezug auf das Vermögen der Gemeinde die Kontrolle zu führen haben wird. Die Anträge des Referenten werden angenommen. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

